



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2010

STATISTISCHE MONATSFESTE



Aus dem Inhalt:

Haushalte und Familien 2009
Strom aus erneuerbaren Energien
Ländervergleich



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Schott

Im Jahr 2009 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 614 300 Familien mit mehr als 1 Mill. ledigen Kindern jeden Alters. Im Vergleich zu 1999 nahm die Zahl der Familien damit um 7,6% ab.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e : Faltblatt „Bauen und Wohnen“

10 | 2010

STATISTISCHE MONATSFESTE

63. Jahrgang

kurz + aktuell	787
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Insolvenzen ■ Beschäftigung ■ Armut ■ Bildung Energie ■ Gründungen ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Gesundheit ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	803
Rheinland-Pfalz in Karten: Freipraktizierende Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin 2009	804
Haushalte und Familien 2009	805
Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energieträgern	812
Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen Teil 3: Ausgewählte Aspekte	819
Daten zur Konjunktur	834
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	863
Neuerscheinungen	873

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter <http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Auftragseingang mit zweistelligem Plus gegenüber dem Vorjahresmonat

Im Juli 2010 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 21,7% mehr Aufträge als ein Jahr zuvor (Deutschland: +14%). Die Nachfrage aus dem Inland stieg um 18,8% (Deutschland: +6%), aus dem Ausland kamen 24,1% mehr Bestellungen als im Vorjahresmonat (Deutschland: +21,7%). Im Juli 2009 wiesen die Auftragseingänge infolge der Wirtschaftskrise allerdings ein niedriges Niveau auf.

Die vier umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweige verbuchten gegenüber Juli 2009 zum Teil zweistellige Zuwächse, allen voran die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+97,7%). Der Ordereingang aus dem Ausland verzeichnete hier ein überdurchschnittliches Plus von 152,3%, die Auftragseingänge aus dem Inland überschritten das Vorjahresniveau um 53,5%. Deutlich mehr Bestellungen gegenüber Juli 2009 verzeichneten auch der Maschinenbau (+26,2%) und die Hersteller von Metallerzeugnissen (+25,9%); die treibende Kraft für diese gute Entwicklung war die starke Nachfrage aus dem Inland (+36 bzw. +30,2%). Beim umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Wirtschaftszweig, der chemischen Industrie, lagen die Order um 8,1% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dieser Zuwachs ist vor allem auf den Anstieg der Auslandsbestellungen (+9,6%) zurückzuführen. Die

Konjunktur in Rheinland-Pfalz			
Indikator	Monatswerte	Veränderung Juli 2010	
	Juli 2010	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingänge (real)			
Industrie	99,0	21,7% ↑	-0,6% ↓
Inland	101,9	18,8% ↑	3,2% ↑
Ausland	96,8	24,1% ↑	-3,6% ↓
Chemie	80,6	8,1% ↑	-6,9% ↓
Fahrzeugbau	105,0	97,7% ↑	23,1% ↑
Maschinenbau	101,0	26,2% ↑	-11,9% ↓
Metallerzeugnisse	109,3	25,9% ↑	-5,0% ↓
Bauhauptgewerbe	131,7	8,7% ↑	-3,4% ↓
Umsätze (real)			
Großhandel	104,2	1,6% ↑	-3,9% ↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	110,4	-0,3% ↓	4,5% ↑
Kfz-Handel	94,3	-4,9% ↓	-0,8% ↓
Gastgewerbe	101,4	-2,5% ↓	-2,8% ↓

übrigen umsatzstarken Branchen verzeichneten demgegenüber zum Teil deutliche Nachfrageeinbußen. Die Auftragseingänge der Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen gingen um 14,4% zurück und die Metallerzeugung und -bearbeitung meldete einen Rückgang um 7,1%. Dagegen fiel das Minus bei der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus mit 1,4% moderat aus.

Veränderungen gegenüber Juni 2010

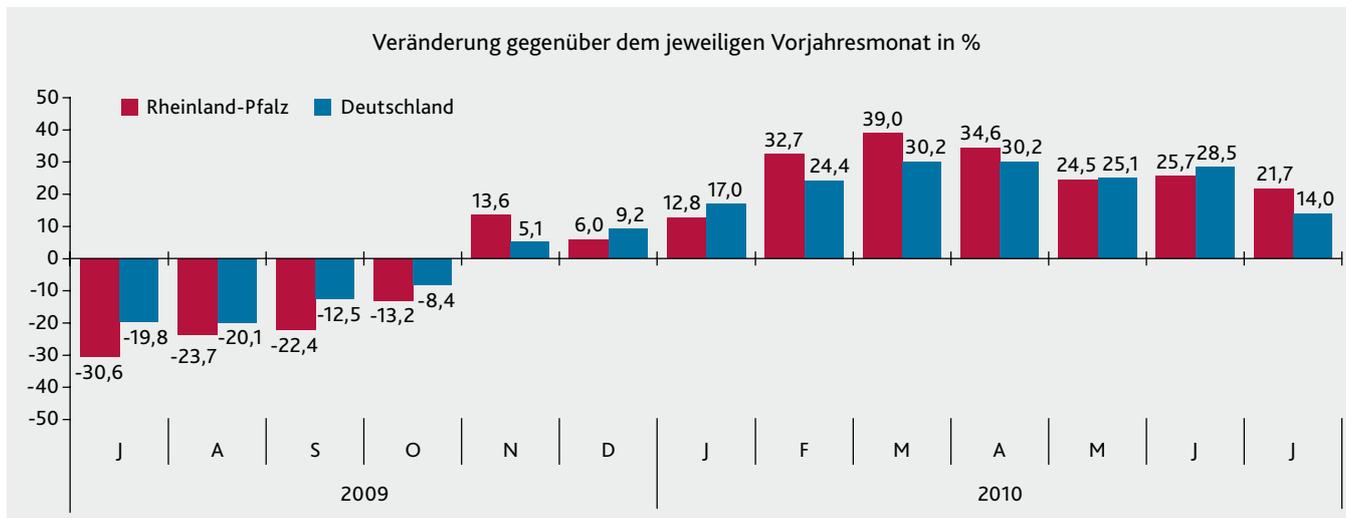
Das Bestellvolumen der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Juli 2010 preisbereinigt um 0,6% unter dem Niveau des Vormonats Juni (Deutschland: -7,6%). Der Rückgang wurde durch die Einbußen bei den Auslandsaufträgen um 3,6% ver-

ursacht (Deutschland: -10%) und konnte durch die Zugewinne bei den Inlandsbestellungen um 3,2% (Deutschland: -4,6%) nicht ausgeglichen werden. Die gesunkene Nachfrage nach Industrieprodukten aus Rheinland-Pfalz insgesamt resultierte vor allem aus dem Einbruch beim Maschinenbau (-11,9%), bei der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (-10,8%) und von chemischen Produkten (-6,9%).

Hinweis

Weitere Informationen zur konjunkturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz erhalten Sie in diesem Heft ab Seite 834 sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de

Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2009–2010 nach Monaten



Auch bei den übrigen umsatzstarken Wirtschaftszweigen waren die Bestellungen rückläufig und bewegten sich in einer Spannweite von -5% (Herstellung von Metallserzeugnissen) bis -3,7% (Metallerzeugung und -bearbeitung). Eine Ausnahme bildeten die Hersteller von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen. Sie erhielten im Juli 23,1% mehr Bestellungen als im Vormonat. Der Grund hierfür liegt vor allem in der boomenden Nachfrage aus dem Inland (+31,6%). Aber auch die Order aus dem Ausland haben hier – wie schon in den Vormonaten – deutlich zugenommen (+17,4%).

Industrie bis Juli mit kräftigem Umsatzwachstum

Auslandsgeschäft boomt

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten in den ersten sieben Monaten des Jahres 2010 Umsätze in Höhe von 41,9 Mrd. Euro. Dies waren 17,1% mehr als in dem von der Wirt-

schaftskrise stark getroffenen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +13%). Die Auslandsumsätze stiegen in Rheinland-Pfalz beträchtlich um 26,2% und in Deutschland um 18,9%. Die Exportquote – der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – lag damit bei 52,1% (Deutschland: 46%). Auch die Inlandserlöse zogen mit +8,6% deutlich an (Deutschland: +8,4%).

Im Juli 2010 zählten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe 238 437 Beschäftigte. Das waren rund 2 700 bzw. 1,1% weniger als im gleichen Vorjahresmonat (Deutschland: -2%). Im Juni betrug der Rückgang noch 2,1%. Die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden war in den Monaten Januar bis Juli 2010 um 1,8% höher als in den ersten sieben Monaten 2009 (Deutschland: +1,5%).

Die chemische Industrie meldete gegenüber den ersten sieben Monaten 2009 einen signifikanten Umsatzanstieg (+40,4%). Ebenfalls deutliche Zuwächse verbuchten die Hersteller

von Gummi- und Kunststoffwaren (+16,5%) sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung (+14,1%). Auch die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwirtschaftete einen Umsatzzuwachs (+13,4%), wobei hier vor allem die Auslandsgeschäfte stark ausgeweitet wurden (+25,3%). Ebenfalls im zweistelligen Bereich lagen die Umsätze der Hersteller von Glas, Glaswaren und Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (+12%), von Metallserzeugnissen (+10,7%) sowie von Papier, Pappe und Waren daraus (+10,5%). Die Getränkeherstellung verzeichnete ein kleines Plus von 1,3%. Die übrigen größeren Branchen mussten demgegenüber Umsatzrückgänge hinnehmen. So sanken die Erlöse bei der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen um 2,8%. Bei der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie beim Maschinenbau wurden 0,6 bzw. 0,4% weniger umgesetzt.

Umsätze von Januar bis Juli 2010 und Beschäftigte im Juli 2010 im verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum bzw. Vorjahresmonat in %



In den meisten Wirtschaftszweigen lag die Zahl der Beschäftigten im Juli 2010 niedriger als ein Jahr zuvor. Unter den großen Branchen verzeichneten die Getränkeproduzenten (-4,1%), der Maschinenbau (-2,7%) sowie die Hersteller von Metallerzeugnissen (-2,4%) die stärksten Rückgänge. Auch in der Herstellung von Glas, Glaswaren und Keramik einschließlich Verarbeitung von Steinen und Erden (-1,8%), in der Metallerzeugung und -bearbeitung (-1,3%) sowie in der Herstellung von Kraftwa-

gen und Kraftwagenteilen (-1%) ging die Beschäftigtenzahl zurück. In den übrigen umsatzstarken Branchen fiel der Arbeitsplatzrückgang mit 0,8% (Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen) und 0,4% (chemische Industrie, Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln) relativ gering aus. Demgegenüber bauten die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren sowie von Papier, Pappe und Waren daraus ihren Personalbestand aus (+2,6 bzw. +1,9%).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber Vormonat gesunken

Nachdem die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im Juni kräftig gestiegen waren, verringerten sie sich im Juli 2010 (-3,4%). Besonders deutlich fiel der Nachfragerückgang im gewerblichen Hochbau (-42,3%) aus. Im öffentlichen Tiefbau (-15,4%) gingen die Auftragseingänge ebenfalls zurück. Dagegen verbesserte sich in den übrigen Bereichen die Auftragslage. Vor allem im gewerblichen Tiefbau (+40,1%) sowie im Wohnungsbau (+22,3%) kam es zu einem kräftigen Anstieg des Ordervolumens.

Im Vorjahresvergleich zog die Nachfrage nach Bauleistung allerdings an. Gegenüber Juli 2009 erhöhten sich die Auftragseingänge um 8,7%. Die stärksten Anstiege verzeichneten der Straßenbau (+29%) sowie der Wohnungsbau (+21,1%). Rückgänge gab es gegenüber dem Vorjahr im öffentlichen Hochbau (-16,8%) sowie im gewerblichen Hochbau (-3,8%).

Auch der baugewerbliche Umsatz entwickelte sich im Juli 2010 negativ. Gegenüber dem Vormonat ist ein Rückgang um 9,6% zu verzeichnen. Damit sanken die Umsätze des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes erstmals nach fünf Anstiegen in Folge. Verglichen mit Juni 2010 mussten der gewerbliche Hochbau (-24%) sowie der öffentliche Hochbau (-21%) die kräftigsten Umsatzeinbußen hinnehmen. Leichte Zuwächse waren lediglich im öffentlichen Tiefbau

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juli 2010	
	Juli 2010		zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100			
Auftragseingang	131,7	8,7 % ↑	-3,4 % ↓	
Hochbau insgesamt	103,9	-3,3 % ↓	-17,5 % ↓	
Wohnungsbau	108,2	21,1 % ↑	22,3 % ↑	
gewerblicher Hochbau	91,9	-3,8 % ↓	-42,3 % ↓	
öffentlicher Hochbau	118,9	-16,8 % ↓	10,7 % ↑	
Tiefbau insgesamt	157,2	17,5 % ↑	7,8 % ↑	
gewerblicher Tiefbau	183,4	1,8 % ↔	40,1 % ↑	
öffentlicher Tiefbau	117,6	7,0 % ↑	-15,4 % ↓	
Straßenbau	172,9	29,0 % ↑	12,0 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	130,1	-12,0 % ↓	-9,6 % ↓	
Hochbau insgesamt	114,9	-14,1 % ↓	-18,3 % ↓	
Wohnungsbau	114,6	3,1 % ↑	-2,3 % ↓	
gewerblicher Hochbau	111,3	-28,0 % ↓	-24,0 % ↓	
öffentlicher Hochbau	120,3	-2,2 % ↓	-21,0 % ↓	
Tiefbau insgesamt	145,2	-10,4 % ↓	-1,4 % ↔	
gewerblicher Tiefbau	154,3	-0,4 % ↔	0,2 % ↔	
öffentlicher Tiefbau	134,7	-9,3 % ↓	2,7 % ↑	
Straßenbau	148,6	-13,9 % ↓	-4,1 % ↓	

(+2,7%) sowie im gewerblichen Tiefbau (+0,2%) zu beobachten.

Gegenüber dem Vorjahresmonat ergibt sich ebenfalls ein Umsatzrückgang (-12%). Den größten Einbruch im Vergleich zum Juli 2009 verzeichnete der gewerbliche Hochbau (-28%). Lediglich in einem Bereich des rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbes gab es steigende Umsätze: Im Wohnungsbau verbesserte sich der baugewerbliche Umsatz binnen Jahresfrist (+3,1%).

Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr um 4,5% gestiegen

Nachdem die rheinland-pfälzische Wirtschaft im vergangenen Jahr

infolge der internationalen Wirtschaftskrise und Finanzmarktkrise so stark geschrumpft war wie noch nie, befindet sie sich wieder auf Erholungskurs. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im 1. Halbjahr 2010 gegenüber den ersten sechs Monaten 2009 preisbereinigt um 4,5%. Damit lag das Wachstum über dem Durchschnitt der alten Länder ohne Berlin (+3,3%). In ganz Deutschland wuchs die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung preisbereinigt um 3,1%. In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei 5,5% (Deutschland: +4%). Diese Angaben basieren auf einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Verarbeitendes Gewerbe ist wieder Wachstumsmotor

Maßgeblichen Anteil an der Erholung hatte die rheinland-pfälzische Industrie. Die günstige Entwicklung spiegelt sich in den Umsatzzahlen des verarbeitenden Gewerbes wider. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Vorjahr einen dramatischen Einbruch gegeben hatte und dem Vergleich ein niedriger Basiswert zugrunde liegt. Im 1. Halbjahr 2010 stieg der Umsatz der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe im Vergleich zum 1. Halbjahr 2009 um 17,1% (Deutschland: +13,3%). Wichtige Impulse für die Steigerung der industriellen Produktion kamen wiederum über den Export. Die Auslandsumsätze nahmen in Rheinland-Pfalz kräftig um 26,6% zu (Deutschland: +19,8%). Die Inlandserlöse zogen mit +8,2% aber auch deutlich an (Deutschland: ebenfalls +8,2%).

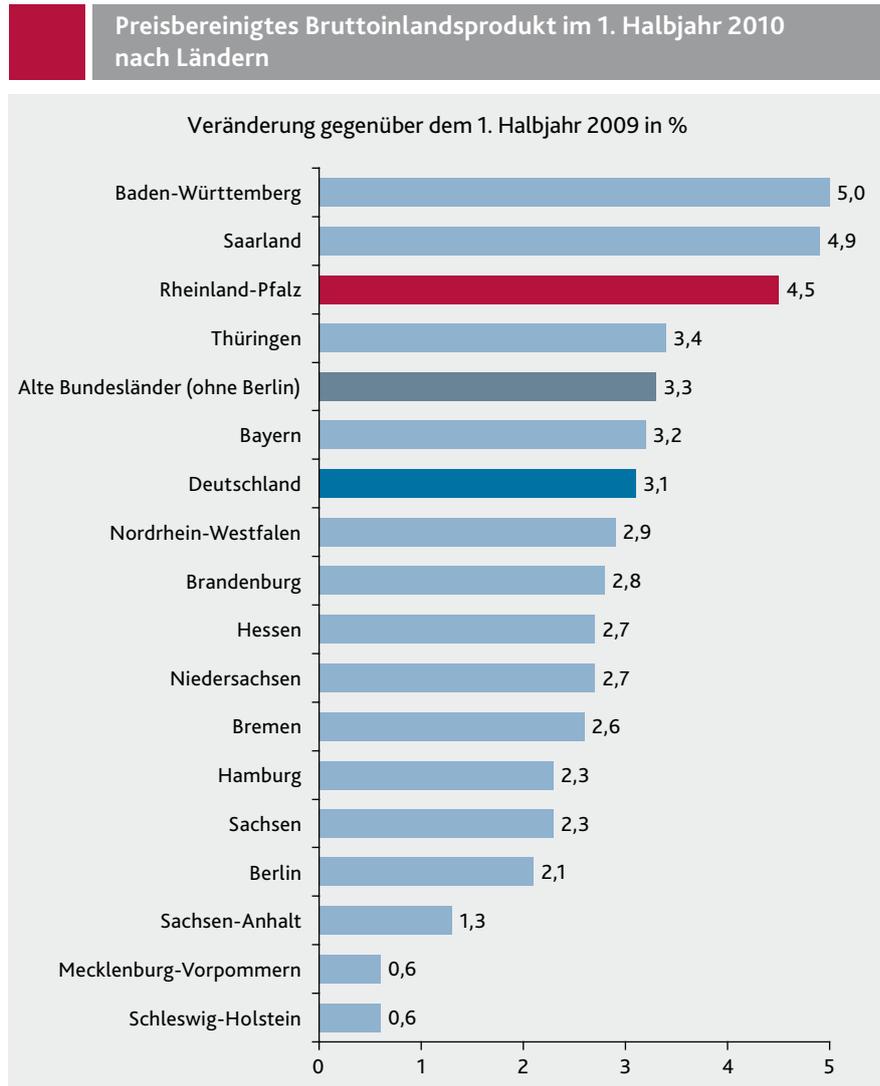
Den höchsten Zuwachs verzeichnete die chemische Industrie. Sie steigerte ihren Umsatz gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 um 41,1% (Deutschland: +27,5%). Mit +11,5% war die Umsatzsteigerung im rheinland-pfälzischen Fahrzeugbau nicht ganz so stark wie in Deutschland (+23,5%). Ganz überwiegend beruhte dieser Anstieg auf dem Auslandsgeschäft (+21,7%; Inlandsumsatz: +2,1%). Deutliche Zuwächse verbuchten auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+16,5%; Deutschland: +14,8%) und von Metallerzeugnissen (+10,8%; Deutschland: +10%) sowie die Metallherzeugung und -bearbeitung (+13,9%;

Deutschland: +25,2%). Die in Rheinland-Pfalz ebenfalls bedeutsamen Branchen Maschinenbau, Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln und Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen setzten dagegen etwas weniger um als im 1. Halbjahr 2009. Während beim Maschinenbau der Rückgang auf dem Inlandsgeschäft beruhte (-6,4%; Auslandsumsatz: +3%), sank bei der pharmazeutischen Industrie der Auslandsumsatz (-4%; Inlandsumsatz +2,9%). Die pharmazeutische Industrie hatte im 1. Halbjahr 2009 als einzige große Branche einen Umsatzanstieg verzeichnet.

Innerhalb des Baugewerbes hat sich das Ausbaugewerbe im 1. Halbjahr günstig entwickelt. In Rheinland-Pfalz stiegen die Umsätze um 5,9% (Deutschland: +6%). Das Bauhauptgewerbe verzeichnete dagegen einen Rückgang, der in Rheinland-Pfalz mit -2,4% jedoch deutlich geringer ausfiel als im Bundesdurchschnitt mit -6,8%.

Positive Wachstumsbeiträge auch im Dienstleistungssektor

Von den Dienstleistungsbranchen, die auch im vergangenen Jahr nicht so stark vom Konjunkturereinbruch betroffen waren wie das produzierende Gewerbe, haben im 1. Halbjahr vor allem die Bereiche „Öffentliche und private Dienstleister“ sowie „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen. Geringere Wachstumsimpulse kamen aus dem

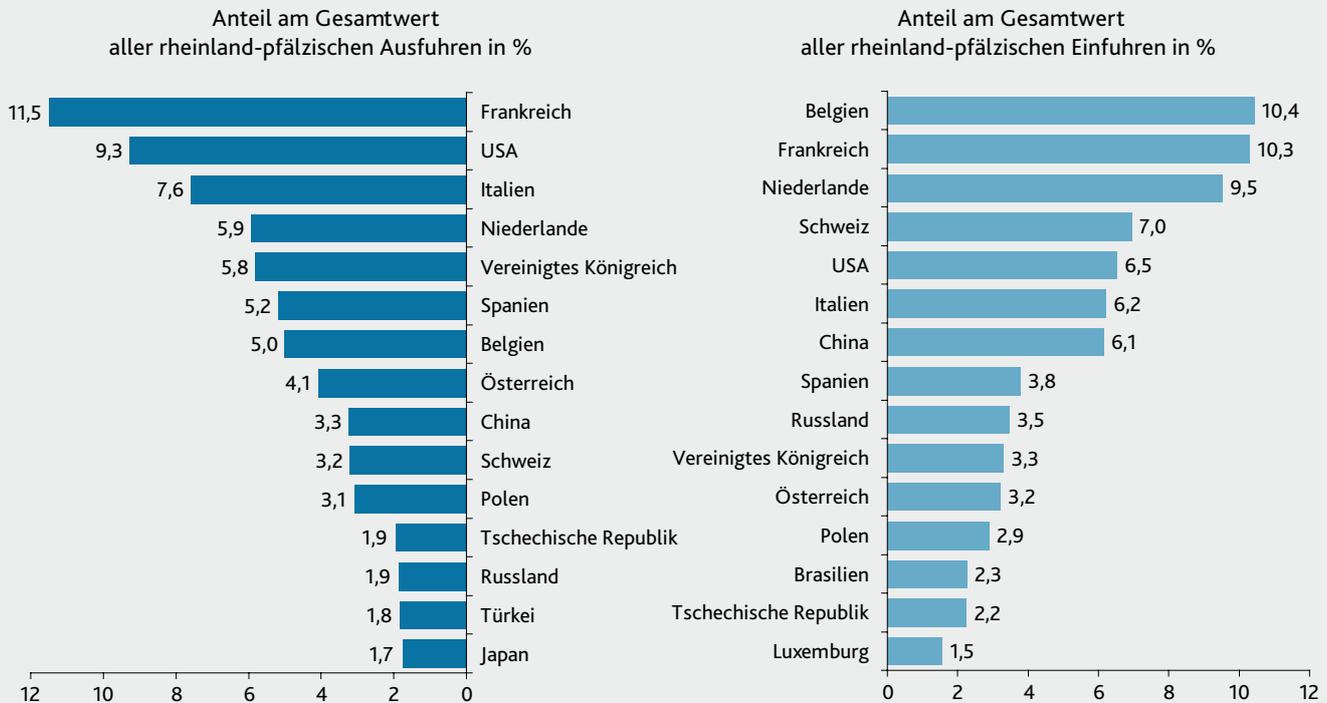


Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“. Deutlich weniger Umsatz als im 1. Halbjahr 2009, als die sogenannte Abwrackprämie für eine kräftige Steigerung gesorgt hatte, machte der Bereich Kfz-Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen (preisbereinigt -4,8%). Allerdings war der Rückgang nicht so stark wie im Bundesdurchschnitt (-10,5%). Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte im 1. Halbjahr 2010 real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, 0,3% mehr um (Deutschland: +0,9%). Bes-

ser entwickelte sich der Großhandel (Rheinland-Pfalz: preisbereinigt +3,1%; Deutschland: +6,1%).

Außenhandel spürt Ende der Krise

Im rheinland-pfälzischen Außenhandel wird das Ende der Wirtschaftskrise sichtbar. Nach vorläufigen Zahlen wurden von Januar bis Juni 2010 Güter im Wert von 19,6 Mrd. Euro exportiert, das waren 12,2% mehr als im 1. Halbjahr 2009 (Deutschland: +17,1%). Dieses positive Ergebnis beruht aller-

Die 15 wichtigsten Außenhandelspartner im 1. Halbjahr 2010¹⁾

1) Vorläufiges Ergebnis.

dings zum Teil auf einem Basiseffekt, da die Exporte im Sommer 2009 den absoluten Tiefpunkt erreicht hatten. Trotz des deutlichen Anstiegs wurde das Niveau des 1. Halbjahres 2008 noch nicht wieder erreicht.

Die Branchen profitierten unterschiedlich stark von der gestiegenen Nachfrage aus dem Ausland. Positiv entwickelten sich insbesondere die Ausfuhren der Produzenten von chemischen Erzeugnissen (+33,2%). Auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten starke Zuwächse (+32,8%). Da dort der Einbruch der Exporte im vergangenen Jahr besonders massiv war, ist diese Branche jedoch nach wie vor weit von den Ergebnissen des Boom-

jahres 2008 entfernt. Verhalten fiel der Anstieg der Exporte im Maschinenbau aus (+6,4%). Die Hersteller pharmazeutischer und ähnlicher Erzeugnisse lieferten im 1. Halbjahr 18,9% weniger Waren ins Ausland, was jedoch auf einen im Jahr 2009 zu beobachtenden Sondereffekt zurückzuführen ist.

Auch die Importe nahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zu, wobei hier ebenfalls der starke Rückgang der Einfuhren im Vorjahr eine Rolle spielt. Im 1. Halbjahr 2010 wurden Waren im Wert von 13,2 Mrd. Euro eingeführt, das waren 18,6% mehr als in der 1. Jahreshälfte 2009 (Deutschland: +15%).

Ausfuhren und Einfuhren nach Regionen

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) waren mit einem Anteil von 60,4% am Ausfuhrwert wichtigstes Absatzgebiet. Im 1. Halbjahr 2010 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Produkte im Wert von 11,8 Mrd. Euro in EU-Länder. Waren im Wert von 1,7 Mrd. Euro (8,7% der rheinland-pfälzischen Ausfuhren) wurden in die übrigen europäischen Staaten exportiert.

Nach Amerika wurden Waren im Wert von gut 2,7 Mrd. Euro ausgeführt, das waren 14% der rheinland-pfälzischen Exporte. Knapp 2,7 Mrd. Euro bzw. 13,6% des Exportvolumens

entfielen auf den asiatischen Markt. Es folgten Afrika mit einem Anteil von 2,4% sowie Australien und Ozeanien mit 0,9%. Die wichtigsten Handelspartner im Export waren Frankreich, die USA und Italien.

Im 1. Halbjahr 2010 wurden Waren im Wert von 8,1 Mrd. Euro aus EU-Ländern importiert, das waren 61,6% der rheinland-pfälzischen Einfuhren. Waren im Wert von 1,6 Mrd. Euro stammten aus dem übrigen Europa (12,3% der Importe). Damit kamen 73,9% der rheinland-pfälzischen Importe aus Europa.

Für 1,7 Mrd. Euro, das entspricht 13,2% der rheinland-pfälzischen Einfuhren, kamen Waren aus Asien. Importe aus Amerika machten mit einem Warenwert von 1,4 Mrd. Euro 10,7% der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus. Aus Afrika stammten 2% der eingeführten Waren, 0,2% aus Australien und Ozeanien. Die wichtigsten Handelspartner waren Belgien, Frankreich und die Niederlande.

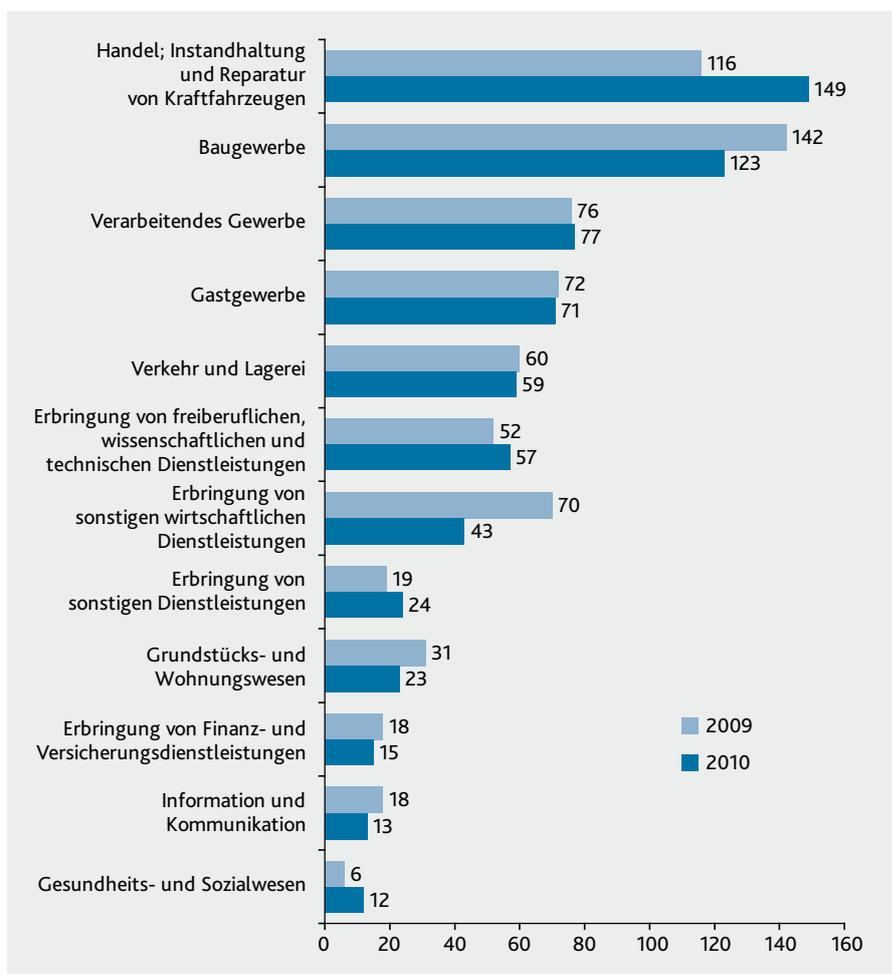
Weniger Unternehmensinsolvenzen

Im 1. Halbjahr 2010 mussten weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber dem 1. Halbjahr 2009 um 2,2% auf 696 zurück. Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten fiel mit 3 282 um 32,5% niedriger aus als im Vorjahreszeitraum. Allerdings lag die Summe der geltend gemachten Gläu-

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2002–2010



Unternehmensinsolvenzen im 1. Halbjahr 2009 und 2010 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



bigerforderungen mit 765 Mill. Euro um 64,2% über dem Vorjahreswert. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 1,1 Mill. Euro verschuldet (1. Halbjahr 2009: 654 000 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (149), gefolgt vom Baugewerbe (123) und dem verarbeitenden Gewerbe (77). Die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verlief in den Wirtschaftsbereichen uneinheitlich: Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen z. B. im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ um 33 über dem Vorjahreswert lag, ging sie im Baugewerbe um 19 zurück und blieb im verarbeitenden Gewerbe fast unverändert (+1).

Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Worms mit 15,3 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktiven Unternehmen mit Abstand am höchsten. Unter den Landkreisen erreichte Kusel den höchsten Wert (7,9). Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Speyer (0,5). Der Landkreis Germersheim wies unter den Landkreisen den günstigsten Wert auf (1,9).

Mehr Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen war im 1. Halbjahr 2010 deutlich höher als im Vorjahreszeitraum. Es mussten 2 483 Personen Insolvenz

beantragen, 17,6% mehr als von Januar bis Juni 2009. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen belief sich auf 157 Mill. Euro, das waren 23,3% mehr als im 1. Halbjahr 2009. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit rund 63 000 Euro (2009: 60 100 Euro).

Mit 30,9 Fällen je 10 000 Einwohner kamen Verbraucherinsolvenzen in der kreisfreien Stadt Pirmasens am häufigsten vor. Unter den Landkreisen wies der Rhein-Lahn-Kreis den höchsten Wert auf (10,6). Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten erreichte Ludwigshafen am Rhein (5,2). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit mit 2,5 Insolvenzen je 10 000 Einwohner im Landkreis Ahrweiler, der unter den Kreisen das günstigste Ergebnis verzeichnete.

Betriebsgründungen annähernd auf Vorjahresniveau

Sonstige Neugründungen nahmen deutlich zu

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen, bei denen aufgrund der Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann, lag in Rheinland-Pfalz im 1. Halbjahr 2010 auf Vorjahresniveau. Es gab 3 156 Betriebsgründungen, sechs weniger als von Januar bis Juni 2009. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag

oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig beschäftigen.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 28,1%. Es folgte das Baugewerbe mit einem Anteil von 11,3%. Auf das Gastgewerbe entfielen 10,1% der Betriebsgründungen.

Bezogen auf die Einwohnerzahl erreichte unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 14,9 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnern die höchste Quote. Unter den Landkreisen nahm Ahrweiler mit einer Quote von 11,6 die Spitzenposition ein. Am niedrigsten war die Gründungsaktivität in der kreisfreien Stadt Worms (7,2) bzw. im Landkreis Kusel (3).

Die sonstigen Neugründungen verzeichneten gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen deutlichen Anstieg um 8,6% auf 15 709. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die nicht über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügen. Allein im Wirtschaftsabschnitt Energieversorgung hat sich die Zahl der sonstigen Neugründungen von 599 auf 1 371 mehr als verdoppelt. Ursache dieses rapiden Anstiegs dürfte die Reduzierung der Einspeisevergütung in zwei Schritten zum 1. Juli und zum 1. Oktober 2010 sein. Wer die Anlage vor diesem Termin in Betrieb nimmt, profitiert noch von den alten Fördersätzen.

Insgesamt wurden im 1. Halbjahr 2010 rund 21 930 Gewerbe angemeldet, das waren 3% mehr als von Januar bis Juli des Vorjahres. Betriebsgründungen (3 156) und Neugründungen (15 709) machten 86% aller Gewerbebeanmeldungen aus, 7,7% entfielen auf Zuzüge aus anderen Gewerbeamtsbezirken, 6% auf Übernahmen infolge Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt.

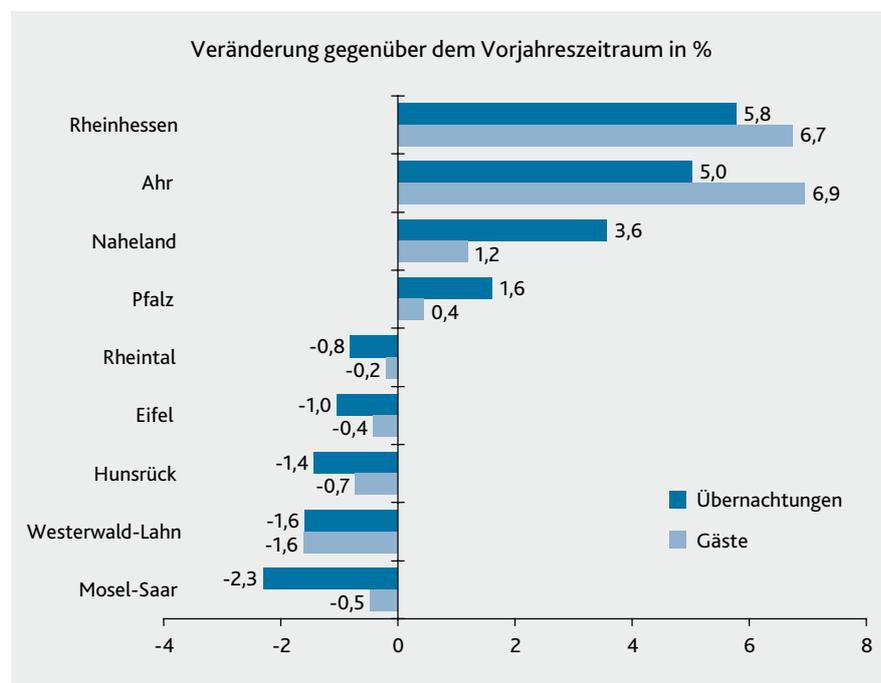
Im 1. Halbjahr 2010 wurden 2 941 Betriebe aufgegeben, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Damit erhöhte sich die Zahl der Betriebsaufgaben um 0,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die sonstigen Stilllegungen gingen um 2% auf 11 758 zurück. Insgesamt wurden 17 727 Gewerbebeanmeldungen registriert, 4,1% weniger als im 1. Halbjahr 2009.

Neuer Gästerekord im Tourismus

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche verbuchte in den ersten sieben Monaten 2010 einen neuen Gästerekord. Von Januar bis Juli kamen 4,14 Mill. Übernachtungsgäste nach Rheinland-Pfalz, das waren 0,8% mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit wurde das beste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre erzielt. Auch die Zahl der Übernachtungen lag mit 11,3 Mill. leicht über dem Vorjahreswert (+0,2%); dies ist das drittbeste Resultat des Jahrzehnts.

Aus Deutschland kamen 3,18 Mill. Gäste nach Rheinland-Pfalz, das

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Juli 2010

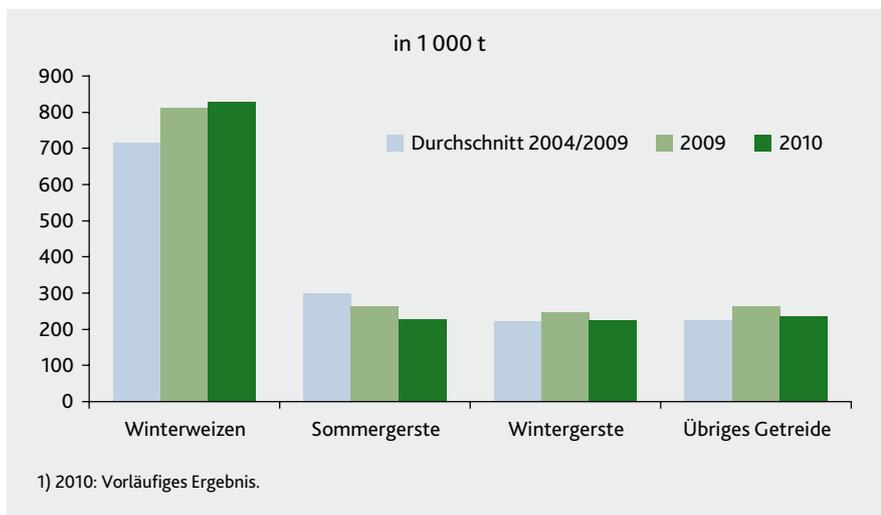


waren 0,5% mehr als im Vorjahreszeitraum. Sie buchten insgesamt 8,68 Mill. Übernachtungen (+0,4%). Die Zahl der Gäste aus dem Ausland stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,1% auf knapp 962 000. Die Zahl ihrer Übernachtungen lag jedoch mit 2,64 Mill. um 0,6% unter dem Vorjahreswert.

Die mit Abstand größte Gruppe unter den ausländischen Reisenden bildeten die Niederländer. Sie buchten knapp 1,1 Mill. Übernachtungen in Rheinland-Pfalz, 2,2% weniger als im Vorjahreszeitraum. An zweiter Stelle folgten die Belgier mit 461 000 Übernachtungen (-2,4%). Bei den US-Amerikanern, die mit 240 000 Übernachtungen die drittgrößte Gruppe stellten, war ein Anstieg um 4,2% zu verzeichnen.

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Den größten Gästezuwachs verbuchte die Tourismusregion Ahr (+6,9%). Bei den Übernachtungen lag Rheinhessen mit einem Anstieg um 5,8% vorn. Positive Impulse verzeichneten auch das Naheland und die Pfalz. Dort nahmen die Gästeankünfte um 1,2 bzw. 0,4% und die Übernachtungen um 3,6 bzw. 1,6% zu. In den übrigen Tourismusregionen blieben sowohl die Gäste als auch die Übernachtungszahlen hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Den stärksten Gästerückgang musste die Region Westerwald-Lahn hinnehmen (-1,6%), bei den Übernachtungen waren die Einbußen in der Region Mosel-Saar am stärksten (-2,3%).

Unter den touristischen Betriebsarten verbuchten die Ferienhäuser

Getreide 2009 und 2010 ¹⁾

und Ferienwohnungen den größten Zuwachs. Einen Übernachtungsrückgang mussten Ferienzentren, Gasthöfe und Privatquartiere hinnehmen. In den übrigen Segmenten des Beherbergungsgewerbes nahmen die Übernachtungszahlen zu.

Gut 1,5 Mill. t Getreide geerntet

Erträge mit deutlichen Schwankungen

Mit rund 1,5 Mill. t verfehlt die Getreideernte in Rheinland-Pfalz das sehr gute Vorjahresergebnis um 4,4%. Sie übersteigt aber den Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2009 um 3,7%. Das ist die erste Bilanz, nachdem die Getreideernte im Land weitgehend abgeschlossen ist.

Rund 56% der Getreideernte entfällt auf Weizen. Er wuchs auf rund 121 000 ha, der bislang größten Weizenanbaufläche. Der Ertrag von Weizen lag mit 7,1 t je ha rund 0,4 t unter dem Vorjahreswert (7,5 t je

ha). Festzustellen war allerdings, dass die Weizenerträge der betrachteten Felder stärker streuen als in den Vorjahren. Von den bisher ausgewerteten Weizenproben wiesen fast 16% einen Ertrag von weniger als 5 t auf. Im vorigen Jahr waren es nur gut 5%. In den meisten Fällen dürfte die Trockenheit im Juli der Grund für die geringeren Erträge sein. Vereinzelt wurden aber auch Schäden durch Wildschweine als Ursache gemeldet.

Die Ernte von Winterraps lag mit 180 000 t – trotz deutlich gesteigener Anbaufläche – um 2,8% unter dem Spitzenwert des vergangenen Jahres. Die Landwirte hatten die Fläche um 5% auf 46 700 ha ausgedehnt. Der durchschnittliche Ertrag sank um 7,4% auf 3,9 t je ha.

Der Anbau von Sommergerste wurde aufgrund der ungünstigen Erlössituation um 14% auf 42 000 ha eingeschränkt; die Erntemenge nahm um gut 13% auf 228 000 t ab. Mit einem durchschnittlichen Ertrag von 5,4 t

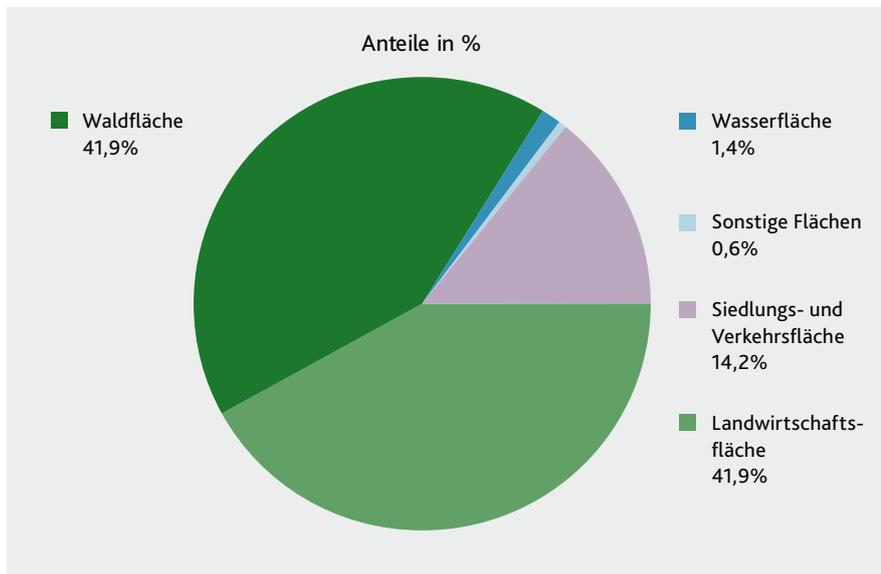
wurde der Vorjahreswert nur geringfügig überschritten. Der Ertrag von Wintergerste lag mit 6,5 t je ha um 0,1 t über dem Vorjahreswert. Wegen der rückläufigen Anbaufläche (–10% auf 34 800 ha) betrug die Erntemenge nur 224 000 t (–9,1%).

Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsflächen verlangsamt sich deutlich

Die in Rheinland-Pfalz für Siedlungen und Verkehr beanspruchte Fläche – landläufig als Flächenverbrauch bezeichnet – nahm auch im Jahr 2009 weiter zu. Im zurückliegenden Jahr wurden landesweit 227 ha zusätzlich als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. Ein Jahr zuvor hatte der Anstieg noch bei rund 1 200 ha gelegen. Die rheinland-pfälzische Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst zwischenzeitlich 282 100 ha, das sind 14,2% der Landesfläche. Damit liegt der rheinland-pfälzische Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen über dem Durchschnitt der deutschen Flächenstaaten (2008: 12,9%). Bei den anderen großen Flächennutzern gab es kaum Veränderungen. Einer um 481 ha kleiner gewordene Landwirtschaftsfläche (832 500 ha) steht eine um 326 ha vergrößerte Waldfläche (832 400 ha) gegenüber. Land- und Forstwirtschaft nutzen damit jeweils 41,9% des Landes. Bundesweit beträgt der Anteil der Landwirtschaftsfläche 52,5%; die Waldfläche macht 30,1% aus.

Inwieweit der deutlich verlangsamte Anstieg der Siedlungs- und

Nutzung der Bodenfläche 2009



Verkehrsflächen in der konjunkturellen Situation des Jahres 2009 begründet ist, und ob die seit den 90er-Jahren geführte Diskussion über eine nachhaltige Nutzung der Ressource Boden zu dieser Entwicklung beigetragen hat, wird die Zukunft zeigen. Fest steht jedoch, dass der aktuell ermittelte Wert des Flächenverbrauchs unterhalb der von der Landesregierung für das Jahr 2020 anvisierten Zielgröße von rund 450 ha liegt.

Weinexperten erwarten gut 7% weniger Most

Rückgang ausschließlich bei Rotmost, Weißmost auf Vorjahresniveau

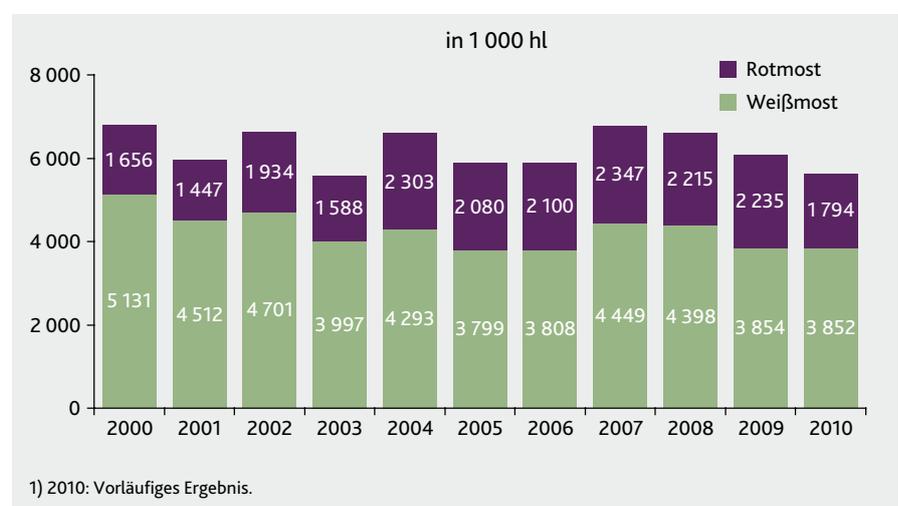
Die diesjährige Weinmosternte schätzen die Ernteberichterstatter Ende August auf gut 5,6 Mill. hl. Das wären gut 7% weniger als im vergangenen Jahr und fast 11% weniger als im

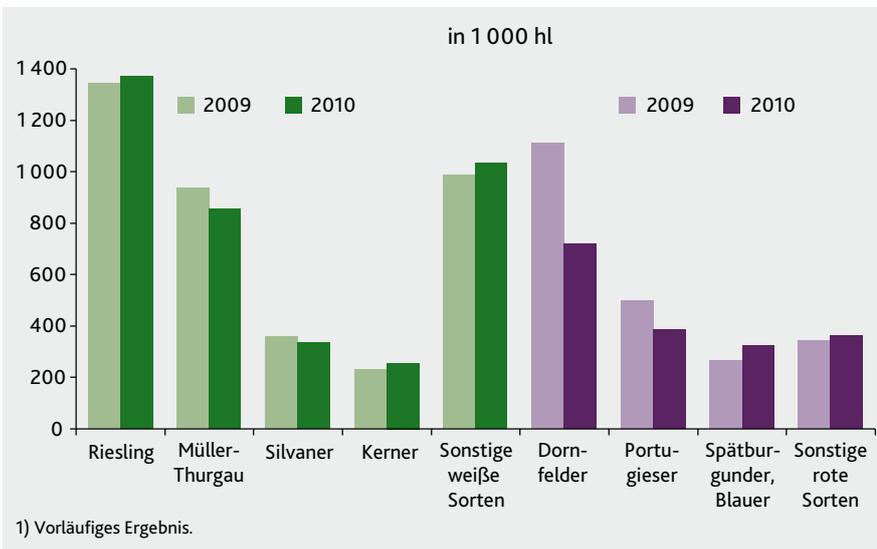
langjährigen Mittel. Die kleinere Menge geht ausschließlich zulasten des roten Mostes. Mit nur 1,8 Mill. hl werden 440 000 hl (-20%) weniger geerntet als 2009. Die Weißmostmenge liegt mit 3,85 Mill. hl auf Vorjahresniveau.

Ursachen für die unterdurchschnittliche Weinmosternte sind Hagel-

schäden sowie die ungünstigen Witterungsbedingungen während der Blüte. Die regional auftretenden Hagelunwetter hatten vor allem in den südlichen Anbaugebieten deutliche Schäden in den Weinbergen zur Folge. Die häufigen Niederschläge und niedrigen Temperaturen während der Blütezeit führten dazu, dass ein Teil der Blüten nicht befruchtet und von der Rebe abgeworfen wurden (Verrieselungsschäden).

Die Hagelschäden spiegeln sich deutlich in den regionalen Ertragschätzungen wider. So liegt die Ernteschätzung in der Pfalz, dem größten Rotweinanbaugebiet Deutschlands, mit 2 Mill. hl rund 14% unter dem langjährigen Durchschnitt. In Rheinhessen wurden 2,3 Mill. hl geschätzt, das sind 10% weniger als im langjährigen Durchschnitt. Die Mosel liegt mit einer Erntemenge von 880 000 hl zwar ebenfalls unter dem langjährigen Mittel, aber im Vergleich zum Vorjahr steigt die Menge um 9%.

Weinmosternte 2000–2010¹⁾

Weinmosternte 2009 und 2010¹⁾ nach Rebsorten

Die Nahe weist mit 346 000 hl zwar ein Plus von 10% gegenüber dem Vorjahr auf, im langfristigen Vergleich ergibt sich aber ein kleines Minus. Die Erntemengen an der Ahr und am Mittelrhein betragen 46 000 hl bzw. 34 000 hl. Das ist im Vergleich zum langjährigen Mittel ein Plus von 10,5 und 5,2%.

Die weitere Ertragsentwicklung sowie die Qualität der zu erntenden Moste hängen im hohen Maße von den weiteren Witterungsbedingungen ab.

Von Blumenkohl bis Zuckermais

Auf gut 18 000 ha werden über 40 Gemüsearten angebaut

Rheinland-Pfalz hat sich als wichtiger Standort für Gemüseanbau etabliert. Auf einer Freilandfläche von gut 18 000 ha werden über 40 verschiedene Gemüsearten im erwerbsmäßigen Gemüsebau angebaut. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren lag die

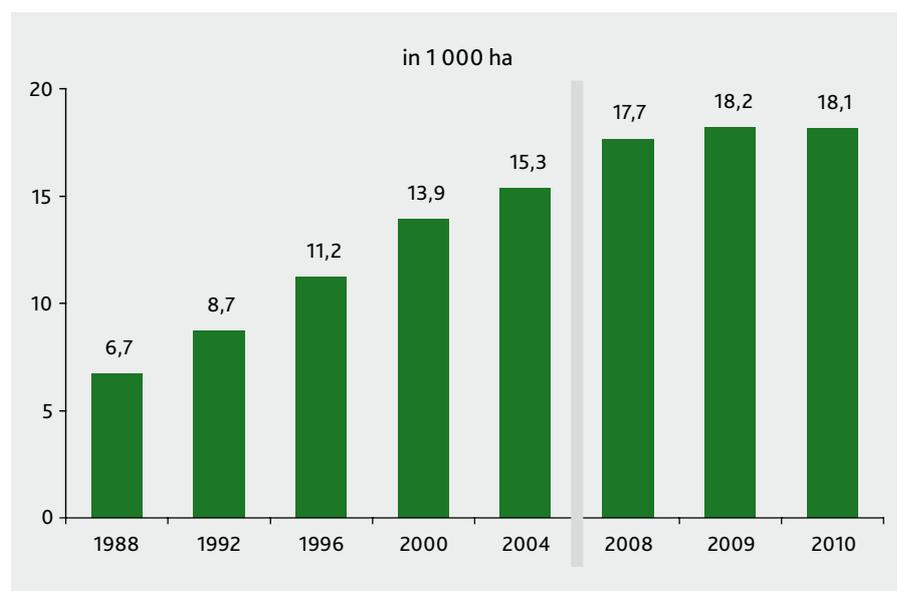
Anbaufläche bei knapp 14 000 ha. Das Spektrum der Gemüsearten reicht von Blumenkohl bis Zuckermais.

Auf eine Fläche von jeweils mehr als 500 ha bringen es zehn Gemüsearten.

Die seit Jahren wichtigste Gemüseart sind Radieschen, die auf rund 15% der Anbaufläche (2 780 ha) produziert werden. Möhren und Karotten wachsen auf 1750 ha, das sind 9,7% der Anbaufläche. Weitere wichtige Gemüsearten sind mit jeweils rund 1 310 ha Anbaufläche Bundzwiebeln und Blumenkohl, danach folgen Speisezwiebeln (1 180 ha), Spargel (1 110 ha) sowie Feldsalat (1 080 ha). Auf eine Anbaufläche zwischen 1 000 und 500 ha kommen Kopfsalat (710 ha), Porree (650 ha) und Spinat (650 ha). Die genannten Gemüsearten haben einen Anteil an der Gesamtfläche von über 69%.

Neben Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gehört Rheinland-Pfalz zu den wichtigsten Gemüseanbauländern. Die drei Länder stellten im Jahr 2009 mehr als die Hälfte der deutschen Gemüseanbaufläche auf dem Freiland.

Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 1988–2010



877 000 Behandlungsfälle in Krankenhäusern

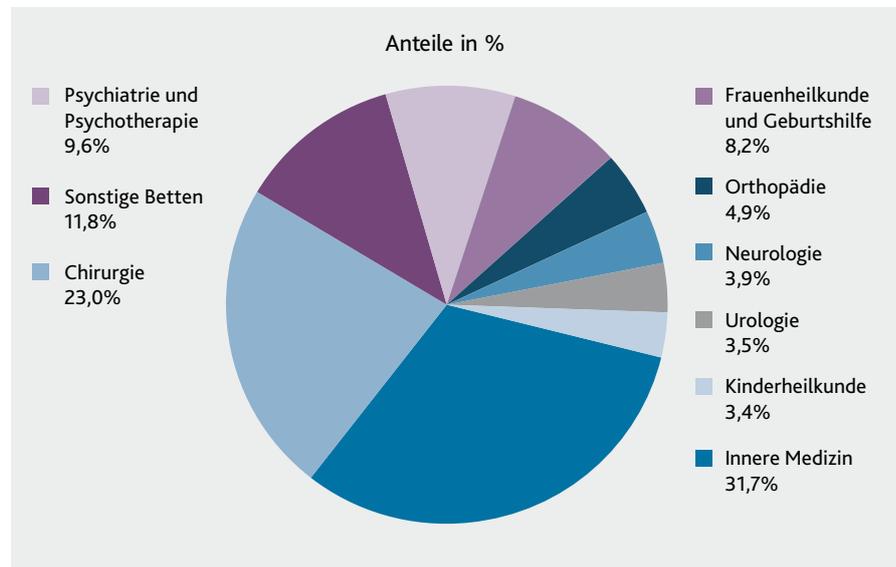
Immer mehr ambulante Operationen

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern ist zum vierten Mal in Folge die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle angestiegen. Sie lag im Jahr 2009 bei 876 827 und damit 1,6% über dem Wert des Vorjahres. Trotz des Anstiegs der Behandlungsfälle ging die Zahl der Behandlungstage um 0,4% auf gut 6,8 Mill. zurück. Im Ergebnis sank auch die durchschnittliche Verweildauer je Patientin und Patient auf 7,8 Tage, den niedrigsten Wert seit der erstmaligen Erhebung der Krankenhausstatistik im Jahr 1990. Im Jahr 1999 hatte die Verweildauer noch bei 9,9 Tagen gelegen. Ursachen hierfür sind – neben Reformen im Gesundheitswesen, die auf mehr Effizienz zielen – auch medizinische Fortschritte in Form neuer oder verbesserter Behandlungsmethoden.

Den Patientinnen und Patienten standen im Jahresdurchschnitt 2009 insgesamt 25 582 Betten zur Verfügung; damit wurde das Vorjahresniveau erreicht. Über die Hälfte der aufgestellten Betten entfiel auf die Abteilungen innere Medizin und Chirurgie.

Die Zahl der ambulanten Operationen nahm weiter zu und lag bei 71 079 (+11,4% gegenüber 2008). Damit hat sich die Zahl der ambulanten Operationen seit der erstmaligen Erhebung dieses Merkmals für das Berichtsjahr

Aufgestellte Betten im Jahresdurchschnitt 2009 nach Fachabteilungen



2002 (rund 18 000 ambulante Operationen) fast vervierfacht. Als ambulanten Operation werden bestimmte chirurgische Leistungen bezeichnet, die in der Praxis oder im Krankenhaus ohne anschließende Übernachtung erbracht werden.

Im Jahr 2009 waren im Durchschnitt 5 816 Ärztinnen und Ärzte in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern beschäftigt; das waren 2,6% mehr als im Vorjahr. Im Pflegedienst stieg die Zahl der sogenannten Vollkräfte geringfügig auf rund 14 900.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen führten in fast 19 000 Fällen zum Tod

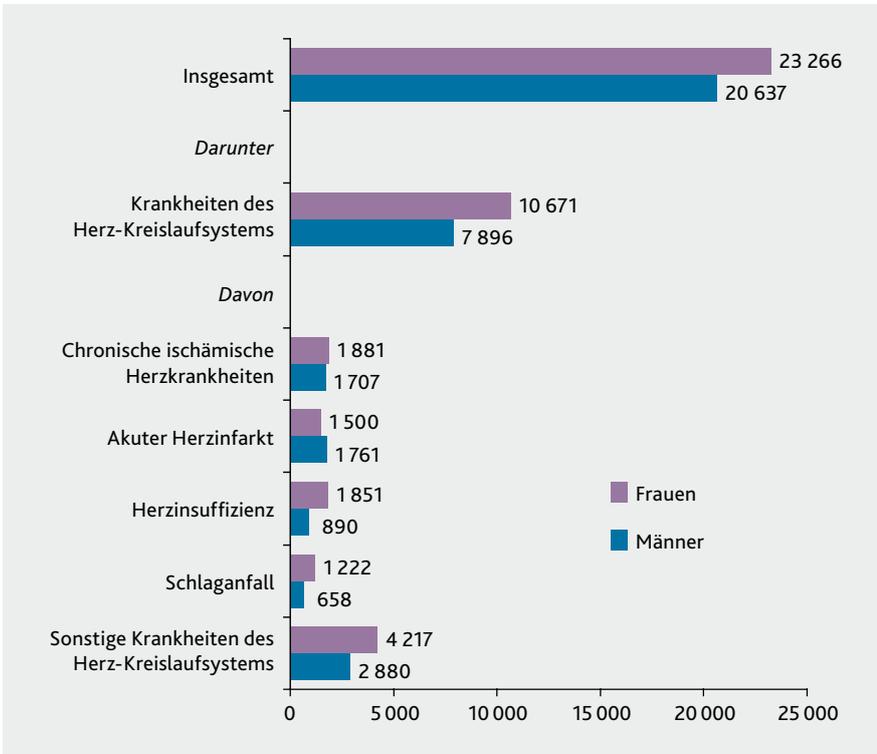
Das menschliche Herz leistet Unglaubliches: Im Verlauf eines durchschnittlich langen Lebens schlägt es rund 3 Mrd. Mal und pumpt dabei etwa 250 Mill. l Blut durch den Kör-

per. Risiken, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen begünstigen, sind unter anderem Übergewicht, Rauchen und Bewegungsmangel.

Nahezu 18 600 Menschen starben im Verlaufe des Jahres 2009 an einem Herz-Kreislauf-Leiden. Damit haben – bei insgesamt fast 44 000 Sterbefällen in Rheinland-Pfalz – 42% der Todesfälle ihre Ursache in einer derartigen Erkrankung. Der akute Herzinfarkt war darunter 3 300 Mal vertreten, die sogenannte chronische ischämische Herzkrankheit – damit ist die mangelhafte Durchblutung von Gewebe gemeint – führte 3 600 Mal zum Tod.

Frauen starben weit häufiger (10 700) an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung als Männer (7 900). Die Ursache hierfür ist, dass derartige Erkrankungen in der Regel erst in höherem Alter zum Tod führen und der Frauenanteil

Gestorbene 2009 nach ausgewählten Todesursachen und Geschlecht



bei der älteren Bevölkerung deutlich überwiegt. Rund 72% der an Herz-Kreislauf-Erkrankungen Gestorbenen waren zwischen 65 und 90 Jahren, 19% sogar über 90 Jahre alt. Besonders deutlich übertrifft die Zahl der betroffenen Frauen die der Männer bei der Herzinsuffizienz als Todesursache (1 900 gegenüber 900). Beim akuten Herzinfarkt, der auch jüngere trifft, ist hingegen das männliche Geschlecht stärker vertreten. Für 1 800 Männer aber „nur“ 1 500 Frauen war dies Ursache für den Tod.

Krankheiten des Kreislaufsystems sind auch der häufigste Grund für einen Krankenhausaufenthalt. Rund 137 000 Patientinnen und Patienten – das sind mehr als 15% aller Fälle –

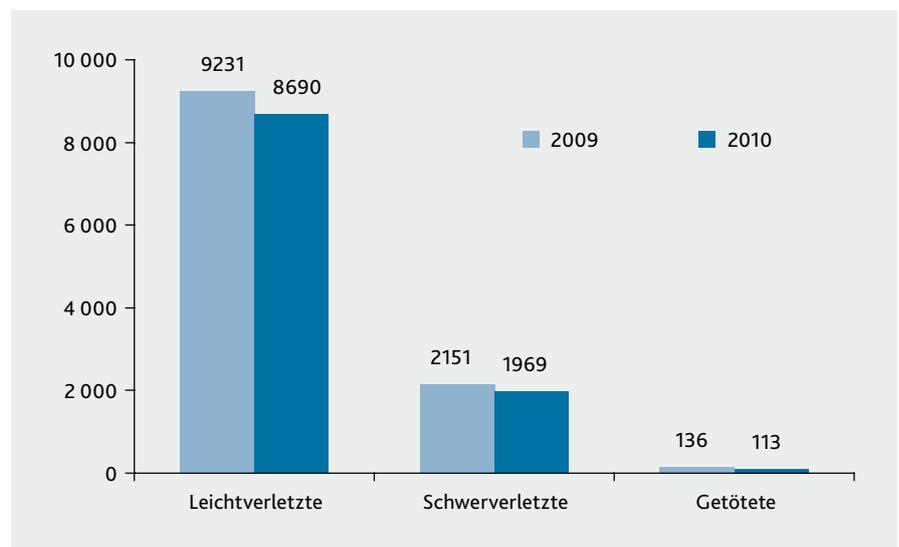
wurden im Jahr 2009 aus einem derartigen Anlass in einem rheinland-pfälzischen Krankenhaus behandelt.

Zahl der Getöteten und Verletzten bei Verkehrsunfällen zurückgegangen

Trotz steigender Zahl der Verkehrsunfälle wurden im Zeitraum Januar bis Juli 2010 deutlich weniger Unfälle mit Todesopfern oder Verletzten registriert. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2010 verloren 113 Menschen ihr Leben bei Verkehrsunfällen, das waren 23 Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 8,5% auf 1 969 zurück. Leicht verletzt wurden 8 690 Personen, das entspricht einem Rückgang von 5,9%.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 72 683 Verkehrsunfälle, das waren 2,7% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2009 und 2010



20 Jahre Deutsche Einheit

Zahlen, Daten und Fakten aus den 16 Bundesländern

Die statistischen Ämter der Länder haben zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2010 die Entwicklungen in den 16 deutschen Ländern anhand statistischer Daten und Fakten unter die Lupe genommen. Die Federführung dafür lag beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz. „Im Fokus dieser Publikation steht nicht die Frage, was Ost und West unterscheidet, sondern wie sich die Lebensverhältnisse im wiedervereinigten Deutschland entwickelt haben“, so Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. Entstanden ist die Gemeinschaftsveröffentlichung „Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik“. Darin sind u. a. Daten zu den Themen Bevölkerung, Wirtschaft und Soziales in übersichtlichen Grafiken und anschaulichen Karten aufbereitet und in kurzen Texten kommentiert.

Sie erfahren unter anderem, dass...

- ... nicht nur die neuen Länder Bevölkerungsverluste erlitten.
- ... in allen Bundesländern immer mehr alte Menschen leben.
- ... die neuen Länder ein hohes Wirtschaftswachstum seit 1991 aufweisen.
- ... es einen kräftigen Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in den neuen Ländern gab.
- ... die Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern deutlich stärker gestiegen ist als in den alten.
- ... die Arbeitslosenquote in allen Ländern gesunken ist.
- ... der Abstand zwischen Ost und West sich beim verfügbaren Einkommen deutlich verringert hat.
- ... für Urlaube hauptsächlich die attraktiven Urlaubsziele an den Küsten und in den Bergen genutzt werden.
- ... Menschen in den neuen Bundesländern sparsamer mit dem Wasser umgehen.
- ... beim Betreuungsangebot für die Jüngsten die neuen Bundesländer weit vorne liegen.
- ... die Wahlbeteiligung in allen Ländern rückläufig ist.

Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik



 STATISTISCHE ÄMTER
DER LÄNDER

Die Veröffentlichung „Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik“ kann zum Preis von 5 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Die PDF-Datei steht im Internet unter <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/20JahreDeutscheEinheit.pdf> zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Aus der amtlichen Statistik

Rheinland-Pfalz belegt bei frühkindlicher Förderung Spitzenplatz „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ erschienen

In Rheinland-Pfalz nutzen überdurchschnittlich viele Kinder die Angebote der vorschulischen Bildung. Dies ist eines der Ergebnisse der zum fünften Mal veröffentlichten „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Datenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“, in der für die Mitgliedsstaaten internationale Vergleichszahlen präsentiert werden.

Rheinland-Pfalz engagiert sich seit Jahren stark im Bereich der frühkindlichen Förderung. Dies spiegelt sich in der Bildungsbeteiligungsquote der unter 5-Jährigen wieder, die mit 113,3% deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 101,5% liegt. Lediglich Thüringen weist mit 119,5% einen noch höheren Wert auf. Die Bildungsbeteiligungsquote der unter 5-Jährigen wird von der OECD definiert als Anteil der unter 5-Jährigen in Betreuungseinrichtungen gemessen an der 3- bis unter 5-jährigen Gesamtbevölkerung. Da auch unter 3-jährige Kinder den Kindergarten besuchen, kann diese Berechnung Anteilswerte von über 100% ergeben.

Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und die Ausweitung der Beitragsfreiheit werden in Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2006 schrittweise umgesetzt. Seit dem 1. August dieses Jahres haben alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenbesuch.

Die in diesem Jahr als Tabellensammlung erscheinenden „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Ausgabe 2010 - Tabellenband


STATISTISCHE ÄMTER
DES BUNDES UND DER LÄNDER

beleuchten das gesamte Bildungsspektrum von der frühkindlichen Bildung bis zum „lebenslangen Lernen“. Sie liefern damit wichtige Vergleichszahlen zum Bildungsbereich in den einzelnen Bundesländern. Sofern keine andere Jahreszahl angegeben ist, beziehen sich die Daten auf das Jahr 2008.

Verbraucherpreise im September 2010

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz lag im September 1,3% höher als ein Jahr zuvor. Damit setzt sich der moderate Anstieg der Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten fort.

Deutlich stärker als der Gesamtindex stiegen die Preise im Bildungswesen (+4%). In der Hauptgruppe Verkehr (+3,4%) wird die Entwicklung wie in den Vormonaten maßgeblich durch den Anstieg der Kraftstoffpreise (+10,2%) bestimmt. Bei den Preisen für Haushaltsenergie zeigten sich unterschiedliche Entwicklungen. Während die Gaspreise im Vergleich zum Vorjahresmonat fielen (-3%), legten die Preise für Heizöl (+24,1%) und Strom (+3,8%) deutlich zu.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen binnen Jah-

resfrist im Schnitt um 2,8%. Vor allem Speisefette und -öle (+16,3%), Gemüse (+14,4%) sowie Obst (+9%) verteuerten sich. Sinkende Preise waren hingegen bei der Nachrichtenübermittlung (-1,9%), bei Bekleidung und Schuhen (-0,3%) sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-0,1%) festzustellen.

Gegenüber dem Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,3%. Die gesunkenen Preise bei den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (-3%) resultieren aus dem Ende der Urlaubszeit. Dies gilt auch für die Preisrückgänge bei den Pauschalreisen (-9,1%), die sich auf den Teilindex „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-2%) auswirkten. Mit dem Ende des Sommerschlussverkaufs zogen dagegen die Preise für Bekleidung und Schuhe (+2,6%) wieder an.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

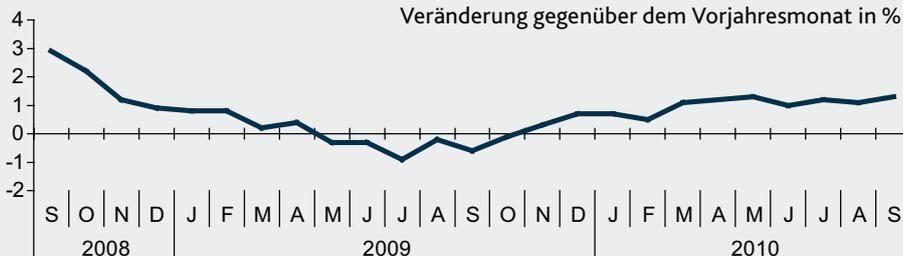
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2.000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17.000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2010

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2009 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



September 2010

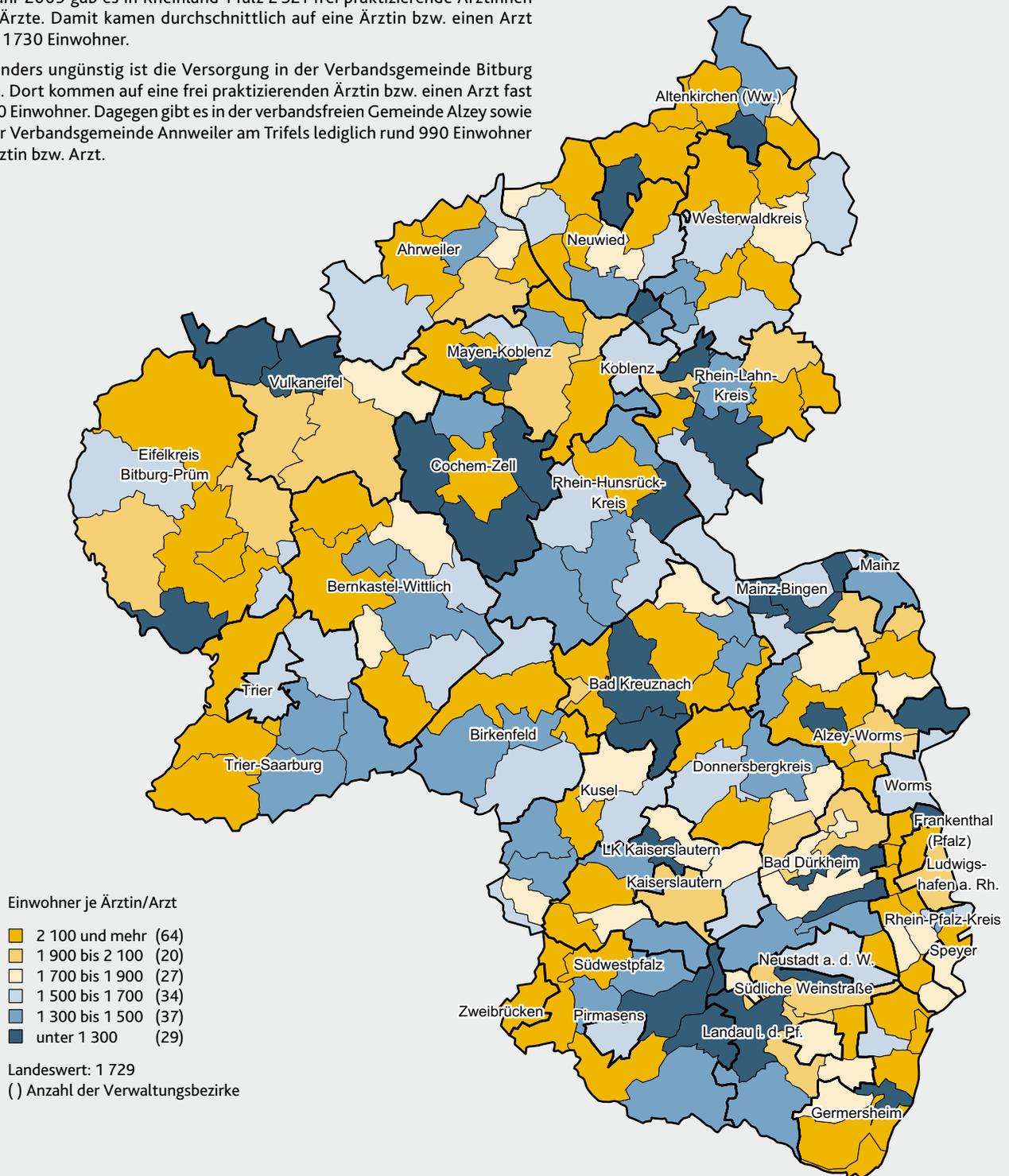
- Verbraucherpreisindex: +1,3%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
Gemüse: +14,4%
Nachrichtenübermittlung: -1,9%

Frei praktizierende Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin 2009 nach Verwaltungsbezirken

Auf eine Ärztin bzw. einen Arzt kommen im Schnitt rund 1 730 Einwohner

Im Jahr 2009 gab es in Rheinland-Pfalz 2 321 frei praktizierende Ärztinnen und Ärzte. Damit kamen durchschnittlich auf eine Ärztin bzw. einen Arzt rund 1 730 Einwohner.

Besonders ungünstig ist die Versorgung in der Verbandsgemeinde Bitburg Land. Dort kommen auf eine frei praktizierenden Ärztin bzw. einen Arzt fast 5 600 Einwohner. Dagegen gibt es in der verbandsfreien Gemeinde Alzey sowie in der Verbandsgemeinde Annweiler am Trifels lediglich rund 990 Einwohner je Ärztin bzw. Arzt.



Haushalte und Familien 2009

Immer weniger Großfamilien



Von Christine Schomaker

Immer mehr Menschen leben in Lebensgemeinschaften, als allein-erziehende Elternteile oder als Alleinstehende, d. h. ohne Ehe- oder Lebenspartner/in und ohne Kinder im eigenen Haushalt. Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens zunehmend an Bedeutung, die Zahl der traditionellen Familien geht zurück. Anhand der Zahlen von 1999 und 2009 werden in diesem Beitrag die Strukturen und Entwicklungen der Haushalte und Familien sowie Änderungen der Lebensverhältnisse verdeutlicht.

Die Datengrundlage ist der Mikrozensus. Seit 1957 liefert die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa differenzierte Daten über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Die 1%-Stichprobenerhebung, in die in Rheinland-Pfalz jährlich rund 18 000 Haushalte einbezogen werden, gibt unter anderem Aufschluss über die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte sowie der Familien.

Privathaushalte werden immer kleiner

Mehrheit der Bevölkerung lebt in Privathaushalten

Im Jahr 2009 wohnten in Rheinland-Pfalz mehr als 4 Mill. Menschen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung mit Haupt- und Nebenwohnsitz in Rheinland-Pfalz lebt in einem Privathaushalt. Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte).

Mit rund 44 000 Personen bewohnte lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung 2009 eine sogenannte Gemeinschaftsunterkunft. Hierzu zählen beispielsweise Altersheime

und Altenpflegeheime sowie ähnliche Einrichtungen.

Trotz rückläufiger Entwicklung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung zwischen 1999 und 2009 stieg die Zahl der Privathaushalte in diesem Zeitraum um 4,6% auf rund 1,9 Mill. Folglich wohnen in den Haushalten immer weniger Menschen. Ein rheinland-pfälzischer Haushalt bestand im Jahr 2009 durchschnittlich aus 2,1 Personen, 1999 waren es noch 2,3 Personen.

Auch die Zusammensetzung der Haushalte in Rheinland-Pfalz hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verändert. So erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte zwi-

Der Trend zu kleineren Haushalten hält an

schen 1999 und 2009 um 15%, die Zahl der Zweipersonenhaushalte stieg um 10,6%. Zum Anstieg der Zahl der Privathaushalte hat damit insbesondere der Zuwachs bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten beigetragen. Insgesamt stellten die Ein- und Zweipersonenhaushalte jeweils fast 36%. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen ist auf knapp 29% gesunken.

Ein Drittel der Bevölkerung ab 65 Jahren lebt allein

Noch immer ist das Alleinleben unter der Bevölkerung mit fortgeschrittenem Alter am weitesten verbreitet. Dabei handelt es sich vielfach um ältere Menschen, die z. B. nach dem Tod des Partners allein in einem Haushalt leben und nicht – wie dies in früheren Zeiten noch durchaus üblich war – mit Kindern oder Enkeln unter einem Dach wohnen. Vor allem die Zahl der allein lebenden Frauen steigt im Alter – unter anderem bedingt durch die höhere Lebenserwartung der Frauen – stark an. Im Zuge der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe stetig zu. Fast 31% der Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren lebten 2009 allein.

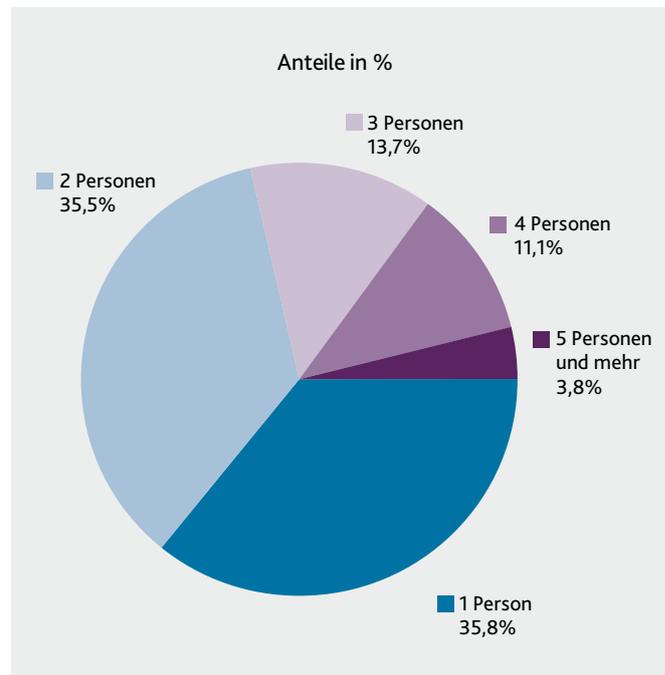
Dagegen lebten und wirtschafteten 2009 lediglich 21,3% der 20- bis unter 35-Jährigen allein. Noch geringer ist der Anteil der Alleinlebenden bei der Gruppe der 35- bis unter 65-Jährigen; viele Menschen dieser Altersgruppe lebten mit einem Partner und/oder Kindern zusammen.

Zu den Alleinstehenden zählen im Mikrosensus alle Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartner und ohne Kinder leben. Alleinlebende sind ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben.

1) Haushalte mit geradlinig Verwandten und gegebenenfalls weiteren Personen im Haushalt.

G 1

Haushalte 2009 nach der Haushaltsgröße

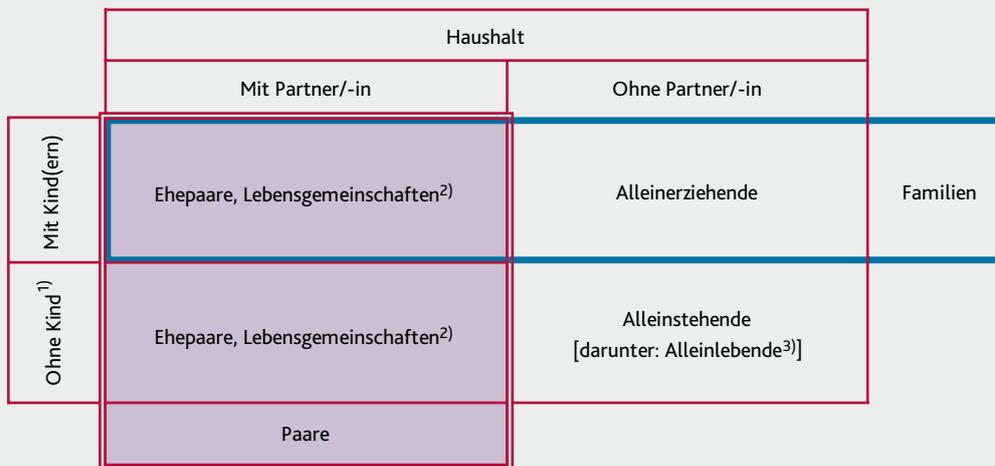


Immer seltener leben mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen

War das Leben in einer Großfamilie, sei es in einem Haushalt mit drei Generationen oder in einem Zweigenerationenhaushalt mit mehreren Kindern, Mitte des letzten Jahrhunderts noch eine übliche Form des Zusammenlebens, so ist dies heute eher selten geworden.

Im Jahr 2009 war lediglich jeder dritte Haushalt ein Mehrgenerationenhaushalt¹⁾. In 31,9% der Haushalte lebten zwei Generationen unter einem Dach, nur 0,6% der Haushalte umfassten drei und mehr Generationen. Die Mehrgenerationenhaushalte waren somit fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte.

Immer weniger Mehrgenerationenhaushalte



1) Als Kinder zählen ledige Personen (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt. – 2) Nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. – 3) Einpersonenhaushalte.

Auch in Rheinland-Pfalz immer mehr alternative Familienformen

Veränderte Erfassung von Familien seit 2005

Im Jahr 2009 lebten 52,4% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung als Elternteil oder Kind in einer Familie. Nicht zu den Familien zählen Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende. Durch die im Jahr 2005 veränderte Erfassung von Familien (siehe Textkasten „Erfassung von Familien im Mikrozensus“) kann der Mikrozensus besser soziale Entwicklungen abbilden und wird zugleich dem geänderten Verständnis von Familie gerecht. Familien nehmen in der politischen Diskussion einen besonderen Stellenwert ein. Nach Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Übereinstimmend wird in Deutschland auch das Zusammenleben mit Kindern generell als besonders schutzbedürftig betrachtet.

Im Jahr 2009 lebten in Rheinland-Pfalz insgesamt 614 300 Familien mit mehr als

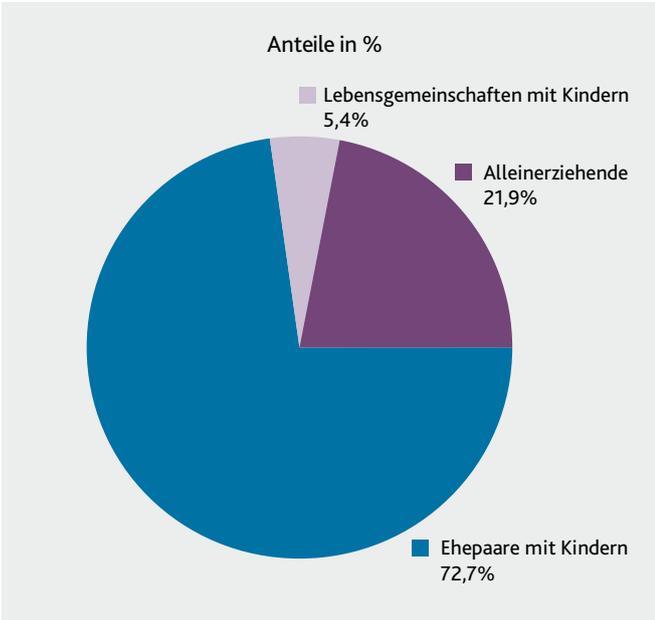
1 Mill. ledigen Kindern jeden Alters. Im Vergleich zu 1999 nahm die Zahl der Familien damit um 7,6% ab.

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen bei den einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien – Ehepaare mit Kindern – sank, erhöhte sich die Zahl alternativer Familienformen, zu denen Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften mit Kindern gerechnet werden. Im Jahr 2009 gehörten 27,3% der Familien zu diesen Formen des Zusammenlebens. Obwohl die traditionelle Familie nach wie vor überwiegt, nahm ihr Anteil von 79,5% im Jahr 1999 auf 72,7% im Jahr 2009 ab.

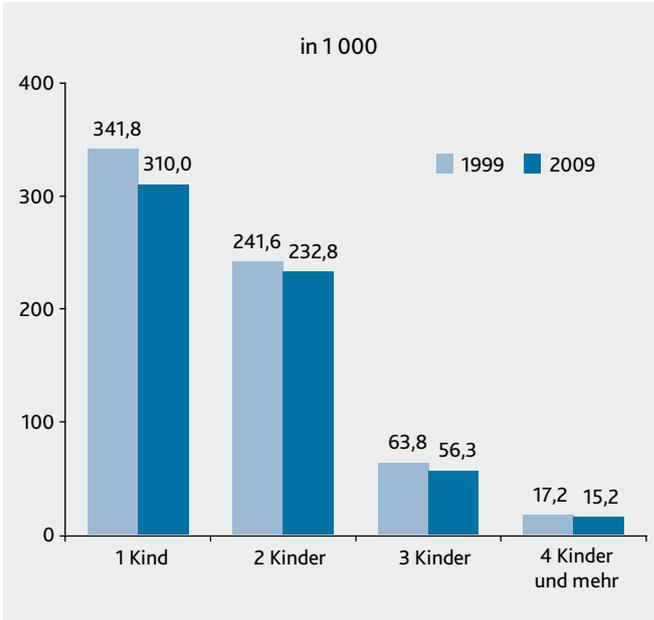
Weniger traditionelle Familien

In den vergangenen Jahrzehnten veränderte sich die Bedeutung verschiedener Formen des partnerschaftlichen Lebens innerhalb der Bevölkerung deutlich. Als ursächlich für den Wandel können dabei unter anderem die weitgehende Akzeptanz nichtehelicher Lebensformen, der Alterungsprozess

G 3 Familien 2009



G 4 Familien 1999 und 2009 nach der Zahl der Kinder



der Bevölkerung, die Zunahme von Scheidungen und Trennungen sowie stärkere Selbstverwirklichungstendenzen betrachtet werden. Zudem leben Menschen im Laufe ihres Lebens vielfach in unterschiedlichen Lebensformen.

Immer weniger Kinder

Nicht nur die Zahl der Familien nahm innerhalb der vergangenen zehn Jahre ab, auch die der Kinder sank deutlich (-6,8%). Im Mittel gab es 2009 in jeder Familie 1,65 Kinder.

Immer weniger Großfamilien in Rheinland-Pfalz

Dabei lebte in gut der Hälfte der rheinland-pfälzischen Familien 2009 nur ein Kind im gemeinsamen Haushalt. In den übrigen Familien wachsen Kinder mit mindestens einem Geschwisterkind auf; 37,9% der Familien haben zwei, 11,6% drei oder mehr Kinder. In den letzten zehn Jahren blieb diese Verteilung, bei zurückgehender Zahl der Familien, nahezu unverändert. Insgesamt besteht die rheinland-pfälzische Durchschnittsfamilie aus 3,4 Personen.

Die Zahl der Familien mit Kindern unter 18 Jahren sank zwischen 1999 und 2009 um 40 600 auf 416 100. Insgesamt lebten in Rheinland-Pfalz 2009 mehr als 677 100 Kinder unter 18 Jahren. Das sind 66,9% aller im Mikrosensus als Kinder identifizierten Personen. Über 19% sind jünger als sechs Jahre.

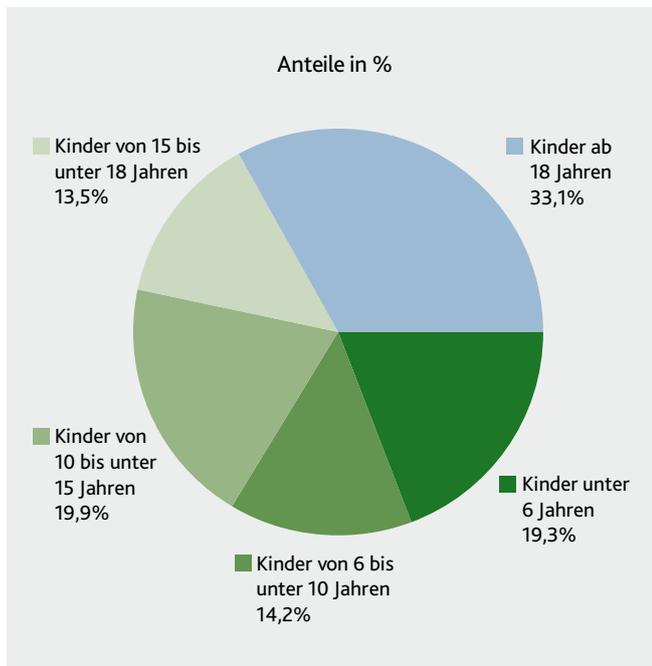
Gut 84% der Alleinerziehenden sind Frauen

Alleinerziehende stellen einen immer größer werdenden Teil der Familien. Als alleinerziehende Elternteile zählen im Mikrosensus Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner(in) mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Insgesamt gab es in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 rund 134 600 alleinerziehende Elternteile.

Mit einem Anteil von 84,1% sind es dabei immer noch vorwiegend Mütter, die ihre Kinder ohne Partner großziehen.

G 5

Kinder 2009 nach dem Alter



67% der Alleinerziehenden kümmern sich um ein Kind

Die meisten Alleinerziehenden haben nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2009 nur ein Kind (67,1%), ein Viertel (26,2%) kümmert sich allein um zwei Kinder. Die durchschnittliche Kinderzahl von Alleinerziehenden liegt bei 1,41.

Bei den alleinerziehenden Elternteilen leben in vielen Fällen ältere Kinder: 43% der bei Alleinerziehenden lebenden Kinder sind bereits volljährig. Dagegen sind lediglich 16,4% jünger als sechs Jahre, 10% sind zwischen sechs und zehn Jahre alt, 19,3% zwischen zehn und 15 Jahren und 11,2% zwischen 15 und 18 Jahren.

Nach wie vor ist eine Scheidung die häufigste Ursache, warum Mütter und Väter ihre Kinder allein aufziehen. Im Jahr 2009 waren 40,9% der Alleinerziehenden geschieden. Der Tod des Ehepartners ist bei 24,2% der vermutliche Grund, dass sie ihre Kinder allein aufziehen müssen.

Erfassung von Familien im Mikrozensus

Seit seiner erstmaligen Erhebung im Jahr 1957 orientierte sich der Mikrozensus bei der Erfassung familialer Beziehungen am traditionellen Familienkonzept. Mit der Einführung des unterjährigen Mikrozensus im Jahr 2005 wurde das traditionelle Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept umgestellt. Der Mikrozensus liefert so unter anderem die Datengrundlage für die Festlegung von Kindergeld- und BAföG-Sätzen.

Mit dem Wechsel wurden alternative Lebensformen wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in die Berichterstattung integriert. Ausgehend davon gehören zu den Familien nun alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare mit ledigen Kindern, (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und Alleinerziehende mit ledigen Kindern.

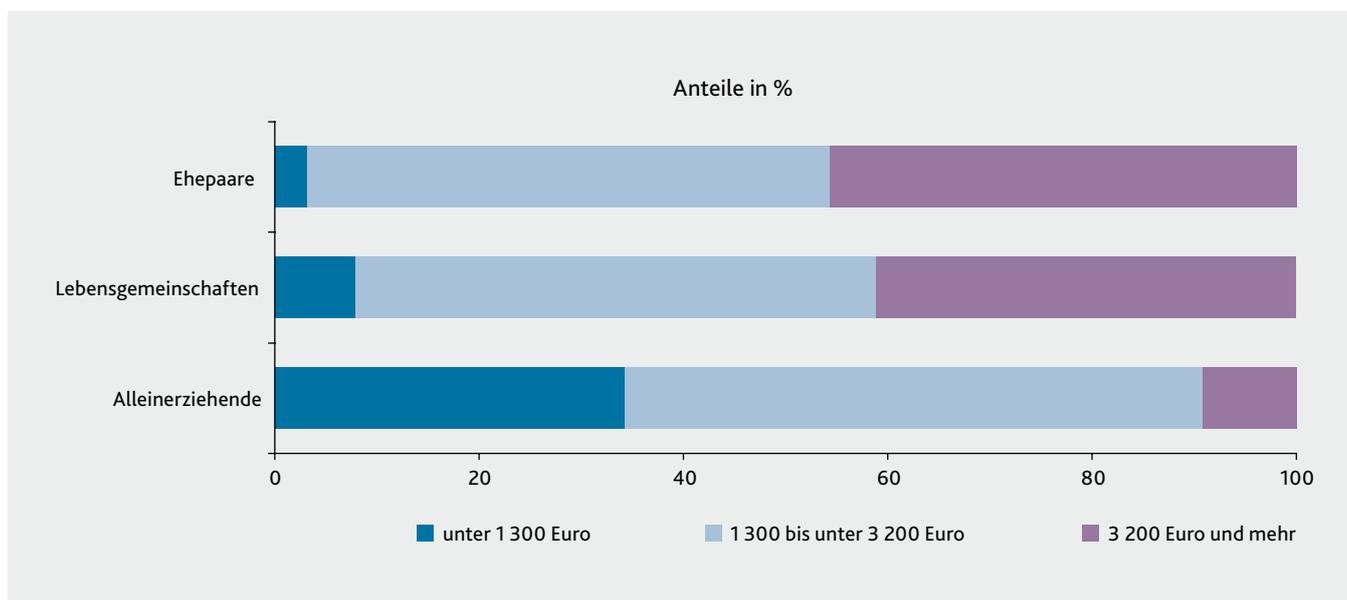
Familienverbände, die über den Kernhaushalt hinausgehen (wie getrennt wohnende Eltern oder nicht im Haushalt lebende Geschwister) können nicht erfasst werden.

Im Jahr 2005 wurde im Mikrozensus erstmals allen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/in im Haushalt die Frage nach einer Lebenspartnerschaft gestellt. Damit können ab dem Mikrozensus 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden.

Zahl der Paare ohne Kinder nimmt zu

Die Zahl der Paare ohne Kinder stieg in den letzten Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2009 lebten im Land rund 570 000 Paare ohne ledige Kinder. Der überwiegende Teil der Paare ohne Kinder besteht allerdings aus älteren Personen, deren erwachsene Kinder

G 6 Familien 2009 nach dem monatlichen Nettoeinkommen



den elterlichen Haushalt bereits verlassen haben. Gerade bei jungen Paaren verzögert sich häufig – unter anderem bedingt durch längere Ausbildungszeiten – der Zeitpunkt der Eheschließung sowie der Geburt des ersten Kindes.

Ehe weiterhin häufigste Form des Zusammenlebens für Paare

Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren auch das unverheiratete Zusammenleben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft. Dennoch bleibt die Ehe für Paare die am häufigsten gewählte Form des Zusammenlebens: 85,7% aller Paare ohne Kinder im Land sind verheiratet.

Alleinerziehende häufig mit geringem Einkommen

Neben der sozialen ist auch die wirtschaftliche Lage von Familien zur Beurteilung der Gesamtsituation bedeutsam. Mit den unterschiedlichen Familienformen gehen auch unterschiedliche Möglichkeiten der Lebensgestaltung und insbesondere der

Erwerbsbeteiligung einher. Das monatliche Nettoeinkommen lag 2009 bei jeder zehnten Familie in Rheinland-Pfalz (10,3%) unter 1 300 Euro. Monatlich über 1 300 bis 2 000 Euro verfügten 16,5% der Familien, 35,7% über 2 000 bis 3 200 Euro und ein gutes Drittel (37,4%) über 3 200 Euro und mehr.

Dabei gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Familienformen: Vor allem Alleinerziehende sind oft besonderen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Während 34,3% aller Alleinerziehenden mit einem Einkommen von unter 1 300 Euro auskommen müssen, liegt der entsprechende Anteil bei Ehepaaren mit Kindern nur bei 3,2%.

Bei 63,5% der Familien mit zwei Elternteilen und Kindern unter 18 Jahren gingen beide Partner einer Erwerbstätigkeit nach. Lediglich einer der beiden Partner arbeitete bei 32,5% der Paare mit Kindern unter 18 Jahren. Von den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern gingen 70,9% einer Erwerbstätigkeit nach. Dabei wird die Beteili-

Jede 10. Familie hat monatlich weniger als 1 300 Euro

70,9% der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern sind erwerbstätig

gung am Erwerbsleben bei Alleinerziehenden maßgeblich vom Alter der Kinder bestimmt: Alleinerziehende, die Kinder unter sechs Jahren großziehen, sind seltener erwerbstätig als Alleinerziehende mit älteren Kinder.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt durch den Mikrozensus über wichtige Daten zu Haushalten und Familien, deren Struktur und Veränderung im Zeitverlauf. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vollzogen sich bedeutsame Wandlungen: Während die Zahl der Alleinlebenden steigt, geht die Zahl der Familien deutlich zurück. Auch haben

im Zeitverlauf die „alternativen“ Familienformen – dazu zählen Alleinerziehende und nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern – immer mehr an Bedeutung gewonnen. Der Großteil der Familien lebt aber nach wie vor in der traditionellen Familienform.

Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, leitet das Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushalts-erhebungen.

Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energieträgern Eifel und Hunsrück sind zurzeit das Zentrum der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien

Von Jörg Breitenfeld

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern, wie Wasser- oder Windkraft, hat in den letzten Jahren in Deutschland erheblich an Bedeutung gewonnen. Ursächlich hierfür ist die finanzielle Förderung von Strom, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird. Rund 3,7 Mrd. kWh wurden im Jahr 2008 aus rheinland-pfälzischen Anlagen in das Stromnetz eingespeist. Davon tragen die Windkraft mit etwa 46% und die Wasserkraft mit 30% den größten Anteil. Von besonderer Bedeutung sind hierfür die Windkraftanlagen in der Eifel und dem Hunsrück sowie die Wasserkraftwerke entlang der Mosel.

Gesetzliche Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern

Die Erzeugung von Strom aus fossilen Energieträgern, wie Erdöl und Erdgas, ist mit der Emission von Treibhausgasen verbunden. Diese werden als eine Ursache des Klimawandels betrachtet. Die Bundesregierung hat sich deshalb das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf mindestens 30% zu steigern.¹⁾

EEG fördert die erneuerbaren Energien

Eine zentrale Rolle zur Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland kommt dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)²⁾ zu. Es macht auf der Grundlage einer festen Einspeisevergütung für Strom, der aus erneuer-

baren Energieträgern gewonnen wird, dessen Produktion betriebswirtschaftlich rentabel. Im EEG wurden für die verschiedenen Formen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern unterschiedliche Vergütungssätze festgelegt, die von den Netzbetreibern an die Eigner von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu zahlen sind. Die Förderung wird dann in einem mehrstufigen Verfahren in Form der EEG-Umlage auf die Stromverbraucher umgelegt.

Stromverbraucher zahlen EEG-Förderung

Das EEG regelt zudem, dass die Netzbetreiber und Elektrizitätsversorgungsunternehmen auf ihren Internetseiten den Standort einer einspeisenden Anlage, dessen Leistung sowie die eingespeiste Strommenge aus erneuerbaren Energien veröffentlichen müssen. Dies gilt aber nur für die geförderten Anlagen. Diese Daten bereitete das Stati-

1) Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; „Strom aus erneuerbaren Energien“, S. 5.

2) Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien kurz Erneuerbare -Energien-Gesetz vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074).

Aggregierte
Daten beim
Statistischen
Landesamt
erhältlich

stische Landesamt für die Jahre 2007 und 2008 auf, um den Wünschen vieler Datennutzer nach regionalisierten Daten über die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien zu erfüllen.

EEG-Umlage¹⁾

Der Betreiber einer Anlage zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erhält einen festen Vergütungssatz zugesichert, sobald er die Anlage in Betrieb nimmt. Der Vergütungssatz variiert zwischen den förderfähigen Energieträgern (Wasserkraft, Deponie-, Klär- und Grubengas, Biomasse, Geothermie, Windenergie und solare Strahlungsenergie) und dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Er wird anschließend in den meisten Fällen 20 Jahre gezahlt. Die Refinanzierung der Förderung erfolgt durch eine Umlage, die sogenannte EEG-Umlage, die alle Stromverbraucher zu zahlen haben. Dazu wurde ein mehrstufiger Ausgleichsmechanismus entwickelt.

Die Netzbetreiber leiten auf der ersten Stufe den Strom an ihre zuständigen Übertragungsnetzbetreiber weiter und erhalten die gezahlte Vergütung erstattet. Die vier in Deutschland agierenden Übertragungsnetzbetreiber gleichen dann im Innenverhältnis die unterschiedliche regionale Erzeugung aus. Die Übertragungsnetzbetreiber vermarkten den EEG-Strom an der Strombörse und ermitteln die Differenzen zwischen dem Ertrag, den der Strom am Markt einbringt und den Vergütungssätzen, die dem Anlagenbetreiber gezahlt wurden. Die EEG-Förderung wird dann auf den gesamten Stromverbrauch umgelegt und ein Betrag je Kilowattstunde ermittelt, den die Letztverbraucher zu zahlen haben. Diese EEG-Umlage wird dann von den Energieversorgungsunternehmen dem Letztverbraucher in Rechnung gestellt.

Dargestellt wurde die Berechnungsmethode der EEG-Umlage des aktuellen EEG-Gesetzes. Für das Jahr 2010 beträgt sie 2,047 Cent/kWh.

¹⁾ Vergl. Gaul, Dr. Claus-Martin, Glaubitz, Thomas; „Aktueller Begriff EEG-Umlage“; Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Nr. 21/10 (25. März 2010); http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/EEG-Umlage_2010.pdf; Abruf vom 31. August 2010.

3,7 Mrd. kWh Stromeinspeisung

Im Jahr 2008 wurden aus erneuerbaren Energien rund 3,7 Mrd. kWh Strom in das Stromnetz eingespeist. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Steigerung von 4,1%. Den größten Anteil hatte die Windkraft mit 46% vor der Wasserkraft (30%). Die Verwertung von Biomasse steuerte knapp 16% bei und die Solarenergie gut 6%. Der Rest entfiel auf sonstige Energieträger wie Klär- und Deponiegas oder Geothermie.

Deutlich zulegen konnte die Fotovoltaik, deren Stromeinspeisung von 155 Mill. kWh auf 227 Mill. kWh (+47%) stieg. Im Durchschnitt speiste im Jahr 2008 jede der rund 23 500 Anlagen 9 700 kWh ein. Da für Strom aus Fotovoltaikanlagen eine hohe Einspeisevergütung gezahlt wird und gleichzeitig im Jahr 2008 die Anlagenkosten deutlich sanken, wurden viele neue Anlagen (+42%) installiert.

Die Zahl der einspeisenden Windkraftanlagen (858) nahm um 5,5% und deren Stromeinspeisung um 2,9% auf 1 730 Mill. MWh (Megawattstunde; 1 MWh = 1 000 kWh) zu. Eine Anlage speiste somit im Durchschnitt rund 2 000 MWh ein. Das entspricht der Leistung von mehr als 200 durchschnittlichen Fotovoltaikanlagen.

Die Stromeinspeisung aus den 259 aktiven Biomasseanlagen (+9,3%) erhöhte sich auf 591 Mill. kWh (+2,7%). Das durchschnittliche Einspeisevolumen betrug knapp 2 300 MWh und lag damit etwas über der Leistung von Windkraftanlagen.

Die knapp 200 Wasserkraftwerke erzeugten rund 1,1 Mill. MWh. Das entsprach etwa der Vorjahresleistung. Die Einspeisung aus Deponie- und Klärgas (40,6 Mill. kWh) war dagegen rückläufig.

Drei Viertel
der erneuer-
bare Energie
aus Wind- und
Wasserkraft

Fotovoltaik
mit hohem Zu-
wachs

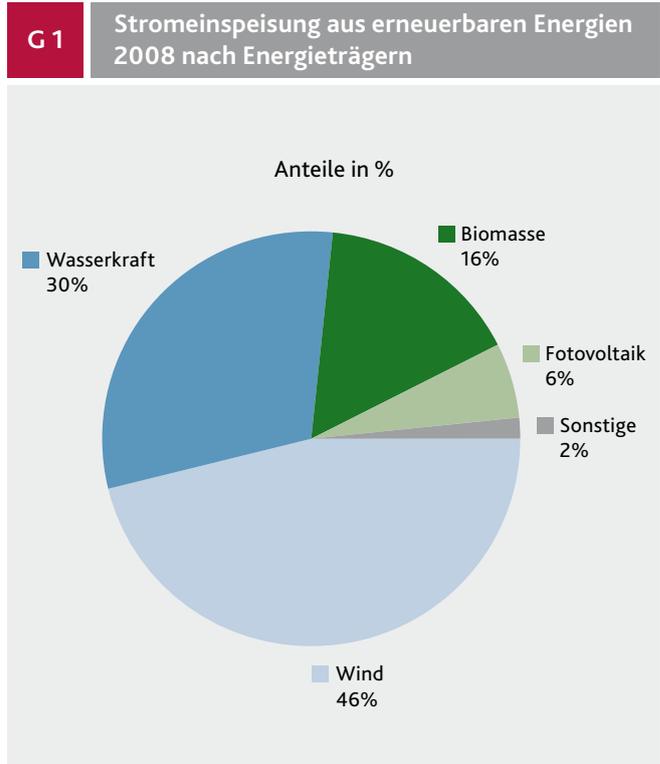
200 Fotovol-
taikanlagen
entsprechen
einem Wind-
rad

Eifel und Hunsrück sind Zentrum der erneuerbaren Energie

Fünf Landkreise speisen die Hälfte der gesamten Menge ein

Die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energieträgern konzentriert sich zurzeit auf die Eifel. Der Hunsrück, vor allem die Regionen entlang der Mosel, weist ebenfalls noch eine hohe Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf. So entstammten im Jahr 2008 12,5% der gesamten Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien aus den Anlagen des Eifelkreises Bitburg-Prüm. Es folgte der Kreis Trier-Saarburg mit 11,8% vor Bernkastel-Wittlich (10,4%) und Cochem Zell (9,4%). Zusammen mit dem Westerwaldkreis (6,5%) entfällt auf die genannten fünf Landkreise mehr als die Hälfte der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien.

Ein wichtiger Grund für die hohe Einspeiseleistung in den genannten Kreisen sind die Wasserkraftwerke an der Mosel. So entfällt rund zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Stromerzeugung aus Wasserkraft auf die drei Landkreise Bernkastel-Wittlich (24%), Cochem-Zell (23%) und Trier-Saarburg (21%). Größere Einspeisungen aus Wasserkraft kon-

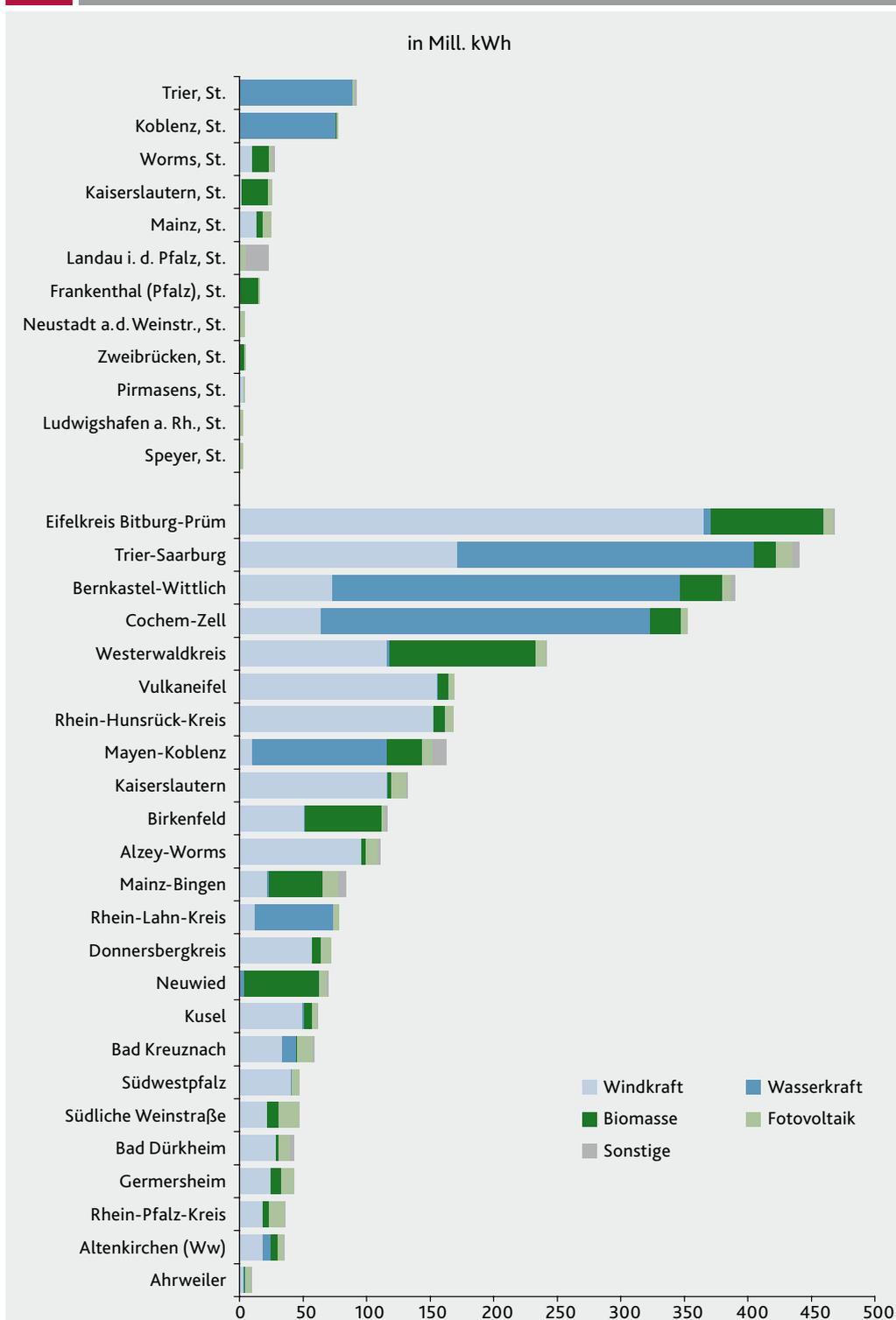


ten zudem für den Landkreis Mayen-Koblenz (9,4%) und die beiden kreisfreien Städte Trier (7,8%) und Koblenz (6,7%) registriert werden. Neben der Mosel trägt auch noch die Lahn zu einer größeren Stromerzeugung bei. Auf den Rhein-Lahn-Kreis entfielen 5,4%.

T 1 Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien 2007 und 2008 nach Energieträgern

Energieträger	2007			2008		
	Anlagen	Strommenge	Durchschnittliche Strom-einspeisung je Anlage	Anlagen	Strommenge	Durchschnittliche Strom-einspeisung je Anlage
	Anzahl	MWh		Anzahl	MWh	
Biomasse	237	576 089,0	2 430,8	259	591 908,1	2 285,4
Deponiegas	25	40 758,4	1 630,3	24	35 515,0	1 479,8
Geothermie	1	199,2	199,2	1	17 453,8	17 453,8
Klärgas	15	6 403,8	426,9	17	5 105,7	300,3
Fotovoltaik	16 559	154 846,1	9,4	23 492	227 264,4	9,7
Wasserkraft	196	1 134 411,1	5 787,8	194	1 135 756,9	5 854,4
Wind	813	1 681 770,2	2 068,6	858	1 730 288,3	2 016,7
Insgesamt	17 846	3 594 477,8	201,4	24 845	3 743 292,1	150,7

G 2

Eingespeiste Strommenge aus erneuerbaren Energieträgern 2008¹⁾ nach Verwaltungsbezirken

1) Netzeinspeisungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie aus Wasserkraftwerken ab einer Leistung von 5 MW.
 Datenquelle für die Netzeinspeisungen 2008: <http://www.rwetransportnetzstrom.com>, Datenabruf vom 24.8.2009.

Methodik

Regionalisierung der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien

Im Erneuerbare-Energien-Gesetz¹⁾ ist geregelt, dass die Netzbetreiber und Elektrizitätsversorgungsunternehmen auf ihren Internetseiten unter anderem den Standort der einspeisenden Anlage, deren Leistung sowie die eingespeiste Strommenge aus erneuerbaren Energien veröffentlichen müssen. Dies gilt nicht nur für die örtlichen, sondern auch für die überörtlich tätigen Netzbetreiber bzw. Übertragungsnetzbetreiber. Da das Gebiet von Rheinland-Pfalz 2007 und 2008 vollständig zum Übertragungsgebiet der RWE Transportnetz Strom GmbH gehörte, genügte es, die von der RWE Transportnetz Strom GmbH im Internet veröffentlichten Daten auszuwerten.

Jeder Datensatz enthält eine Anschrift, sodass über die Postleitzahl ein Gemeindegeschlüssel zugeordnet werden konnte. Im Regelfall handelte es sich bei den Anschriften um den Standort der Anlage. In Einzelfällen war aber auch die Anschrift des Einspeisepunktes hinterlegt. Im Rahmen eines maschinellen Abgleichs konnten rund drei Viertel der Datensätze ein Gemeindegeschlüssel zugeordnet werden. Die restlichen Anlagen mussten manuell zugewiesen werden, da die Datensätze abweichende bzw. fehlerhafte Bezeichnungen enthielten oder eine Postleitzahl für mehrere Kommunen gültig ist. Bis auf wenige Ausnahmen war so eine eindeutige regionale Verschlüsselung der Datensätze möglich. Die dann noch verbliebenen, unvollständigen Datensätze wurden über den regionalen Netzbetreiber zugeordnet.

Der mit einem Gemeindegeschlüssel versehene Datenbestand wurde vor der Auswertung noch um die Stromeinspeisung von Wasserkraftwerken mit einer Leistung über 5 MW ergänzt. Dies erfolgte, aufgrund des Umstandes das die größeren Wasserkraftwerke bis zum Jahr 2008 nur unter bestimmten Voraussetzungen eine Förderung auf Grund des EEG erhielten²⁾. Die Daten sind im Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes verfügbar und werden auf Anfrage bereitgestellt. Abrufbar sind zurzeit die Ergebnisse für die Jahre 2007 und 2008. Zu beachten ist, dass der Netzbetreiber nicht zur Plausibilisierung der Daten vor deren Veröffentlichung im Internet verpflichtet ist.

Gegenüber der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, wie sie in der Energiebilanz nachgewiesen wird, bestehen methodische Unterschiede, sodass eine direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. So berücksichtigt die Energiebilanz z. B. auch die Strommengen aus erneuerbaren Energien, die nicht nach dem EEG gefördert werden. Hierzu gehören beispielsweise die Strommengen, die aus dem biogenen Anteil der Siedlungsabfälle erzeugt werden.

1) § 52 des Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 25. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2074).
2) Näheres siehe: § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1918)

Die Windkraft konzentriert sich ebenfalls auf einige Kreise, allen voran den Eifelkreis Bitburg-Prüm. Mit 365 Mill. kWh erfolgten hier über ein Fünftel der gesamten rheinland-pfälzischen Stromeinspeisung aus Windkraft. Die ebenfalls in der Eifel gelegenen Landkreise Trier-Saarburg und Vulkaneifel folgten mit 9,9% bzw. 9%. Weitere Landkreise mit einer Einspeisemenge von über 100 Mill. kWh waren der Rhein-Hunsrück-Kreis (152 Mill. kWh; 8,8%), der Landkreis Kaiserslautern und der Westerwaldkreis (jeweils 116 Mill. kWh; 6,7%).

Die aus der Verwertung von Biomasse (Holz und landwirtschaftliche Rohstoffe wie Mais) resultierende Stromeinspeisung findet überwiegend im Westerwaldkreis (20%) und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm (15%) statt. Auf beide Kreise entfiel 2008 über ein Drittel der Stromeinspeisung aus Biomasse. Zusammen mit den beiden Kreisen Birkenfeld und Neuwied (jeweils 10%) konzentriert sich über die Hälfte der Stromeinspeisung aus Biomasse auf vier Kreise.

Die Einspeisung aus Solarenergie oder Fotovoltaik verteilte sich dagegen auf viele Landkreise. Mit rund 17 Mill. kWh speisten die Anlagen im Landkreis Südliche Weinstraße die größte Menge ein. Das waren 7,3% der gesamten Stromerzeugung aus Fotovoltaik. Der Landkreis Trier-Saarburg kam auf 13 Mill. kWh. Zwischen 12 und 13 Mill. kWh erzeugten die Anlagen in den Landkreisen Bad Kreuznach, Mainz-Bingen und Kaiserslautern.

Pro-Kopf 929 kWh eingespeist

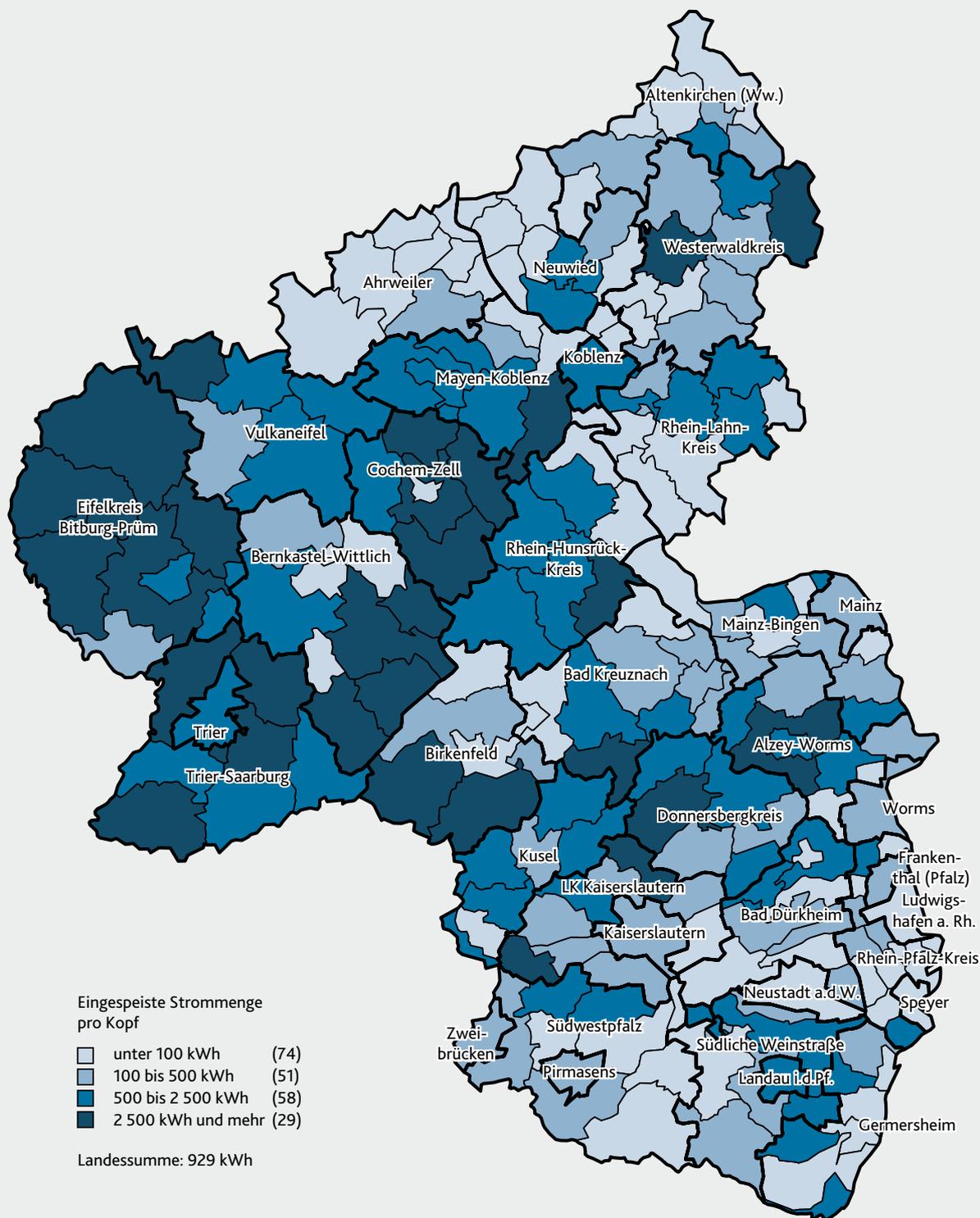
Die Einspeisung betrug im Jahr 2008 umgerechnet auf die Bevölkerung 929 kWh je Einwohner. Zum Vergleich: Der Endenergieverbrauch von Strom privater Haushalte betrug

Biomasse eher im Norden ...

... Fotovoltaik eher im Süden

900 kWh pro Kopf

G3

Eingespeiste Strommenge aus erneuerbaren Energieträgern 2008¹⁾ nach Verwaltungsbezirken

1) Netzeinspeisungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie aus Wasserkraftwerken ab einer Leistung von 5 MW.
 Datenquelle für die Netzeinspeisungen 2008: <http://www.rwtransportnetzstrom.com>, Datenabruf vom 24.8.2009.

nach Angaben der Energiebilanzen 2007 knapp 1 800 kWh pro Kopf. Entsprechend der unterschiedlichen Einspeisung in den Landkreisen und kreisfreien Städten schwankt die Pro-Kopf-Erzeugung deutlich zwischen den Regionen. Die höchste Einspeisung errechnet sich für den Landkreis Cochem-Zell mit 5 460 kWh, gefolgt vom Eifelkreis Bitburg-Prüm (4 940 kWh). Den Wert von 3 000 kWh pro Kopf überschreiten auch noch die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg. Hier wurden 3 470 bzw. 3 120 kWh pro Kopf eingespeist.

Städte
zumeist mit
geringer Ein-
speisung pro
Kopf

Demgegenüber ist die Einspeisung in den meisten der kreisfreien Städte gering. Mit nur 17 kWh pro Kopf errechnet sich für die Stadt Ludwigshafen der niedrigste Wert. Die Stadt Speyer folgt mit 57 kWh.

Die hohe Bevölkerungszahl und der geringere Anteil an Freiflächen sind hier als Gründe für die unterdurchschnittliche Einspeisung zu nennen. So können z. B. Windkraftanlagen wegen der erforderlichen Abstände nicht in der Nähe von bebauten Gebieten errichtet werden. Damit entfällt eine wichtige Quelle für die Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie. Sobald die Städte über größere Wasserkraftanlagen – wie in Trier und Koblenz – verfügen, steigt die pro Kopf errechnete Einspeisung deutlich an. In Trier wurden 2008 rund 880 kWh und in Koblenz 730 kWh pro Kopf eingespeist.

Rund 13% des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt

Nach der Vorstellung der Bundesregierung soll bis 2020 mindestens 30% des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen. Die Energiebilanzrechnungen weisen aus, dass

Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren knapp 30 Mrd. kWh Strom pro Jahr verbrauchte. Bezogen auf diesen Wert konnten 2008 rechnerisch rund 13% des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass hier nur die nach dem EEG geförderte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie die Einspeisung aus größeren Wasserkraftwerken berücksichtigt ist. Die Abweichung zu dem Wert, der im Rahmen der Energiebilanzrechnung ausgewiesen wird, ergibt sich im Wesentlichen daraus, dass es auch noch Stromeinspeisungen aus nicht geförderten erneuerbaren Energieträgern gibt. Hierzu gehört z. B. der biogene Anteil aus der Abfallverbrennung.

Der Anteilswert steigt etwa auf das Doppelte, wenn die Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien nur auf die Stromerzeugung in Rheinland-Pfalz bezogen wird. Der große Unterschied ist darauf zurückzuführen, dass Rheinland-Pfalz etwa die Hälfte seines Strombedarfs aus anderen Bundesländern bzw. dem Ausland bezieht.

Rheinland-
Pfalz deckt
Hälfte des
Strombedarfs
aus anderen
Bundesländern

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Teil 3: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Umwelt“, „Verkehr“, „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“

Von Simone Emmerichs, Romy Feldmann, Werner Kertels, Thomas Kirschey, Dr. Julia Stoffel

Infolge der Globalisierung stehen heute nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsräume in einem verstärkten internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Regionen und Ländern in der Konkurrenz der Standorte und können so als Grundlage für politische und unternehmerische Entscheidungen dienen.

In der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt. In den letzten Ausgaben der Statistischen Monatshefte wurden bereits Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“, „Wohnen“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Bildung“ veröffentlicht. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse aus den Themenbereichen „Umwelt“, „Verkehr“, „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“ vorgestellt.

Bereits dritte
Ausgabe des
Ländervergleichs

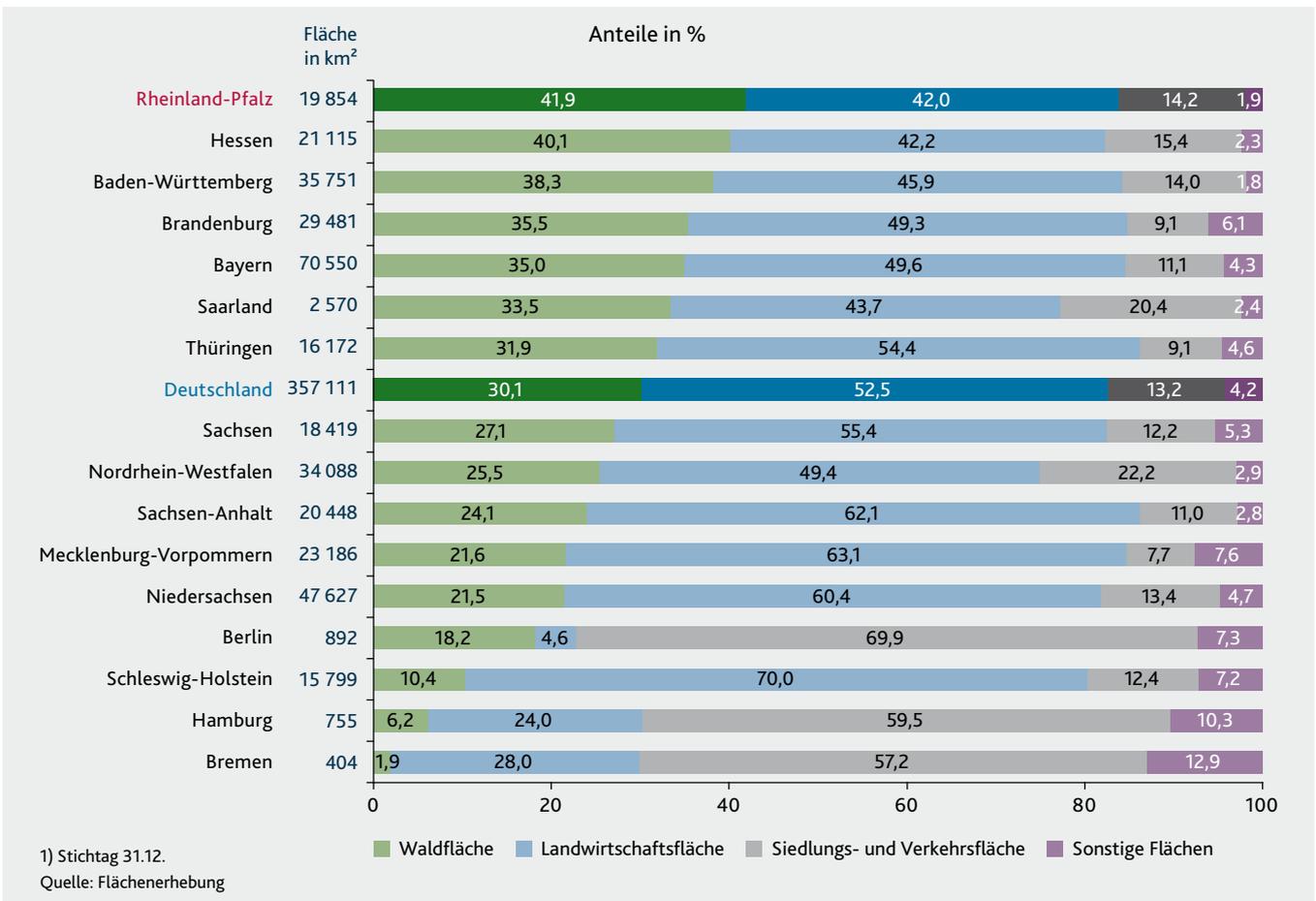
Das Statistische Landesamt hat in diesem Jahr bereits zum dritten Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. Gegenüber der Ausgabe aus dem Jahr 2008 wurden in diesem Ländervergleich alle Themengebiete überarbeitet und zusätzliche Merkmale aufgenommen. Der Ländervergleich soll in unserem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist, eine gewisse Orientierung bieten. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch solche Vergleiche natürlich nicht abgebildet werden.

Rheinland-Pfalz – die „grüne Lunge“ Deutschlands

Rheinland-Pfalz steht mit einer Gesamtfläche von 19 854 m² unter allen Ländern an neunter Stelle. Der Freistaat Bayern verfügt über die größte, Bremen über die geringste Bodenfläche. Rheinland-Pfalz hat mit sieben Nachbarn gemeinsame Grenzen – die längste mit Nordrhein-Westfalen (312 km), die kürzeste mit Belgien (58 km). Gegen den Uhrzeigersinn folgen Luxemburg, das Saarland, Frankreich, Baden-Württemberg und Hessen.

G 1

Nutzung der Bodenfläche 2008¹⁾



Rheinland-Pfalz mit höchstem Waldanteil aller Länder

41,9% der gesamten rheinland-pfälzischen Bodenfläche sind mit Wald bedeckt. Damit nimmt das Land vor Hessen die Spitzenposition in Deutschland ein. Der Anteil der Landwirtschaftsfläche liegt mit 42% geringfügig höher. Hervorzuheben ist dabei die große Bedeutung des Weinbaus: Fast zwei Drittel der gesamten deutschen Rebfläche liegen in den sechs heimischen Anbaugebieten an Ahr, Mosel und Nahe, am Mittelrhein, in Rheinhessen und der Pfalz.

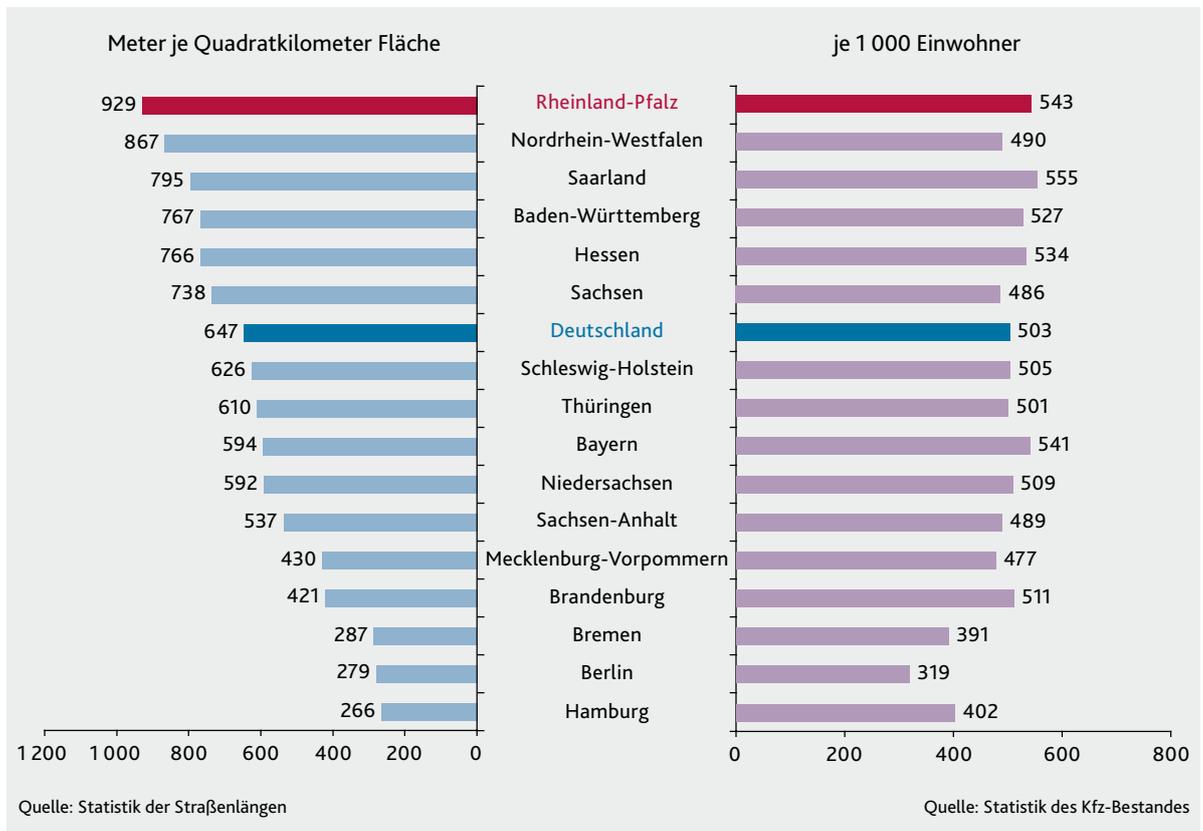
Dichtestes Straßennetz, zweithöchster Pkw-Bestand

Zur Ermittlung der Straßendichte wird die Länge der Bundesautobahnen sowie der

Bundes-, Landes- und Kreisstraßen zu der Größe eines Landes in Beziehung gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit 929 m Straße je km² Fläche über die höchste Straßendichte Deutschlands. Dies ist primär in der geografischen Lage des Landes begründet (Nord-Süd-Schiene, Ost-West-Verbindungen).

Im Vergleich der Pkw-Bestände rangiert Rheinland-Pfalz mit 543 Pkw je 1 000 Einwohner auf Platz zwei der Länder. Nur im Saarland kommen auf 1 000 Einwohner mehr Pkw (555). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 503 Pkw je 1 000 Einwohner. Für die meisten Berufspendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel: Gut zwei

Mehr Pkw je Einwohner nur im Saarland



Drittel der Pendler in Deutschland fahren den überwiegenden Teil des Arbeitsweges mit dem Pkw.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 um 5% gesunken

Die weltweite Wirtschaftskrise hat die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Jahr 2009 hart getroffen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist um 5% gesunken, so stark wie noch nie zuvor. Der Rückgang entsprach dem Durchschnitt in Deutschland. Im Ländervergleich belegte Rheinland-Pfalz damit zusammen mit Bayern den zwölften Rang.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen als Maß für die gesamtwirtschaftliche

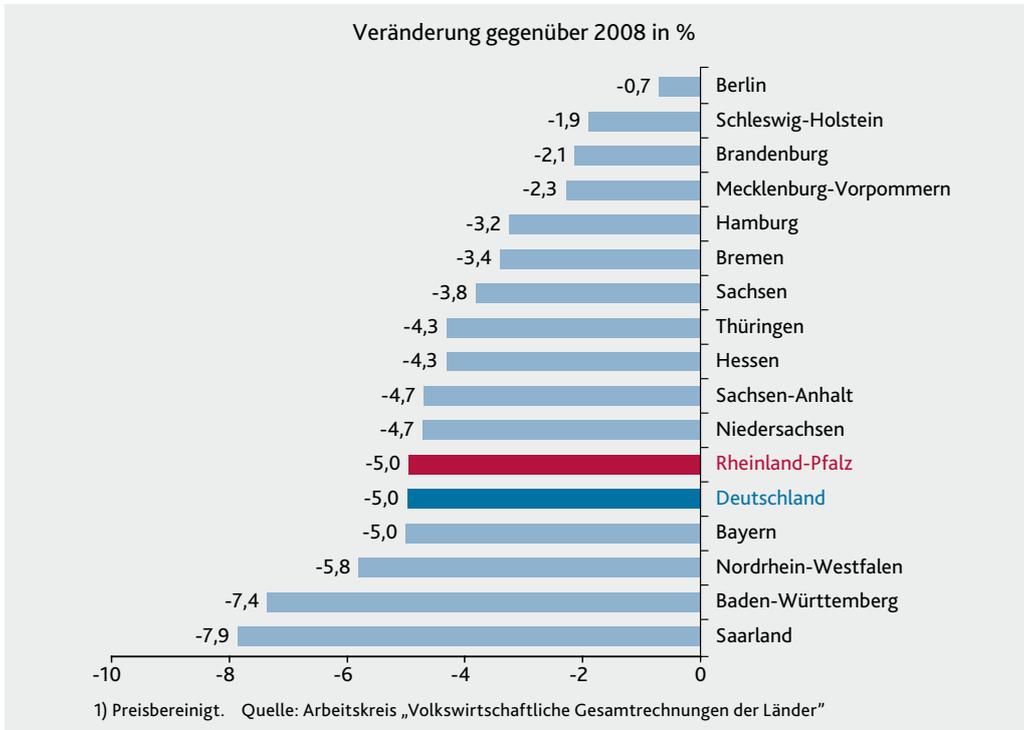
Arbeitsproduktivität ist im Vergleich zum Vorjahr in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland um 3,5% gesunken. Im Jahr 2009 erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 55 284 Euro – das war Platz zehn im Vergleich der Bundesländer (Deutschland: 59 784 Euro).

Arbeitsproduktivität gegenüber 2008 deutlich gesunken

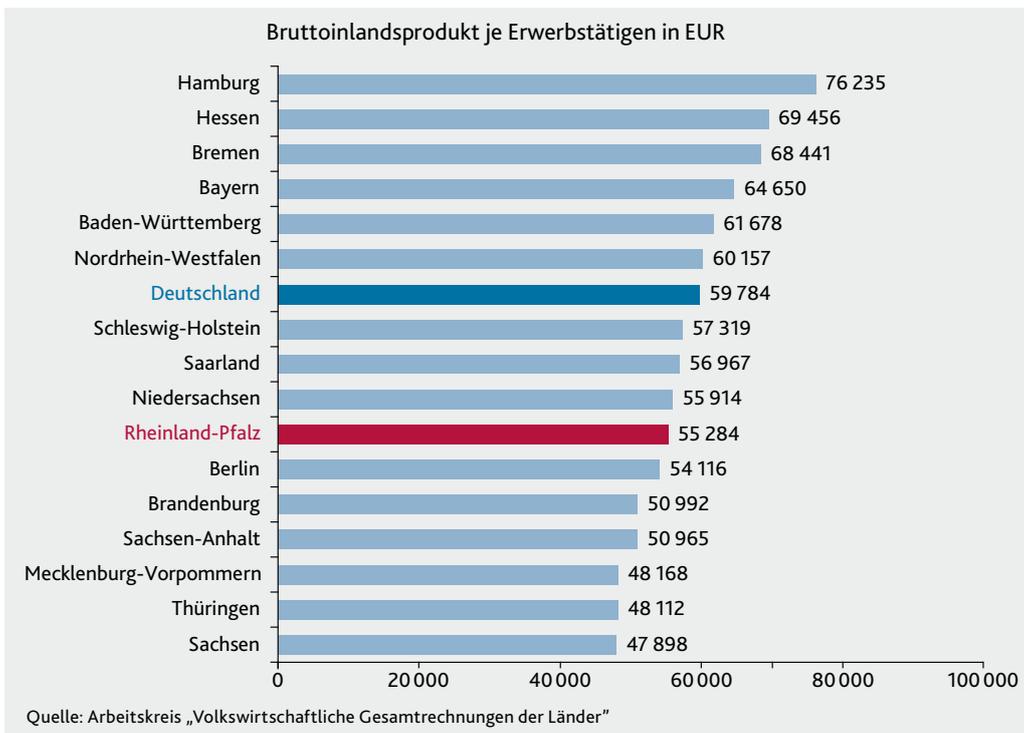
Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe ist 2009 preisbereinigt um 19% gesunken (Deutschland: -18,2%). Deutlich günstiger entwickelte sich dagegen das Baugewerbe mit einem Anstieg der Wertschöpfung um 1,4% (Deutschland: -1,1%). Die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen ging mit -1% nur leicht zurück (Deutschland: -1,7%).

Verarbeiten des Gewerbe besonders von konjunkturellen Einbruch betroffen

G 3 Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ 2009

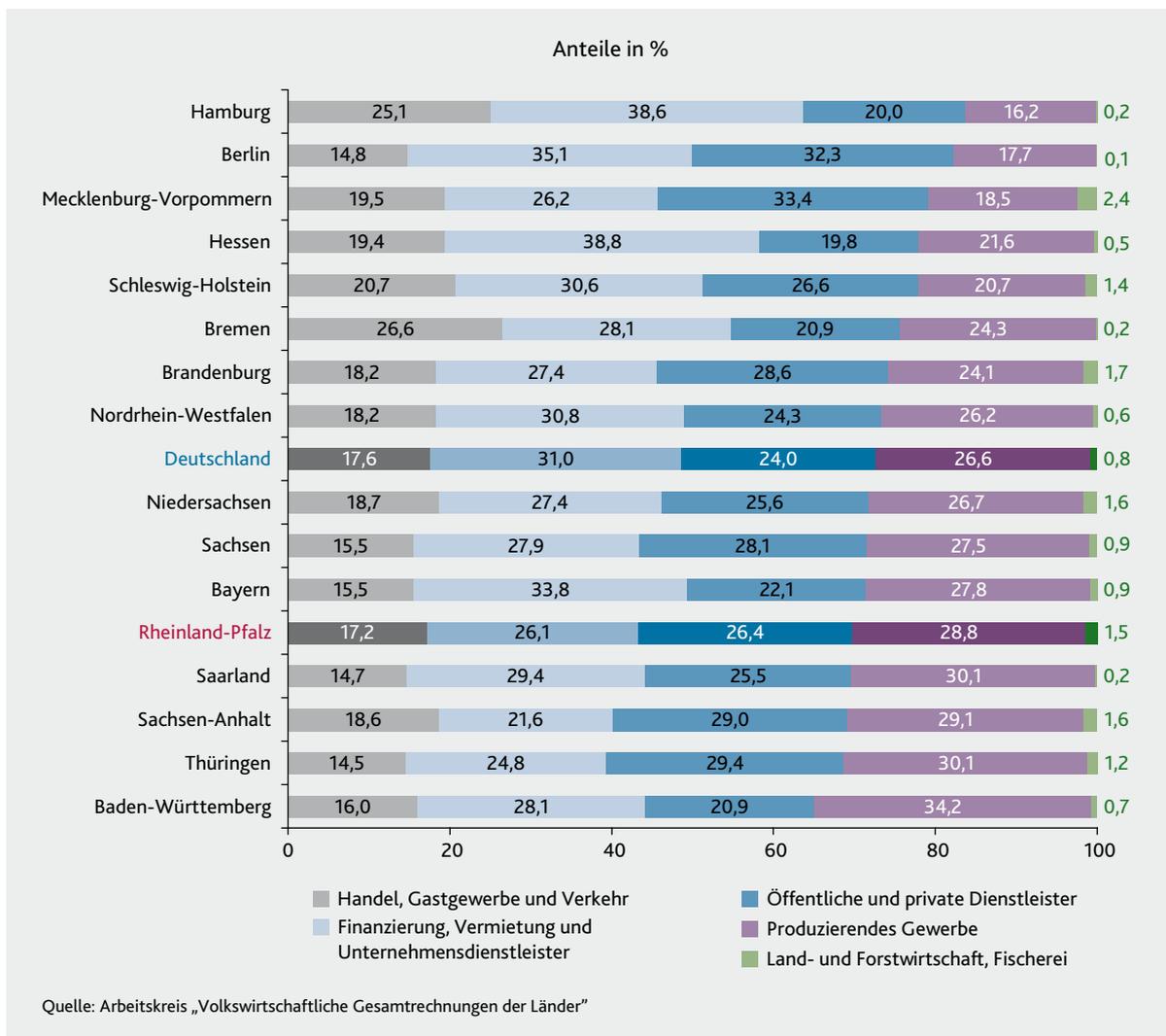


G 4 Arbeitsproduktivität 2009



G 5

Bruttowertschöpfung 2009 nach Sektoren



Dienstleistungsbereiche dominieren

Während der Wertschöpfungsanteil des produzierenden Gewerbes im letzten Jahr um 3,6 Prozentpunkte gesunken ist, hat das Gewicht des Dienstleistungssektors um 3,6 Prozentpunkte zugenommen. Die Dienstleister tragen inzwischen rund 70% zur gesamten Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei. Das bedeutet den zwölften Platz im Ländervergleich, zusammen mit dem Saarland (Deutschland: 72,6%). Mit 28,8% hat das produzierende Gewerbe in Rheinland-Pfalz immer noch einen vergleichsweise hohen

Anteil und belegt damit den fünften Platz unter den Bundesländern (Deutschland: 26,6%).

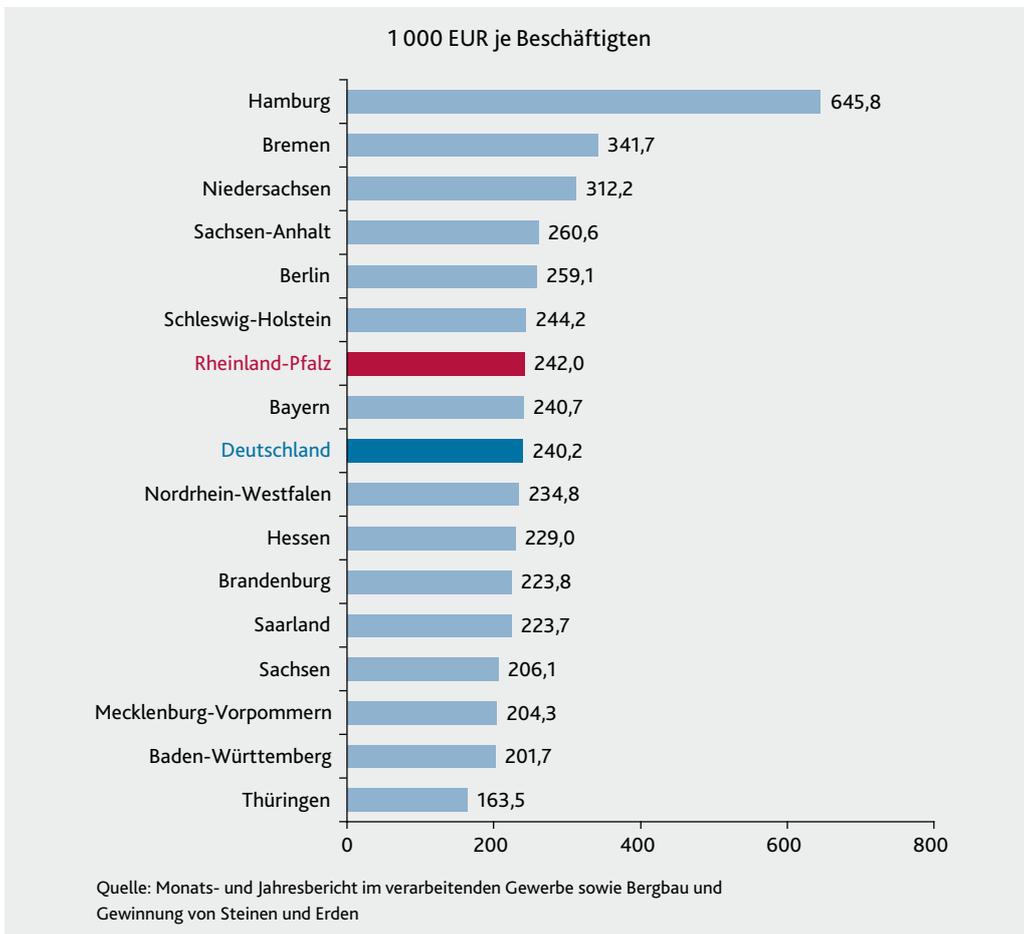
Auslandsgeschäft macht fast die Hälfte des Industrieumsatzes aus

Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz lag 2009 mit rund 242 000 Euro je Beschäftigten etwas über dem Bundesdurchschnitt. Das Land belegte damit den siebten Rang unter den Bundesländern. Die Spitzenstellung Hamburgs (645 800 Euro je

Umsatz je Beschäftigten leicht über dem Durchschnitt

G 6

Umsatz im verarbeitenden Gewerbe 2009



Beschäftigten) ist unter anderem auf die in der Hansestadt ansässigen umsatzstarken Unternehmen der Mineralölverarbeitung (bei gleichzeitig verhältnismäßig niedriger Beschäftigtenzahl) zurückzuführen. Gegenüber dem Vorjahr sank der Umsatz je Beschäftigten in Rheinland-Pfalz in Folge der Wirtschaftskrise um gut 48 000 Euro bzw. 16,6% (Bundesschnitt: -16%).

Hohe Bedeutung des Außenhandels

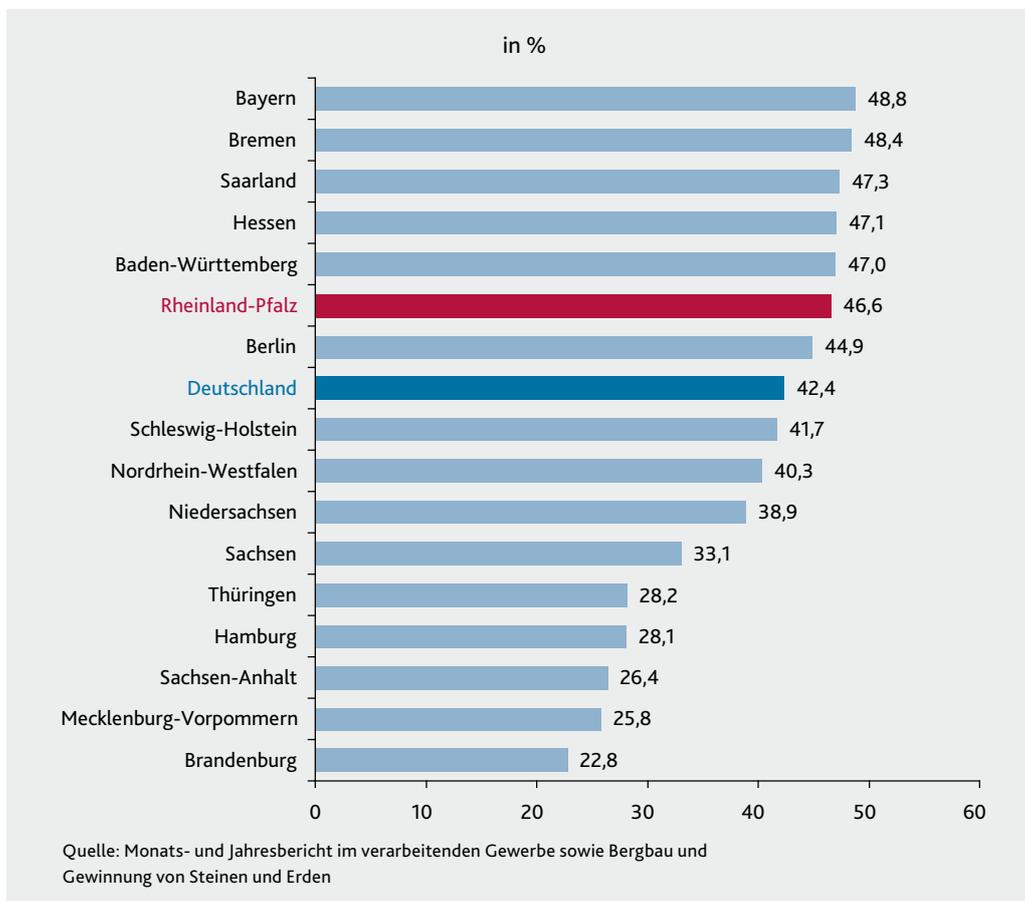
Im Jahr 2009 entfielen 46,6% des Umsatzes im verarbeitenden Gewerbe auf Geschäfte mit im Ausland ansässigen Kunden. Damit liegt Rheinland-Pfalz auf Rang sechs im Ländervergleich; der Bundesdurchschnitt

(42,4%) wurde deutlich übertroffen. Im vergangenen Jahr ist der Auslandsumsatz mit -21,9% deutlich stärker eingebrochen als der Inlandsumsatz mit -16,6%. Dadurch ist die Exportquote um 1,6 Prozentpunkte gesunken (Deutschland: -1 Prozentpunkt).

Rheinland-Pfalz – ein attraktiver Tourismusstandort

Der Tourismus stellt in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Im Jahr 2009 wurden 7,4 Mill. Übernachtungsgäste gezählt (ohne Übernachtungen in Privatquartieren und Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten). Das waren genau

G7 Exportquote im verarbeitenden Gewerbe 2009

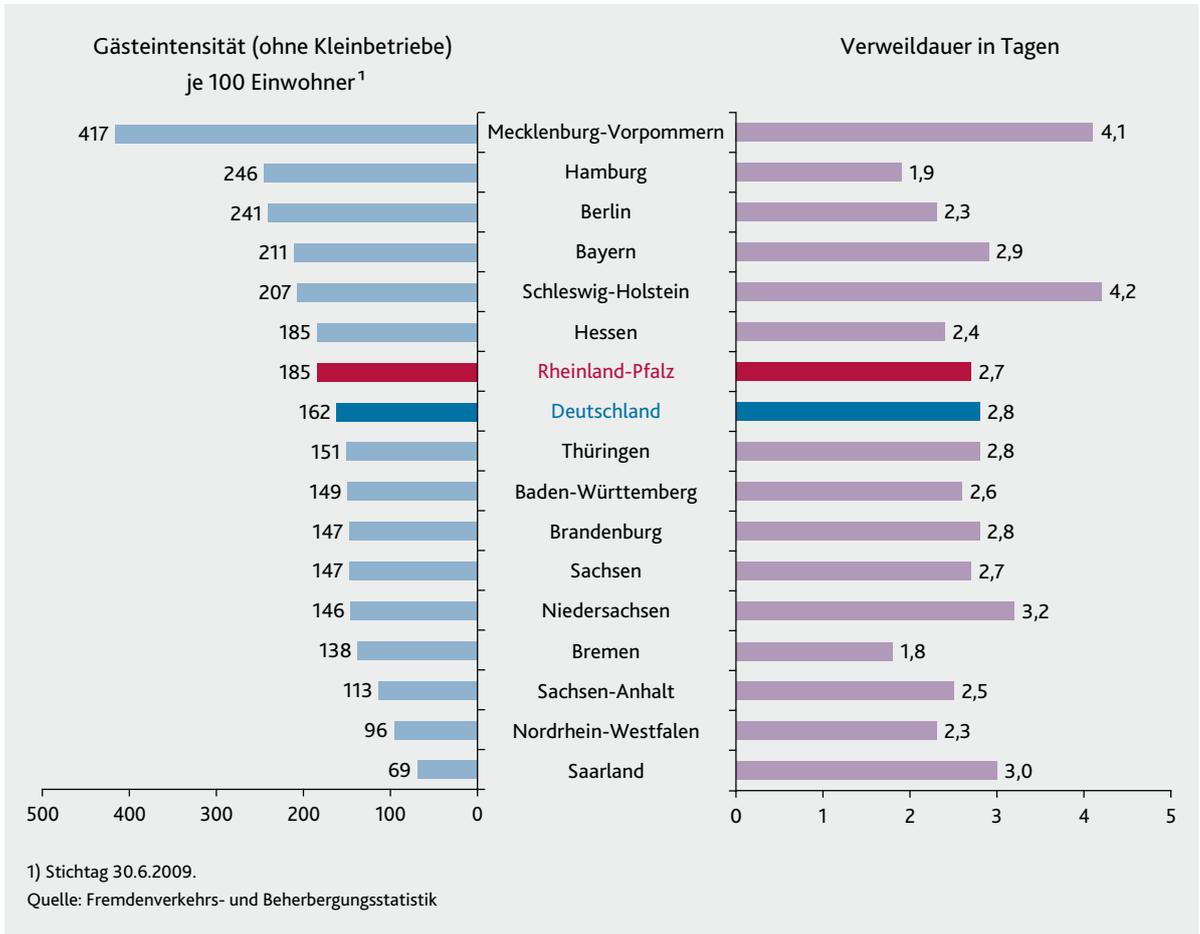


so viele wie im Vorjahr. Bundesweit sank die Zahl der Übernachtungsgäste um 0,1%. Mit 185 Gästen je 100 Einwohner lag das Land bei den Beherbergungszahlen im Jahr 2009 zusammen mit Hessen an sechster Stelle unter den Bundesländern. Der Bundesdurchschnitt war mit 162 Gästen je 100 Einwohner deutlich niedriger. Spitzenreiter ist mit großem Abstand Mecklenburg-Vorpommern mit 417 Gästen je 100 Einwohner.

Ausländische Gäste verweilen in Rheinland-Pfalz am längsten

Der seit Jahren zu beobachtende Trend zu mehr Kurzurlaube und weniger längeren Aufenthalten hat sich 2009 fortgesetzt. Im Durchschnitt blieb jeder Gast 2,7 Tage in Rheinland-Pfalz, etwas kürzer als im Bun-

desdurchschnitt (2,8 Tage). Deutlich höher lag die durchschnittliche Verweildauer der Gäste in den für einen längeren Sommerurlaub beliebten Küstenländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit gut vier Tagen. Am unteren Ende der Rangfolge befinden sich die Stadtstaaten durch den vermutlich höheren Anteil Geschäftsreisender mit kurzen Aufenthalten. In keinem anderen Bundesland blieben die Besucher aus dem Ausland im vergangenen Jahr so lange wie in Rheinland-Pfalz. Im Durchschnitt verweilten die ausländischen Gäste 2,9 Tage in Rheinland-Pfalz, bundesweit lag die Aufenthaltsdauer bei 2,3 Tagen.



Seit 2000 überdurchschnittlicher Stellenzuwachs in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2009 hatten rund 1,86 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz. Seit 2000 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Land kräftig um 90 400 bzw. 5,1%. Nur in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg waren höhere Zuwachsraten zu beobachten. Dagegen gingen im Saarland und allen fünf ostdeutschen Flächenländern Arbeitsplätze verloren.

Auswirkungen der Krise auf Arbeitsmarkt sichtbar

Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigten sich 2009 auch auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem in den Bundesländern mit einem hohen Anteil an Erwerbs-

tätigen im produzierenden Gewerbe wurden Stellen abgebaut. Die sechs Bundesländer, die gegenüber 2008 einen Zuwachs der Erwerbstätigkeit verbuchen konnten, sind dagegen alle durch einen unterdurchschnittlichen Anteil des produzierenden Gewerbes gekennzeichnet.

Im Jahr 2009 kamen in Rheinland-Pfalz 461 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohner. Das sind 31 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner weniger als im Bundesdurchschnitt und 172 Erwerbstätige weniger als beim Spitzenreiter Hamburg. Dagegen ist für Brandenburg mit 420 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner der niedrigste Wert zu verzeichnen. Ein Grund

Starker Anstieg der Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz

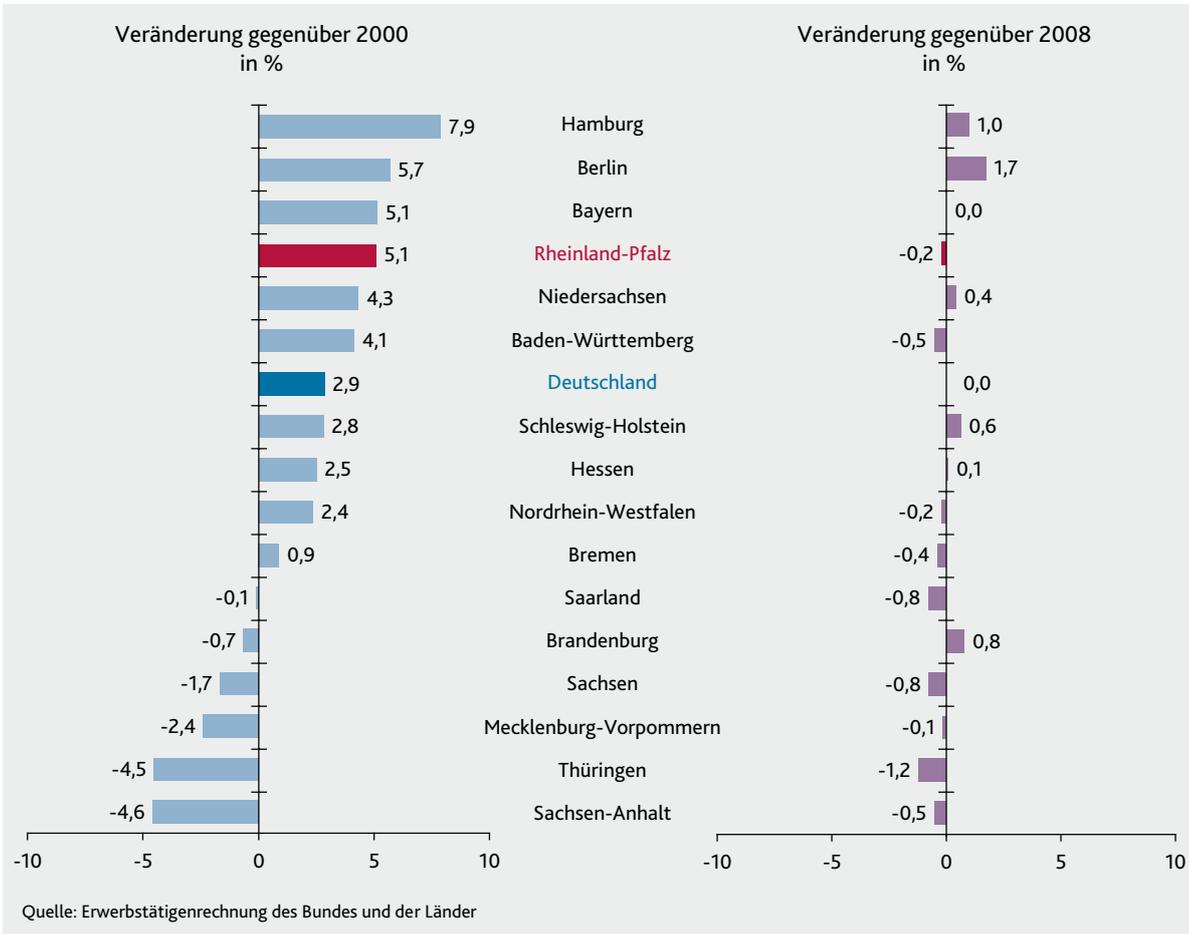
T 1 Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Umwelt								
Bodenfläche	2008	km ²	9	19 854	BY	70 550	HB	404
Anteil der Waldfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	2008	%	1	41,9	RP	41,9	HB	1,9
Anteil der Landwirtschaftsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	2008	%	13	42,0	SH	70,0	BE	4,6
Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtbodenfläche	2008	%	7	14,2	BE	69,9	MV	7,7
Verkehr								
Straßendichte	2009	m je km ² Fläche	1	929	RP	929	HH	266
PKW-Bestand	2009	je 1 000 Einwohner	2	543	SL	555	BE	319
Wirtschaft								
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	2009/ 2008	%	12	-5,0	BE	-0,7	SL	-7,9
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen (Arbeitsproduktivität)	2009	EUR	10	55 284	HH	76 235	SN	47 898
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei an der Bruttowertschöpfung	2009	%	5	1,5	MV	2,4	BE	0,1
Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung	2009	%	5	28,8	BW	34,2	HH	16,2
Anteil der Dienstleistungsbereiche an der Bruttowertschöpfung (BWS)	2009	%	12	69,7	HH	83,6	BW	65,1
Umsatz im verarbeitenden Gewerbe	2009	EUR je Beschäftigten	7	242 012	HH	645 823	TH	163 479
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe	2009	%	6	46,6	BY	48,8	BB	22,8
Gästeintensität im Tourismus (ohne Kleinbetriebe)	2009	je 100 Einwohner	6	185	MV	417	SL	69
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	2009	Tage	8	2,7	SH	4,2	HB	1,8
Arbeitsmarkt								
Erwerbstätige am Arbeitsort	2009	1 000	7	1 855	NW	8 673	HB	391
Arbeitsplatzdichte	2009	Erwerbstätige je 1 000 Einwohner	11	461	HH	633	BB	420
Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen	2009	%	6	25,5	BW	31,9	BE	13,0
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen an allen Erwerbstätigen	2009	%	11	71,7	BE	86,7	BW	66,3
Arbeitslosenquote	2009	%	3*	6,1	BY	4,8	BE	14,1
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen	2009	%	3*	6,6	BY BW	4,6	BE	15,3
Berufsauspendler	2009	je 1 000 Einwohner	3	66	BB	99	NW	13
Berufseinpender	2009	je 1 000 Einwohner	8	33	HB	183	MV	14

* Niedrigster Wert = Rang 1.

G 9

Erwerbstätige am Arbeitsort 2009



für die relativ geringe Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz ist, dass es verhältnismäßig viele Berufsauspendler gibt. Seit 2000 hat sich die Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz um 23 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner erhöht. Das ist der zweitkräftigste Anstieg im bundesweiten Vergleich, hinter Hamburg (+28 Erwerbstätige je 1 000 Einwohner). Im betrachteten Zeitraum erhöhte sich die Arbeitsplatzdichte in allen Bundesländern.

Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe langfristig rückläufig

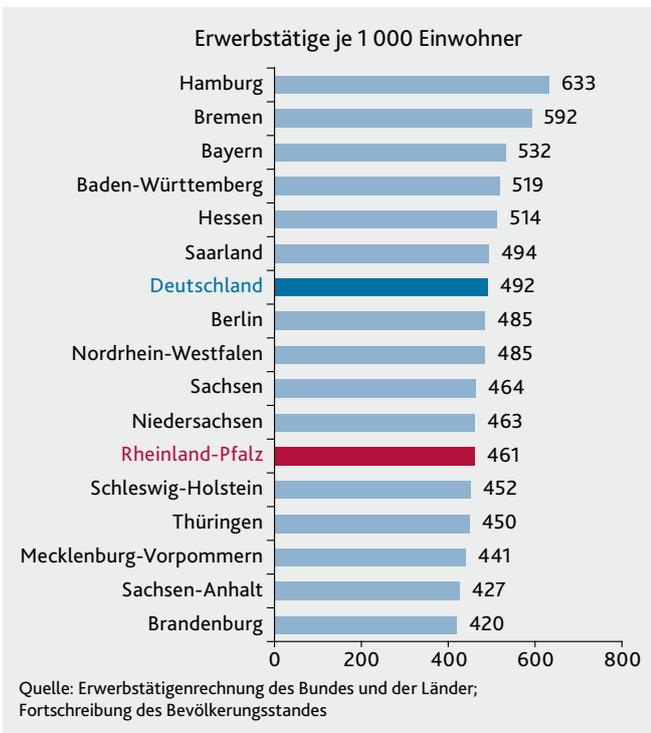
Im Jahr 2009 hatten rund 472 200 Menschen in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsplatz

im produzierenden Gewerbe. Das entspricht einem Anteil von 25,5% an allen Erwerbstätigen. Damit belegt das Land Platz sechs im Ländervergleich. Angeführt wird die Rangliste von Baden-Württemberg mit einem Anteil von 32%. In der Bundeshauptstadt Berlin waren es gerade mal 13%.

Seit 2000 reduzierte sich der Erwerbstätigenanteil des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz um 3,9 Prozentpunkte. Am dynamischsten verlief die Entwicklung in diesem Zeitraum in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern mit Rückgängen zwischen 5,1 und 4,9 Prozentpunkten.

Strukturwandel: Produzierendes Gewerbe verliert an Gewicht, ...

G 10 Arbeitsplatzdichte 2009

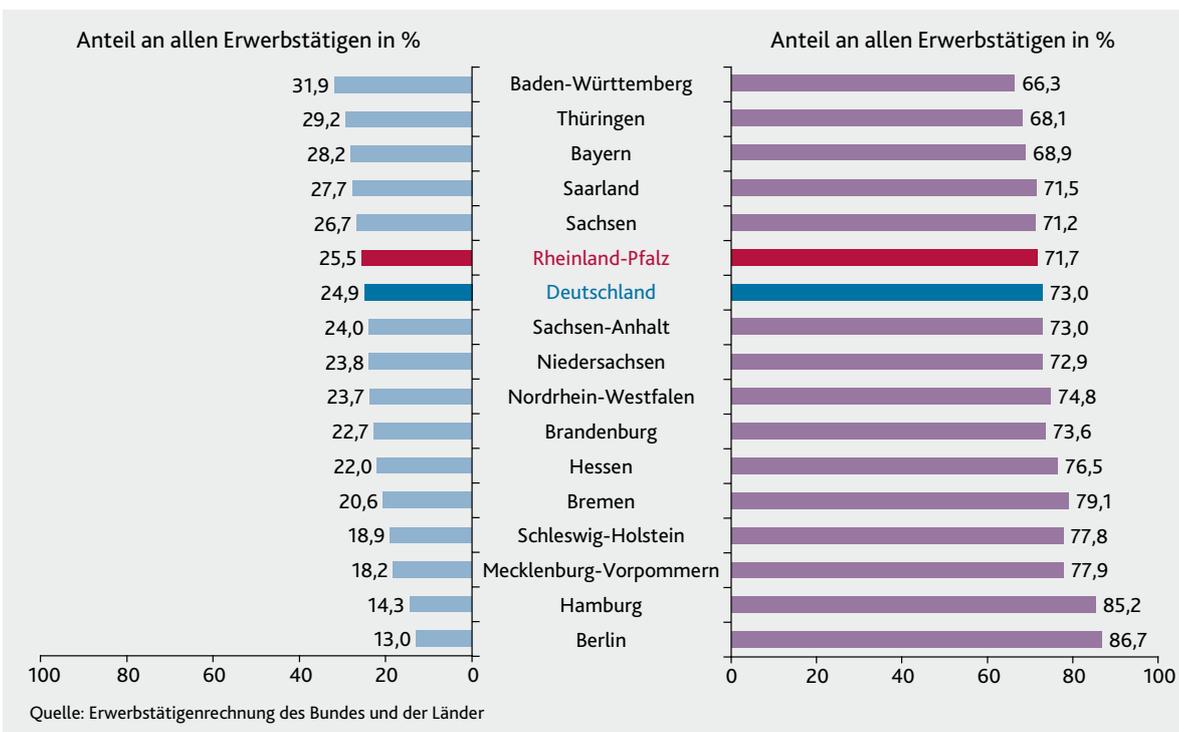


1,33 Mill. bzw. 72% aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz übten 2009 eine Dienstleistungstätigkeit aus. Damit belegte das Land einen unterdurchschnittlichen elften Platz im Vergleich der Bundesländer. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg gab es mit 87 bzw. 85% relativ betrachtet die meisten Arbeitsplätze im tertiären Sektor. Seit dem Jahr 2000 stieg der Anteil der „Dienstleister“ in Rheinland-Pfalz um 4,1 Prozentpunkte. Die stärkste Anstieg wurde in Mecklenburg-Vorpommern registriert (+5,6 Prozentpunkte), gefolgt von Berlin und Nordrhein-Westfalen (+5,3 bzw. 4,9 Prozentpunkte).

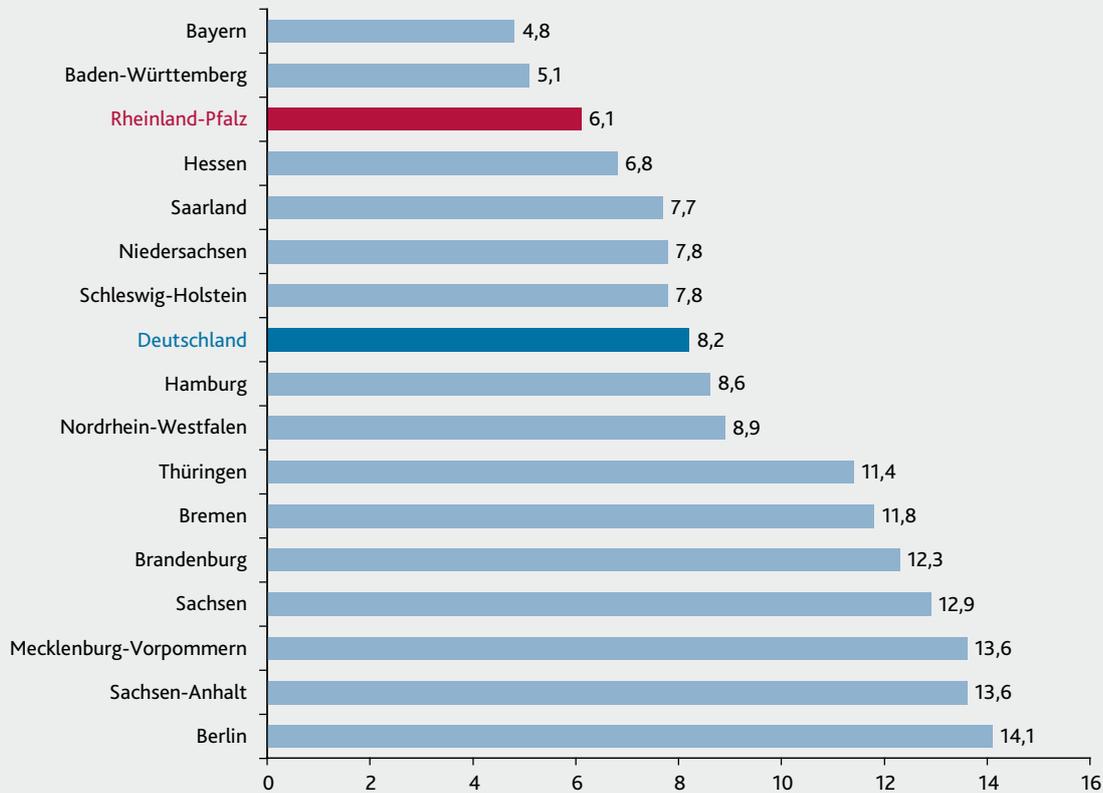
Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor steigt weiter

G 11 Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe 2009

Erwerbstätige in den Dienstleistungsbereichen 2009



Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Drittniedrigste Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz

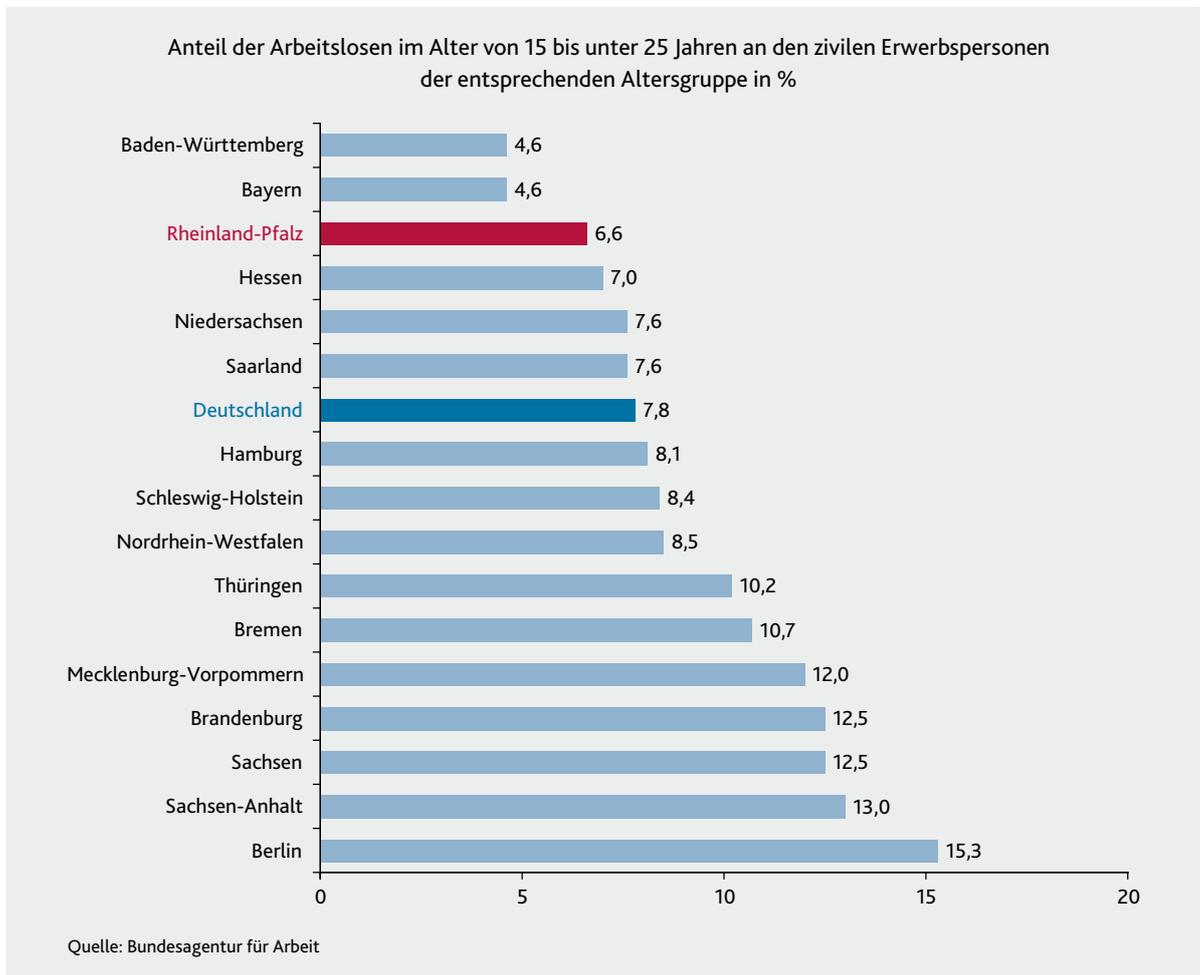
Bei der Arbeitslosenquote, welche die Zahl der Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht, sind große Unterschiede zwischen den Bundesländern zu beobachten. Rheinland-Pfalz erreichte mit einer Quote von 6,1% den dritten Platz, hinter Bayern und Baden-Württemberg. Die Bundeshauptstadt Berlin wies mit gut 14% die höchste Arbeitslosenquote aus. Die Quoten in den neuen Bundesländern liegen noch immer durchweg im zweistelligen Bereich. Deutschlandweit waren im vergangenen Jahr 8,2% aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet.

Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosenquote im Jahr 2009 bundesweit um 0,4 Prozentpunkte gestiegen. Die industriestarken Flächenländer Baden-Württemberg und Bayern hatten die kräftigsten Anstiege zu verbuchen. Aber auch in Rheinland-Pfalz und Hamburg ist die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich gestiegen. Die Hansestadt hat zwar nur einen relativ geringen Erwerbstätigenanteil im produzierenden Gewerbe, ist aber durch den zweitgrößten Containerhafen Europas sehr stark vom Warenexport abhängig.

Der Anteil der Arbeitslosen bei den 15- bis unter 25-Jährigen lag im Jahr 2009

Arbeitslosigkeit 2009 in fast allen Ländern gestiegen

G 13 Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen 2009



Vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz

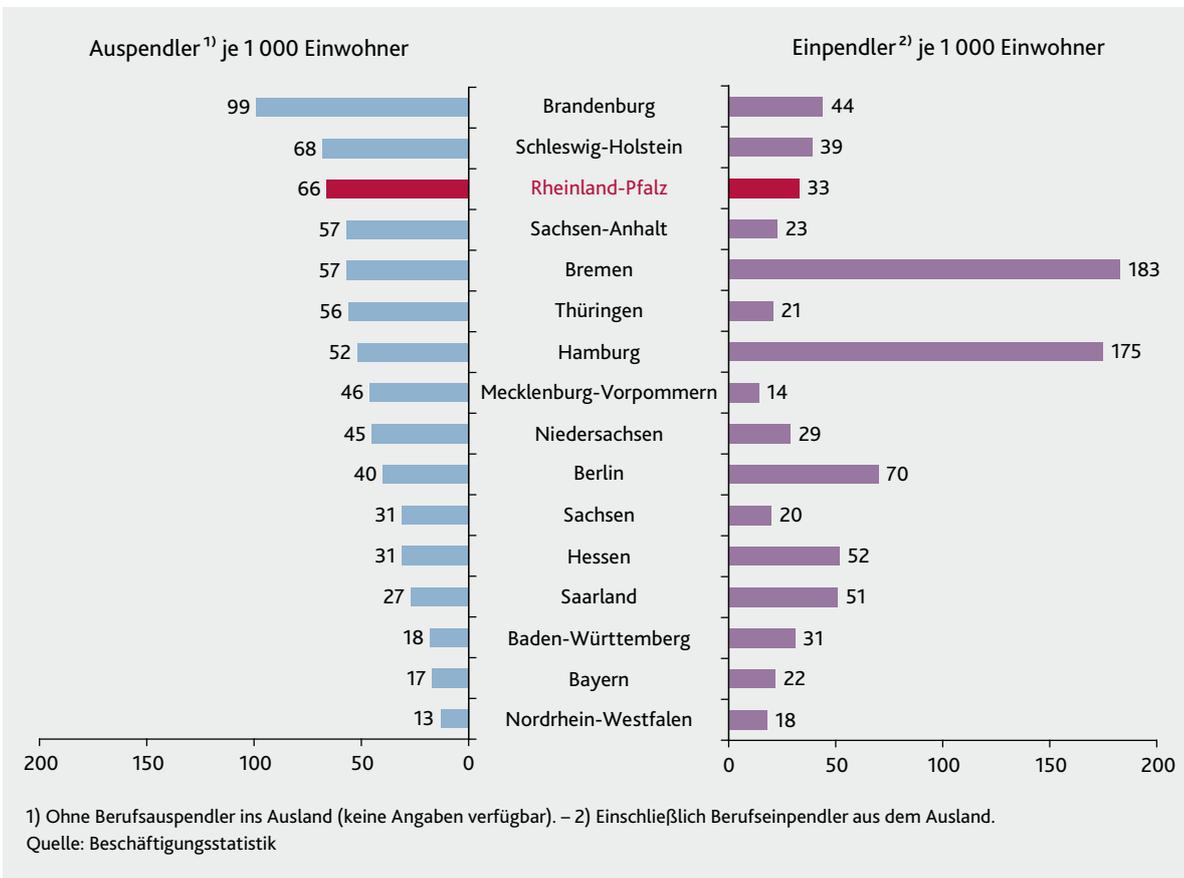
deutschlandweit mit 7,8% nur geringfügig niedriger als die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen (8,2%). Vergleichsweise niedrige Jugendarbeitslosigkeit weisen Baden-Württemberg und Bayern auf mit jeweils 4,6%. Rang drei belegt Rheinland-Pfalz mit 6,6%. Besonders viele junge Arbeitslose gab es in der Bundeshauptstadt Berlin (gut 15%). In fünf Ländern war die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen höher als unter allen Erwerbspersonen: in Berlin, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2000 in allen Bundesländern zurückgegangen. Die größten Erfolge konnten die ostdeutschen Länder verbuchen, wobei diese auch weiterhin die höchsten Werte zu verzeichnen haben. Im Vorjahresvergleich ist die Jugendarbeitslosigkeit stärker gestiegen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Die kräftigsten Zuwächse gab es im Saarland und in Baden-Württemberg, eine Reduzierung ist dagegen für die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg festzuhalten.

Jugendarbeitslosigkeit langfristig gesunken

G 14

Berufspendler¹⁾ 2009



Doppelt so viele Berufsauspendler wie Einpendler in Rheinland-Pfalz

Attraktive Wohnstandorte, gute Verkehrsanbindungen sowie die geografische Lage eines Landes sind Ursachen für hohe Auspendlerzahlen. In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2009 auf 1 000 Einwohner 66 Berufsauspendler. Damit belegte das Land im Ländervergleich den dritten Rang dicht hinter Schleswig-Holstein. Mit großem Vorsprung führt Brandenburg die Rangliste an (99 Auspendler je 1 000 Einwohner).

In den Stadtstaaten Bremen und Hamburg spielen die Berufseinpender eine besonders große Rolle. Im Jahr 2009 kamen dort 183 bzw. 175 Einpendler auf 1 000 Einwohner. Weit dahinter belegte Berlin mit 70 Einpendlern den dritten Rang. Rheinland-Pfalz nimmt im bundesweiten Vergleich einen Platz im Mittelfeld ein (33 Berufseinpender).

Die mit Abstand geringsten Pendlerströme sind in Nordrhein-Westfalen zu beobachten.

Diplom-Kauffrau Romy Feldmann, die Diplom-Volkswirte Werner Kertels und Thomas Kirschey sowie Dr. Julia König sind Referenten in im Bereich Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum. Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin in diesem Referat.

Info

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Das Statistische Landesamt hat soeben die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ zum dritten Mal veröffentlicht. In dieser Statistischen Analyse wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Wohlstand und Soziales, Gesundheit und Pflege, Wahlen, Bildung, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Wirtschaft, Entwicklungspotenziale, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt.

In der vorangestellten Zusammenfassung sind für jedes Merkmal die Platzierung für Rheinland-Pfalz sowie die Länder mit dem höchsten bzw. niedrigsten Merkmalswert aufgelistet. Dies ermöglicht nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern – durch die Angabe der Spannweite – auch eine Einordnung dieser Rangziffern.

Anhand übersichtlicher Grafiken werden die Ergebnisse dargestellt und kommentiert. Sie lassen die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Bundesländer erkennen und sind Teil des Controllings in einem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist.

Der umfangreiche Tabellenanhang enthält die Werte aller ausgewählten Merkmale und zeigt zudem auch zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – ein Ländervergleich in Zahlen“ (Bestellnummer Z2088 201001) kann zum Preis von 15,00 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Die PDF-Datei steht im Internet unter http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/stat_analysen/laendervergleich/rlp-laendervergleich_2010.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.



Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklima steigt im September leicht

ifo Geschäftsklimaindex steigt zum vierten Mal in Folge

Das konjunkturelle Hoch der deutschen Wirtschaft hält weiter an. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg im September leicht von 106,7 auf 106,8 Punkte und erreichte damit den höchsten Stand seit Juni 2007.

Geschäftslage günstiger, Geschäftserwartungen ungünstiger beurteilt

Die rund 7 000 vom Münchener ifo Institut befragten Unternehmen beurteilten ihre gegenwärtige Geschäftslage besser, ihre Geschäftsaussichten für die kommenden Monate dagegen schlechter als im Vormonat. Der Lageindex stieg von 108,2 auf 109,7 Punkte. Der Erwartungsindex ging von 105,2 auf 103,9 Punkte zurück.

Aktuelle Geschäftslage verbessert sich in der Industrie, im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel

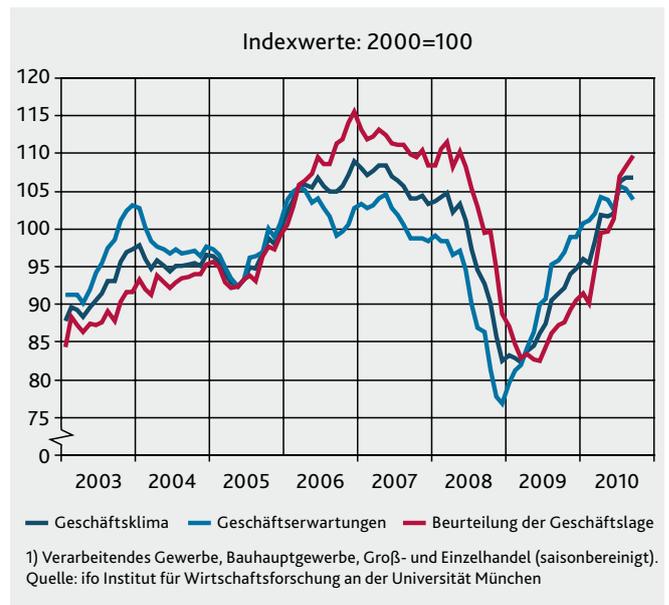
Die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes und vor allem des Einzelhandels schätzten ihre aktuelle Geschäftslage günstiger ein als im Vormonat. Im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel führt die unveränderte Beurteilung der Geschäftserwartungen für die kommenden Monate zu einem insgesamt verbesserten Geschäftsklima. Dagegen bewirkt die schlechtere Einschätzung der Geschäftsaussichten im verarbeitenden Gewerbe ein nahezu unverändertes Geschäftsklima.

Schlechtere Stimmung im Großhandel

Im Großhandel ist der Geschäftsklimaindex dagegen leicht gesunken. Im Vergleich zum Vormonat fielen sowohl die aktuelle Lagebeurteilung als auch die Erwartungen an die kommenden Monate nicht mehr so positiv aus wie zuletzt.

Trotz des leichten Anstiegs des ifo Geschäftsklimaindex überwiegt bei den professionellen

Stand: September 2010
ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Konjunkturbeobachtern für die Zukunft weiterhin die Skepsis. Nach den Verbesserungen der Vormonate wurde in diesem Monat eher mit einem leichten Dämpfer gerechnet. Die Einschätzung, dass der Höhepunkt des ifo Geschäftsklimas bereits erreicht sein könnte, stützt sich nicht zuletzt auf die sinkende Erwartungshaltung der Unternehmen. Auch die meisten Experten prognostizieren für das dritte Quartal 2010 ein schwächeres Wirtschaftswachstum.

Weiterhin Skepsis bei den Konjunktur-
experten

Deutlicher Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe

Für Rheinland-Pfalz zeigt sich die weitere Erholung der konjunkturellen Lage auch anhand harter Indikatoren. Im Berichtsmonat Juli 2010 lagen die Auftragseingänge

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: +24%

um 22% über dem Vorjahresniveau, das infolge der Wirtschaftskrise allerdings sehr schwach war. Gegenüber dem Vormonat gab es ein leichtes Minus von 0,6%. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts für Juni 2010 (in den die Originalwerte der Berichtsmonate Mai bis Juli 2010 einfließen) übertraf mit +24% zum achten Mal in Folge den Vorjahreswert und erreichte etwa das Niveau vom September 2008. Im Mai 2010 hatte es einen Auftragszuwachs um 28% gegeben, nach einer Verbesserung des Ordervolumens um 33% im April.

Auslandsnachfrage zieht stärker an

Im Berichtsmonat Juli 2010 verbesserten sich die Auftragseingänge aus dem Inland im Vormonatsvergleich (+3,2%), während die ausländische Nachfrage um 3,6% sank. Gegenüber Juli 2009 wiesen die Inlandsaufträge ein Plus von 19% auf, die Auslandsaufträge zogen in diesem Zeitraum sogar um 24% an. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt stieg die heimische Nachfrage im Juni 2010 um 18% (Mai: +23%), das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 29% (Mai: +33%).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie: +16%

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 29%) hat sich im Berichtsmonat Juli 2010 die Auftragslage im Vormonatsvergleich verschlechtert (-6,8%). Gegenüber Juli 2009 wurde ein Zuwachs von 8% registriert. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gab es im Juni ein Auftragsplus von 16%, nach einer Verbesserung um 23% im Mai. Im Januar 2010 war nach 16 Monaten erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise wieder ein Anstieg des Ordervolumens festgestellt worden. Allerdings zogen im Juni sowohl die Bestellungen aus dem Inland (+9,3%) als auch aus dem Ausland (+19%) schwächer an als in den Vormonaten.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Juni 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt mit +75% kräftiger als im Mai (+67%). Bei der Beurteilung dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass der Vergleich zur besonders schwachen Nachfrage bis zur Jahresmitte 2009 die aktuelle Lage positiver erscheinen lässt, als sie tatsächlich ist. Im Berichtsmonat Juli 2010 lag das Auftragsvolumen um 23% über dem Vormonatswert und sogar um 98% höher als im Juli 2009. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich im Drei-Monats-Durchschnitt um 40%. Nach den besonders kräftigen Einbrüchen im Vorjahr zogen vor allem die Auslandsaufträge mit einer Zunahme um 115% sprunghaft an.

Fahrzeugbau: Kräftig steigende Auftragseingänge

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2009: 9%) kam es im Berichtsmonat Juli 2010 zu einer Verschlechterung um 12% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum auftragsschwachen Juli 2009 stieg die Nachfrage dagegen um 26%. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt übertrafen im Juni 2010 die Bestellungen mit +33% zum achten Mal in Folge den Vorjahreswert, nach einem Plus von 35% im Mai. Nachdem im Februar die heimische Nachfrage erstmals nach 16 Monaten wieder gestiegen war, fiel die Verbesserung im Juni (+28%) deutlich aus. Bei der Auslandsnachfrage gab es einen weiteren kräftigen Anstieg um 36%.

Deutliches Plus bei Auftragseingängen im Maschinenbau

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gestiegen

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im Juni 2010 gegenüber Juni 2009 „geglättet“ um 3,6% gestiegen, nachdem es im Mai noch zu einem Rückgang um 0,9%

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: +3,6%

gekommen war. Im April war eine Verbesserung der Auftragslage um 4% zu verzeichnen. Davor waren zwölf Monate in Folge rückläufige Auftragszahlen festgestellt worden. Im Tiefbau kam es im Drei-Monats-Durchschnitt zu einem Rückgang von 1,1%, nach einem Minus von 8,5% im Mai. Dagegen war im Hochbau – wie schon im Mai – auch im Juni ein deutliches Plus von 11% festzustellen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2009 bei 52%, der des Hochbaus bei 48%.

Zahl der Baugenehmigungen steigen kräftig

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im Juni 2010 im Drei-Monats-Durchschnitt um 13% gestiegen. Im Mai war bereits eine Zunahme um 9,8% registriert worden. Davor hatte es von Februar bis April sinkende Genehmigungszahlen in einem Bereich von 3,2 bzw. 8,2% gegeben.

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe – Umsatzeinbußen lediglich im Kfz-Handel

Rotation der Berichtsbetriebe und Anpassung an neue Wirtschaftszweikklassifikation

Die Ergebnisse der Statistiken im Handel und Gastgewerbe basieren seit dem Berichtsmonat Juni 2010 auf einem neuen Berichtskreis, da ein Teil der Unternehmen in der Erhebung ausgetauscht wurde. Der Berichtskreis ist damit repräsentativer geworden und verbessert die Konjunkturbeobachtung am aktuellen Rand. Weiterhin wurde die Zusammensetzung des Berichtskreises auf die Strukturen der neuen Wirtschaftszweikklassifikation 2008 umgestellt.

Umsatz im Einzelhandel zieht leicht an

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Juni 2010 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt einen realen

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Anstieg um 1% gegenüber dem Vorjahr auf. Im Mai war ein geringfügiges Umsatzplus von 0,1% festgestellt worden.

Im Kraftfahrzeughandel gingen die Umsätze zum Jahresbeginn 2010 zurück. Im Drei-Monats-Durchschnitt kam es im Juni zu einem realen Minus von 3,9%, nachdem es bereits zuvor kräftige Rückgänge gegeben hatte. Ursache hierfür ist nicht zuletzt die Tatsache, dass die aktuellen Umsatzzahlen den Monatswerten gegenübergestellt werden, in denen die „Abwrackprämie“ für Altfahrzeuge, die Mitte Januar 2009 eingeführt wurde, ihre größte Wirkung gezeigt hatte.

Weiterhin Umsatzrückgang im Kfz-Handel

Umsatzsteigerung im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel stiegen im Juni 2010 gegenüber Juni 2009 real um 3,6%. Im Mai war es zu einer Verbesserung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts um 4% gekommen.

Höhere Umsätze im Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juni 2010 preisbereinigt um 0,6% über dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Davor waren im Mai Umsatzsteigerungen im Vorjahresvergleich um 2,1% festgestellt worden.

Jahresteuersatzrate im September bei 1,3%

Höhere Preise für Heizöl und Kraftstoffe tragen zum Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im September 2010 im Vergleich zum Vormonat um 0,3% gesunken. Gegenüber dem September des Vorjahres hat sich der Index um 1,3% erhöht. Damit setzte sich der moderate Preisanstieg der letzten Monate fort. Von März bis August war eine Erhöhung des Preisindex zwischen 1 und 1,3% registriert worden. Davor hatte in den Monaten von November 2009 bis Februar 2010 die Teuerungsrate nur zwischen 0,3 und 0,7% betragen. Zu dem Anstieg im September 2010 trugen insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Heizöl und Kraftstoffe (+24 bzw. +10%) bei.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es im September 2010 in der Indexhauptgruppe „Bildungswesen“ (+4%), der mit einem Wägungsanteil von 0,7% am Gesamtindex allerdings nur eine geringe Verbrauchsbedeutung zukommt. Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es unter anderem auch in den Bereichen „Verkehr“ (+3,4%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,8%). Niedrigere Preise als im Vorjahr wurden in den Haupt-

gruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-0,1%), „Bekleidung und Schuhe“ (-0,3%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (-1,9%) festgestellt.

Arbeitslosigkeit im September deutlich gesunken

Nach dem Rückgang im August ist die Arbeitslosigkeit erneut gesunken. Insgesamt waren im September knapp 111 500 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 6 700 bzw. 5,7% weniger als im Vormonat. Gegenüber September 2009 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen ebenfalls deutlich ab; sie verringerte sich um 10 800 bzw. 8,8%.

Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter ab

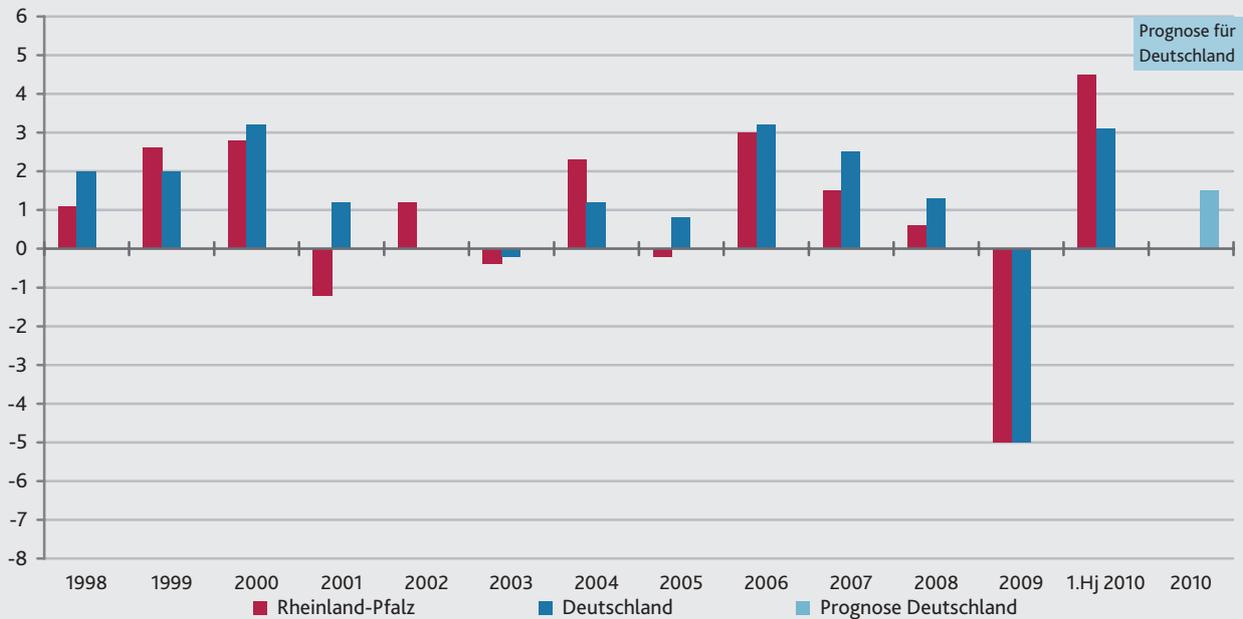
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, fiel im September auf 5,3%. Im August hatte die Quote bei 5,6% und im September 2009 noch bei 5,8% gelegen.

Arbeitslosenquote 5,3%

Als Ursache für diese günstige Arbeitsmarktentwicklung sieht die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit neben der für den September typischen Entwicklung (Neueinstellungen nach der Urlaubszeit sowie Beginn von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose) vor allem die wirtschaftliche Erholung. Dadurch hat die Kräftenachfrage der Unternehmen deutlich angezogen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz¹⁾ und in Deutschland
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin im März 2011.

Quelle Prognosewert: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

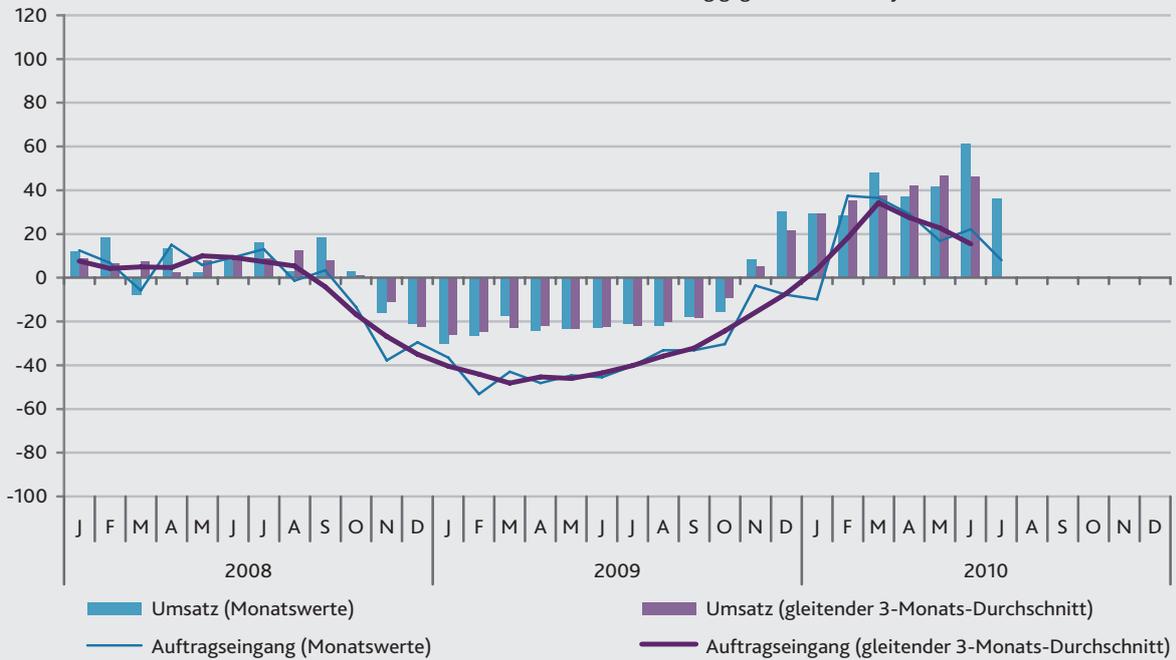


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2009. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 29%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

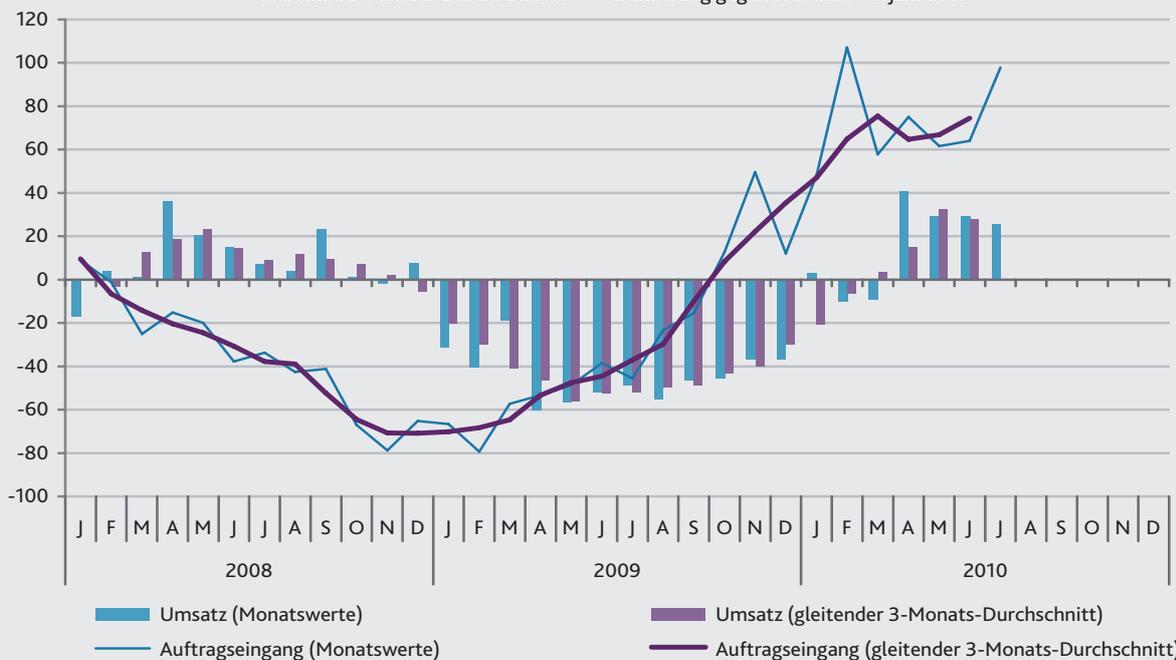


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 11%

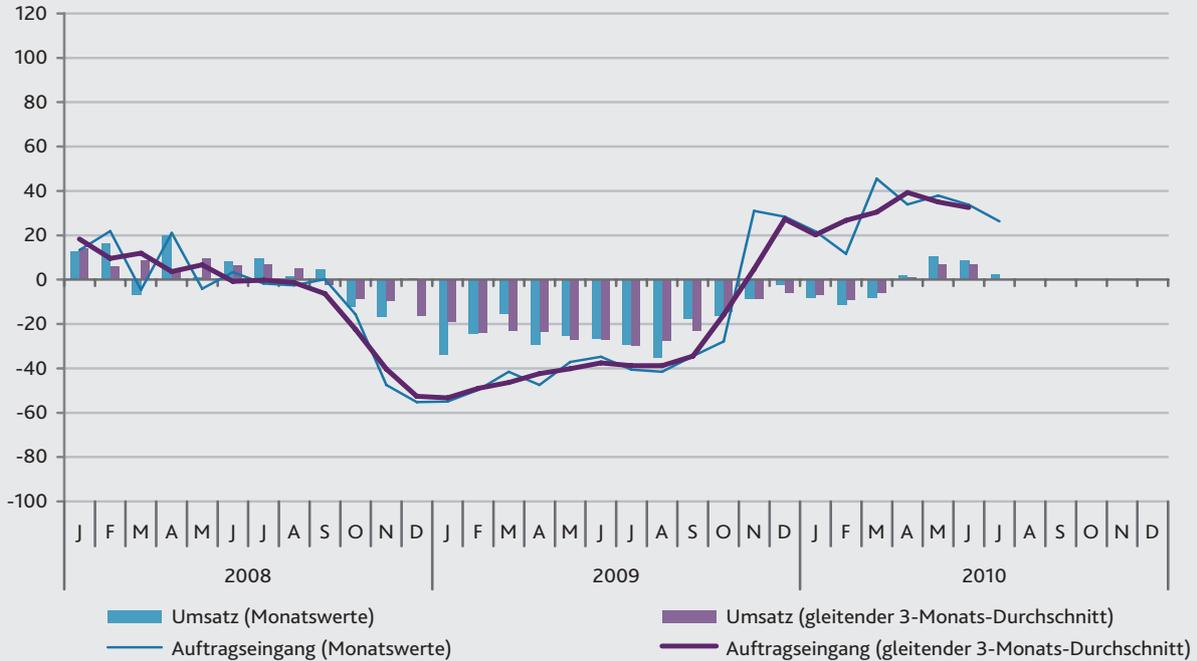
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 9%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

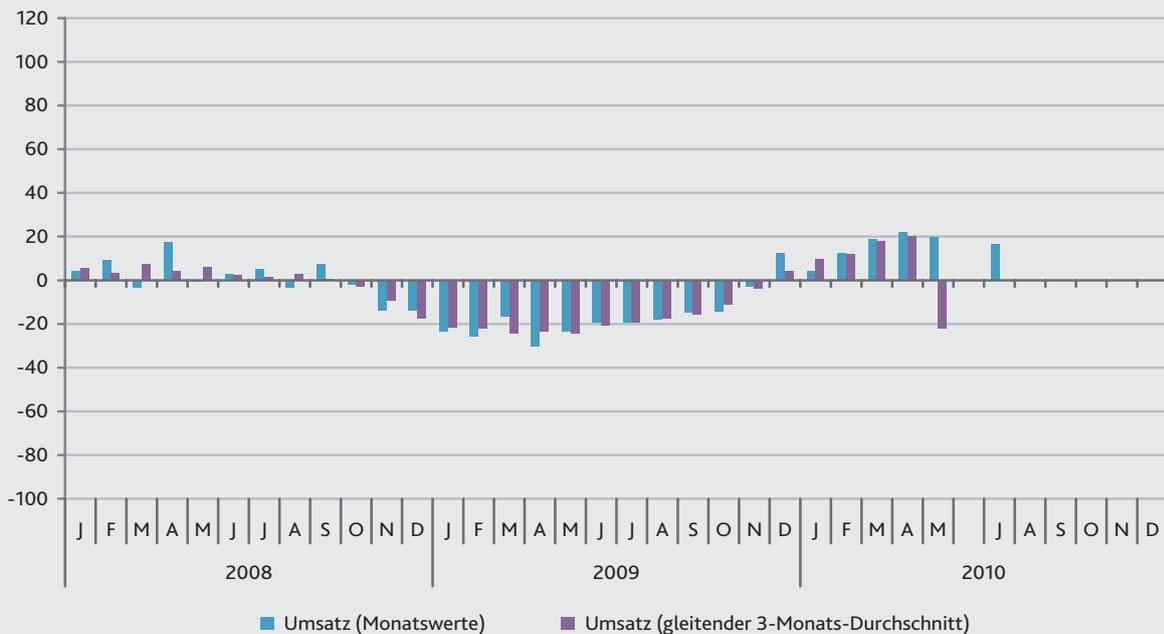


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

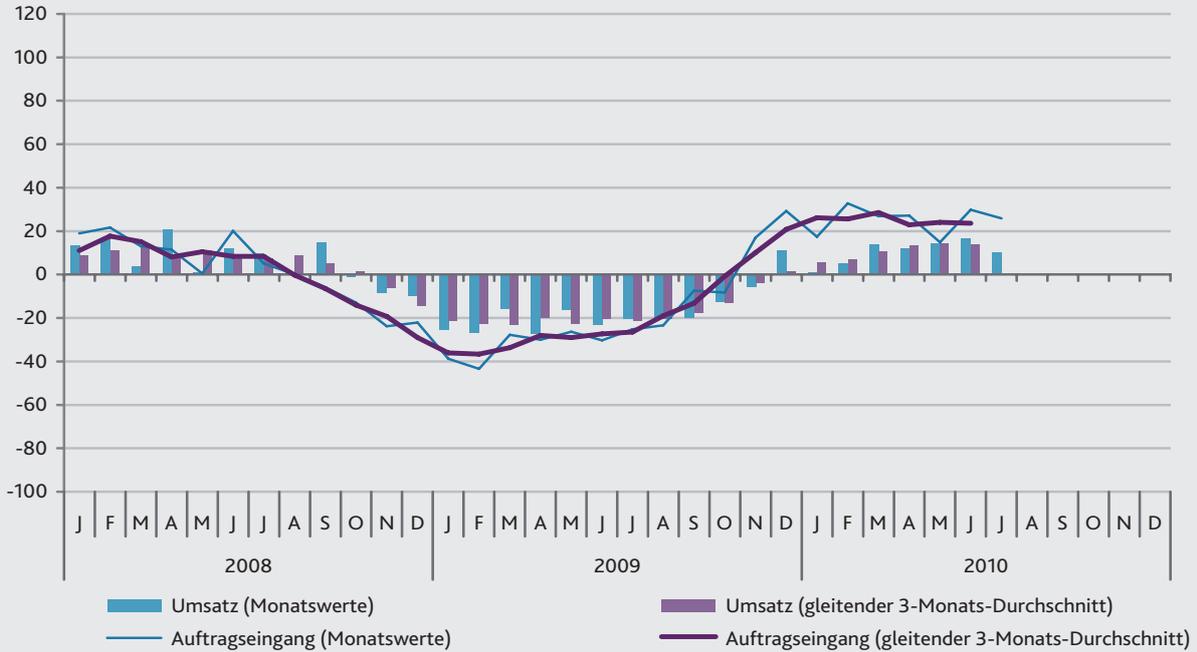


1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



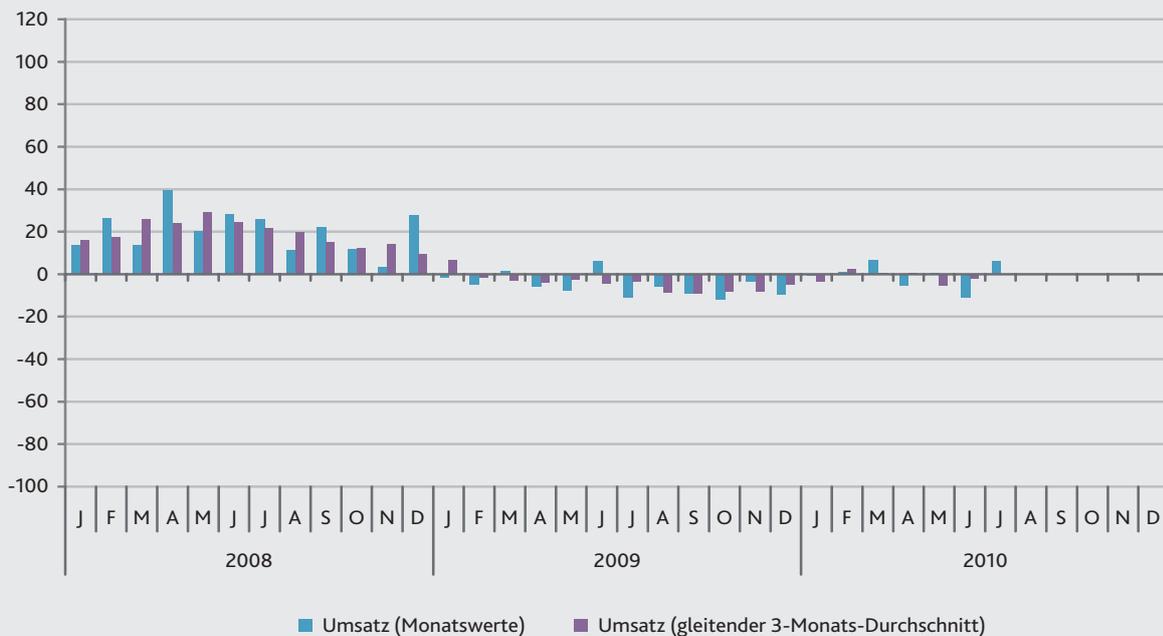
1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz (nominal)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹⁾

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 6%

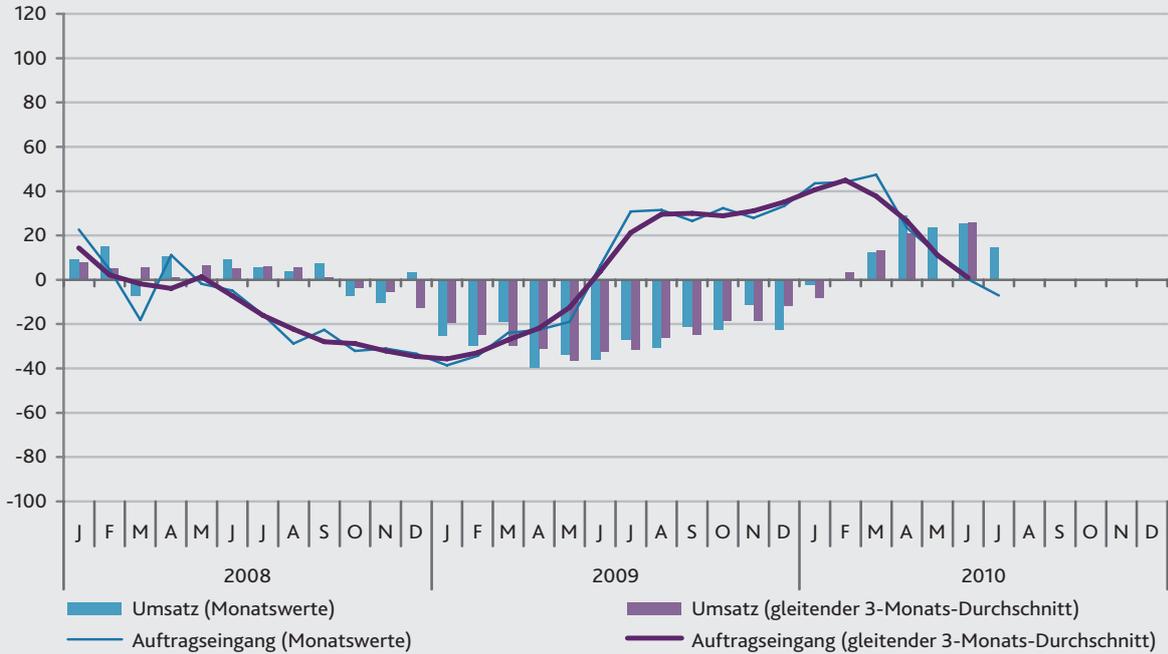
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Metallerzeugung und -bearbeitung

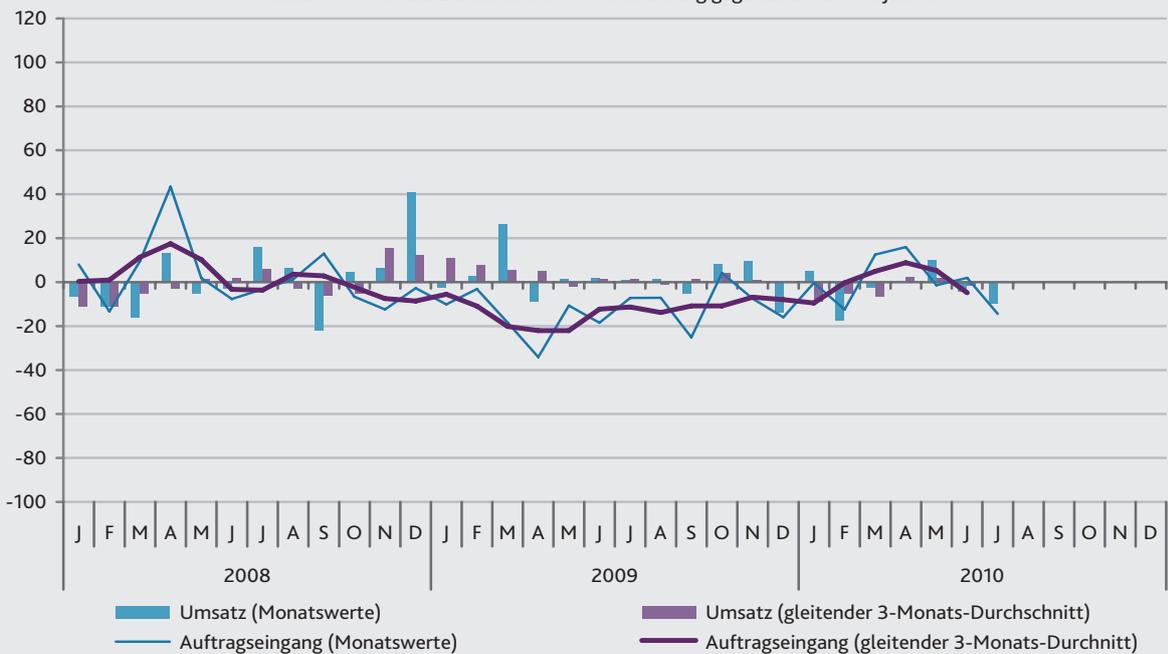
Anteil am Gesamtumsatz 2009: 4%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

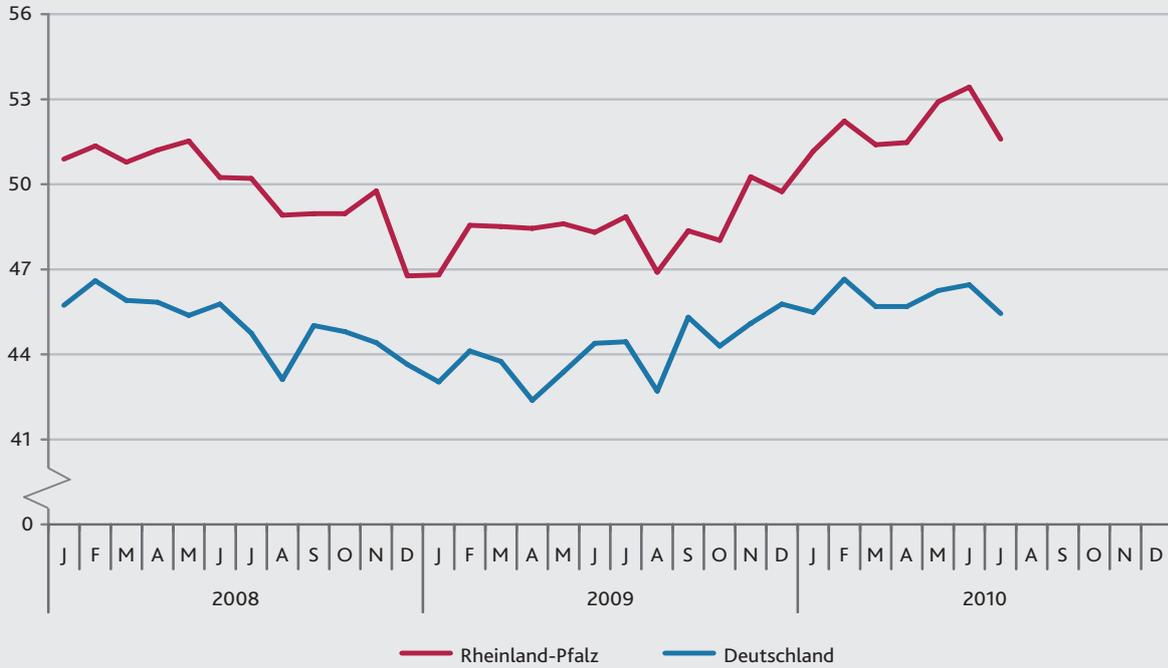
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2009: 5%
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

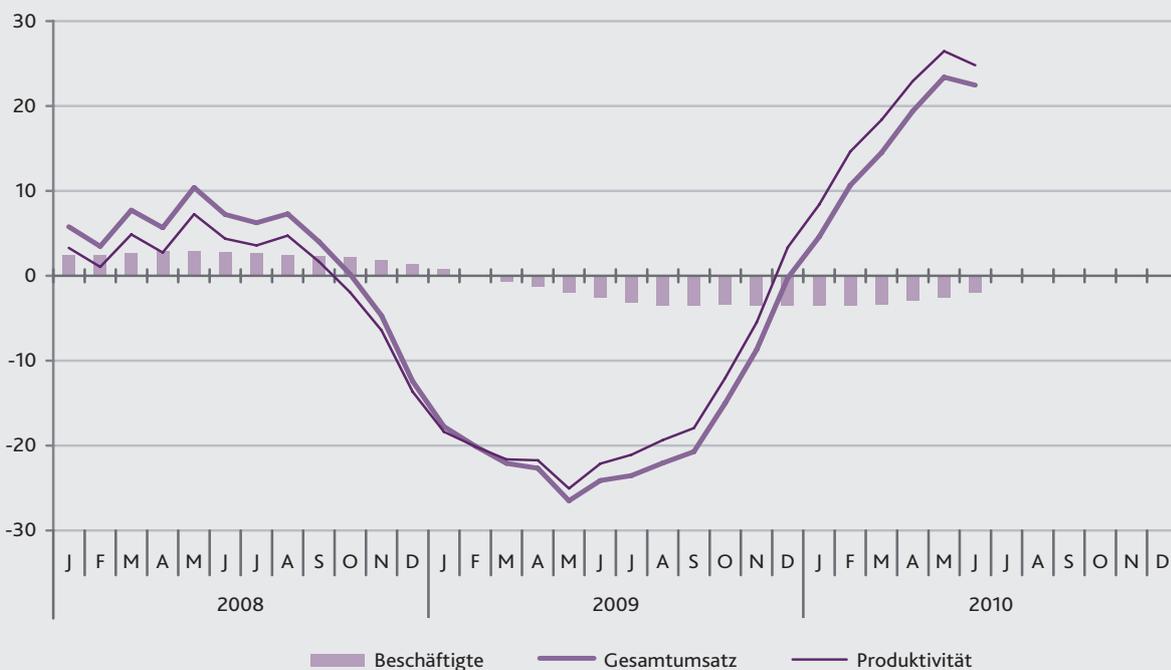


1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



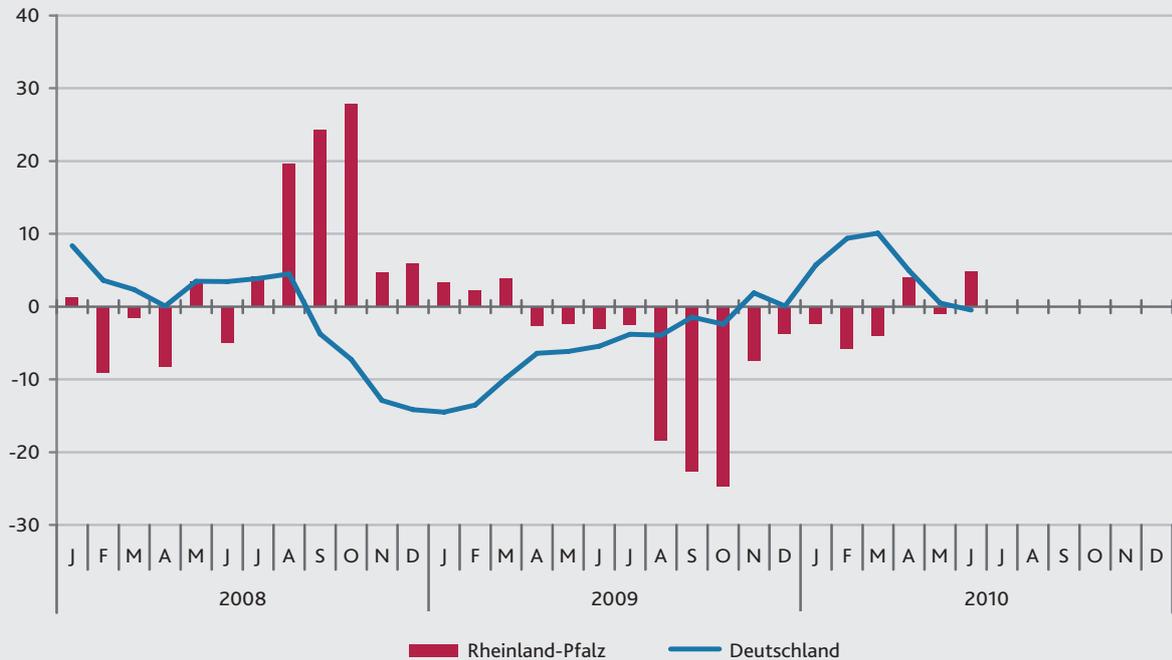
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

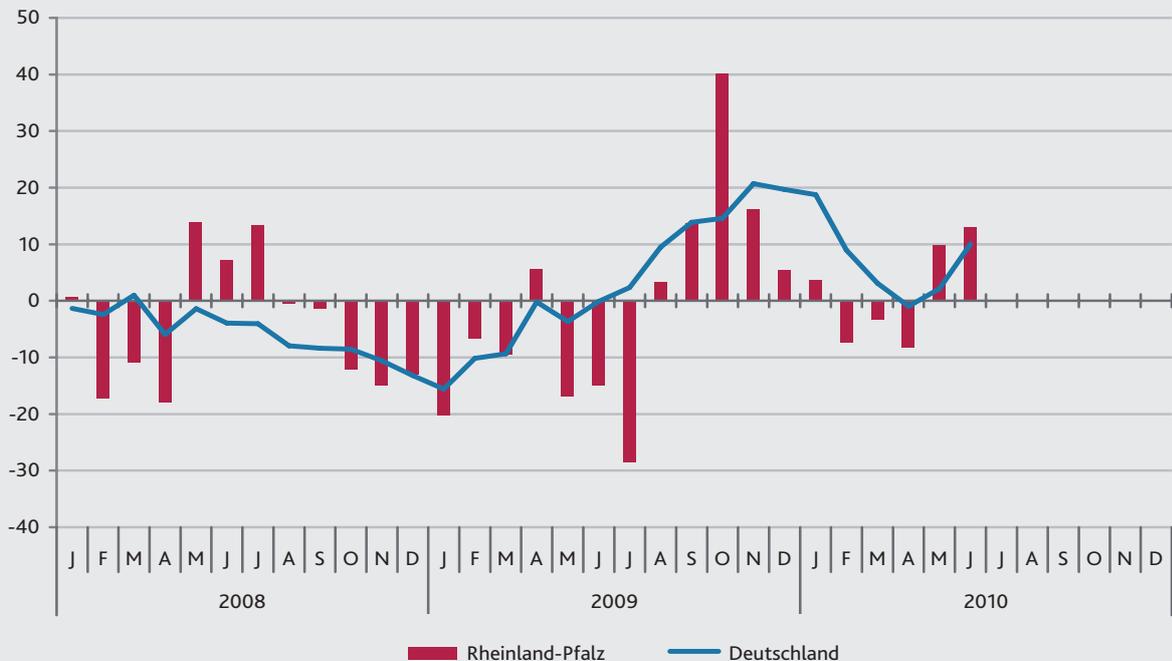
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

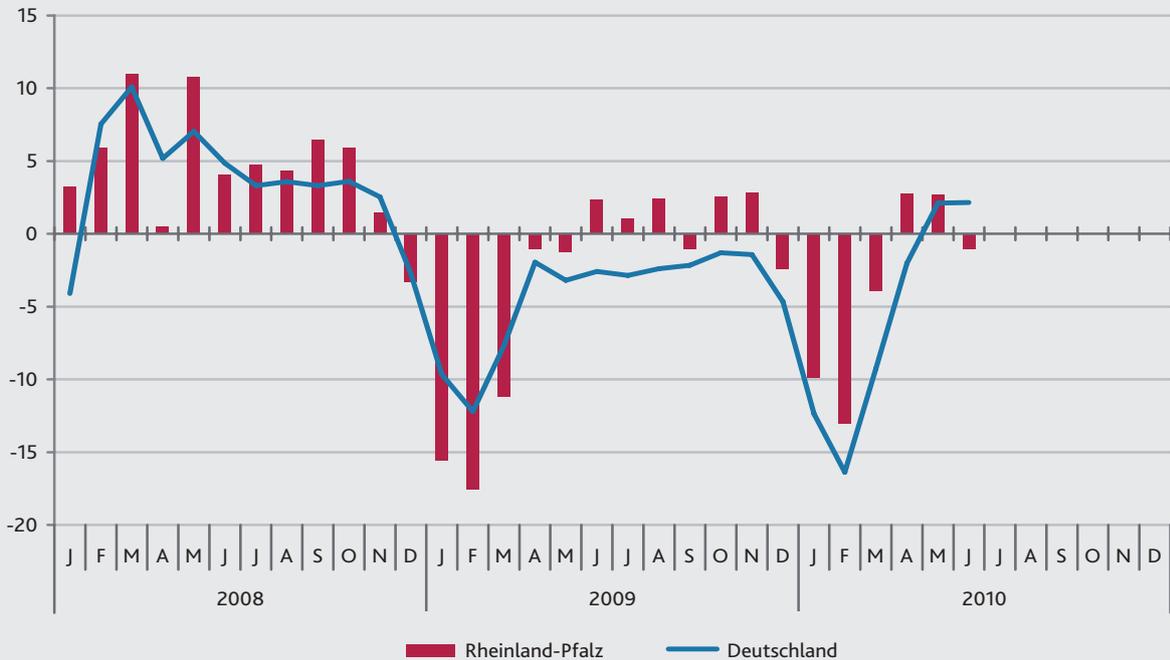
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

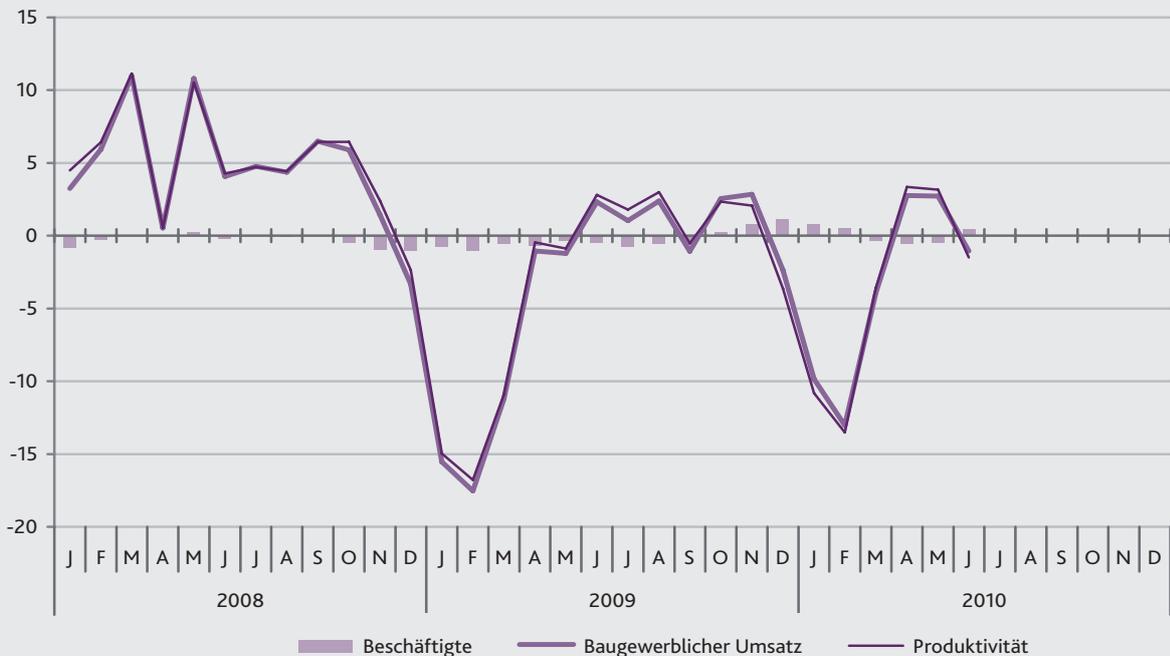
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe

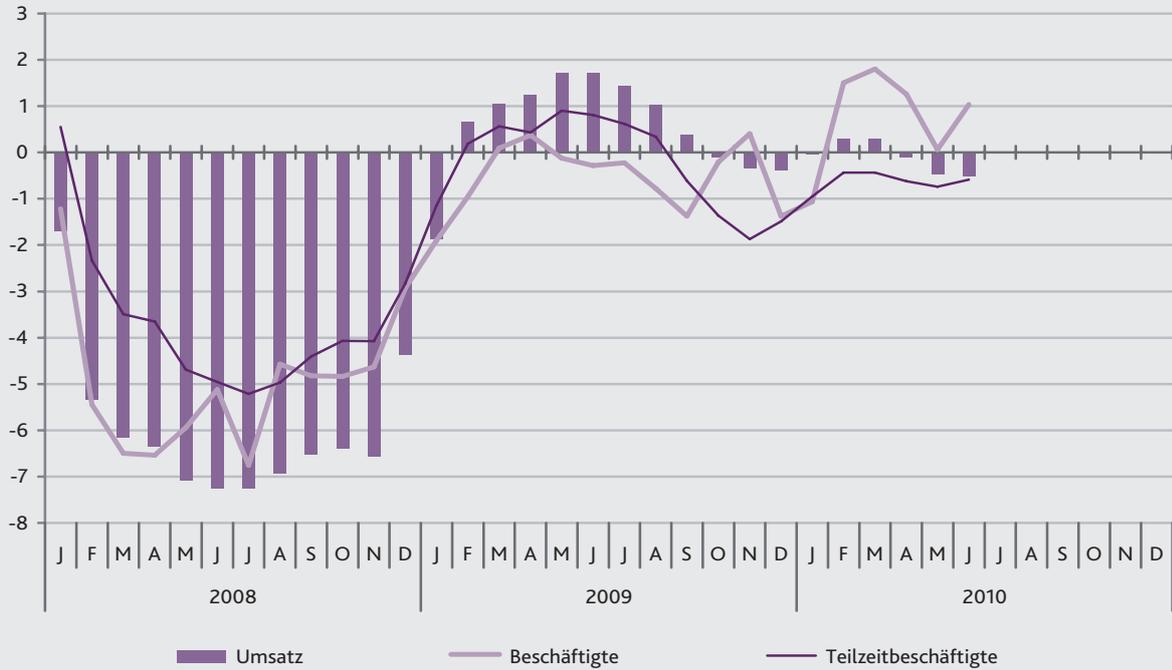
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

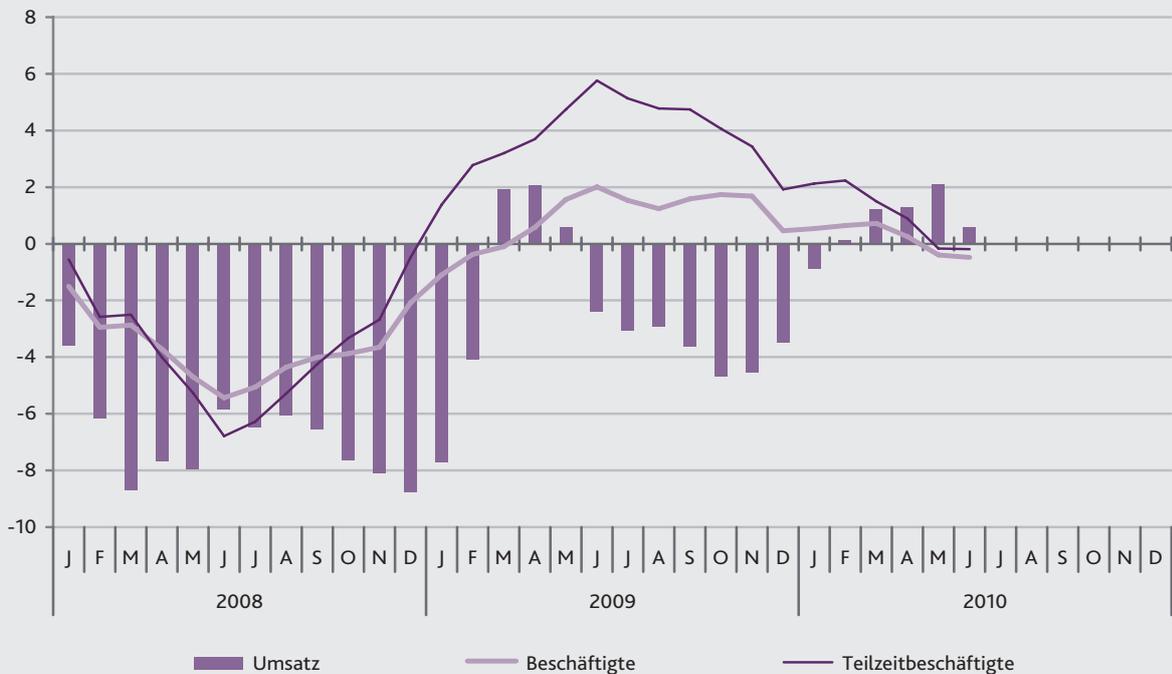
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

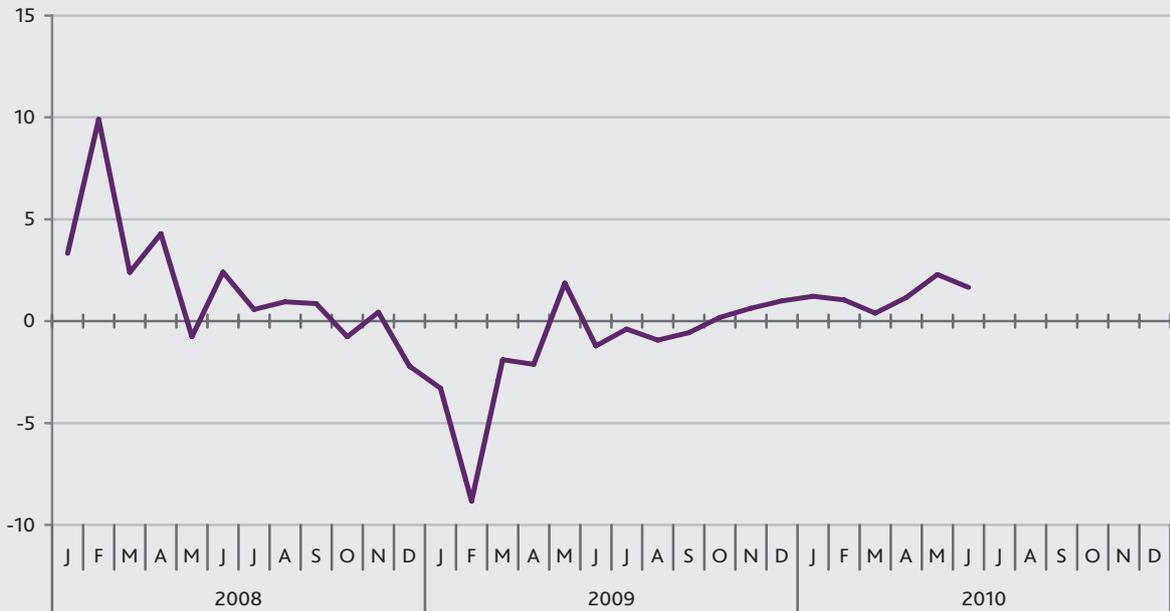
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Gästeübernachtungen

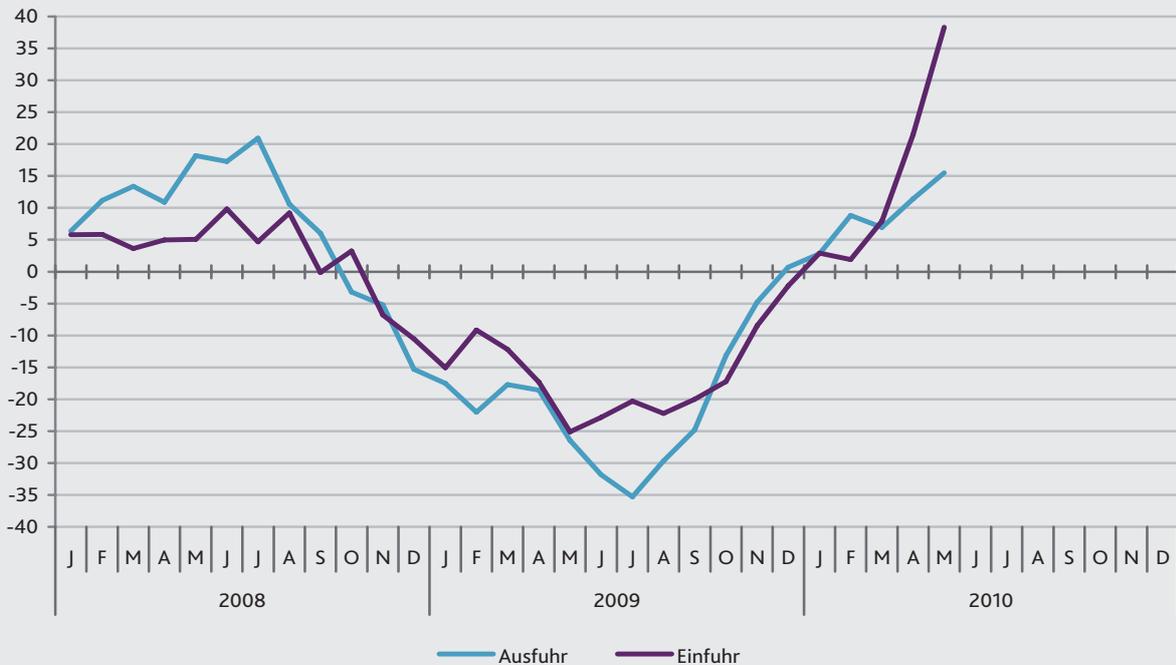
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

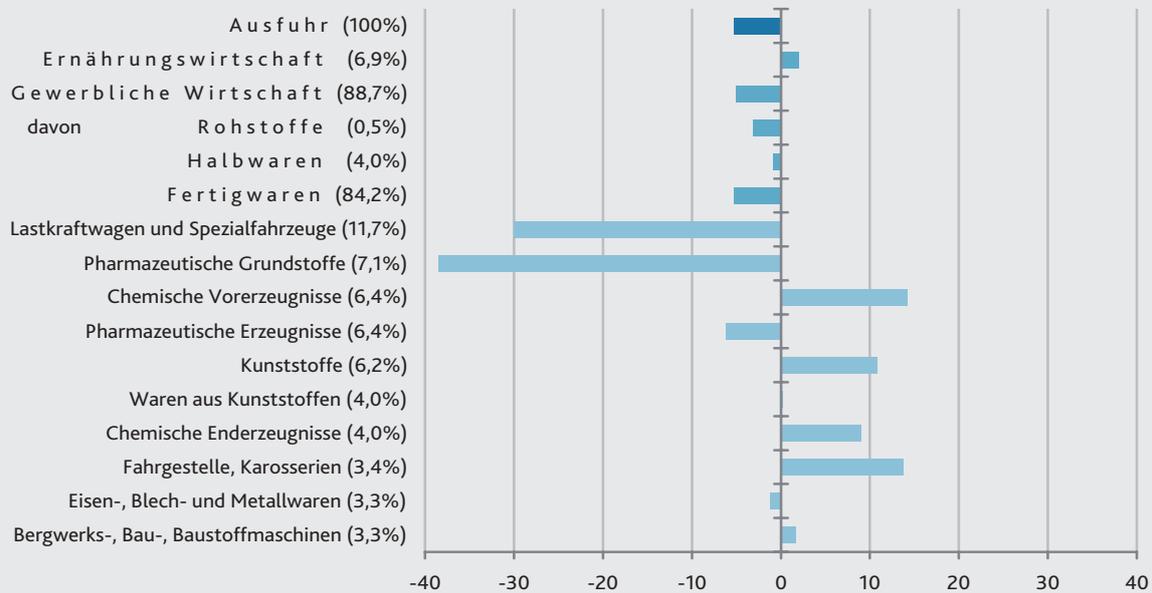
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2009 bis Juni 2010 nach Warengruppen¹⁾

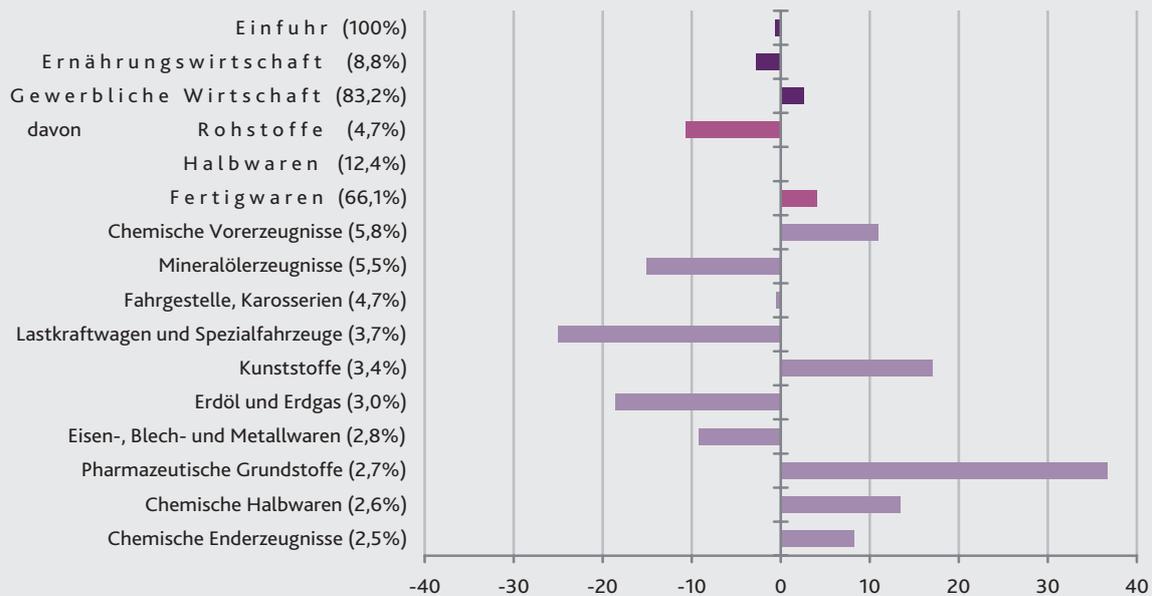
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

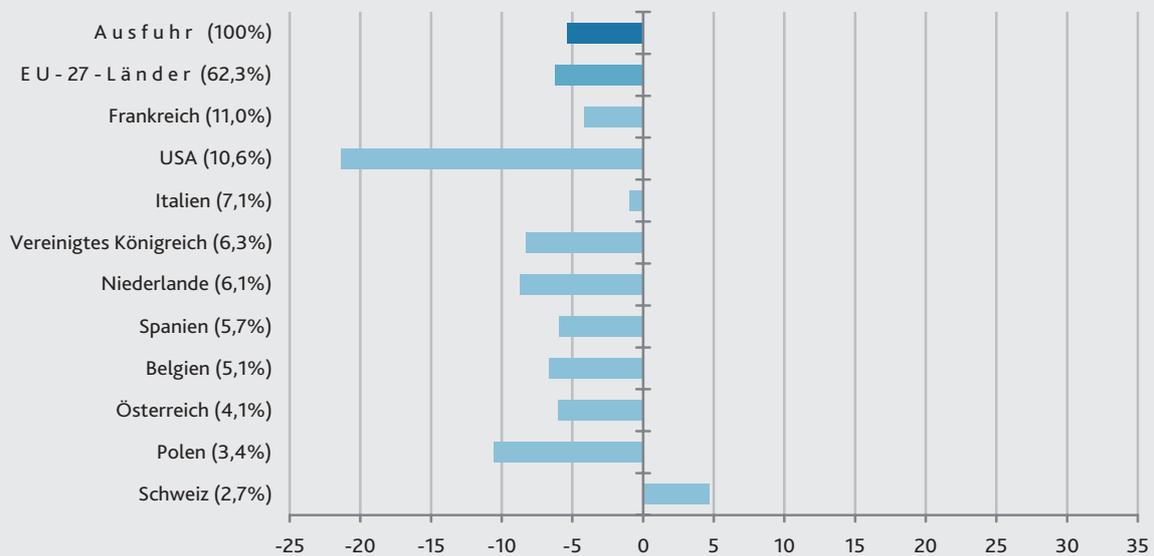
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2009 bis Juni 2010 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2009 bis Juni 2010 nach Bestimmungsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

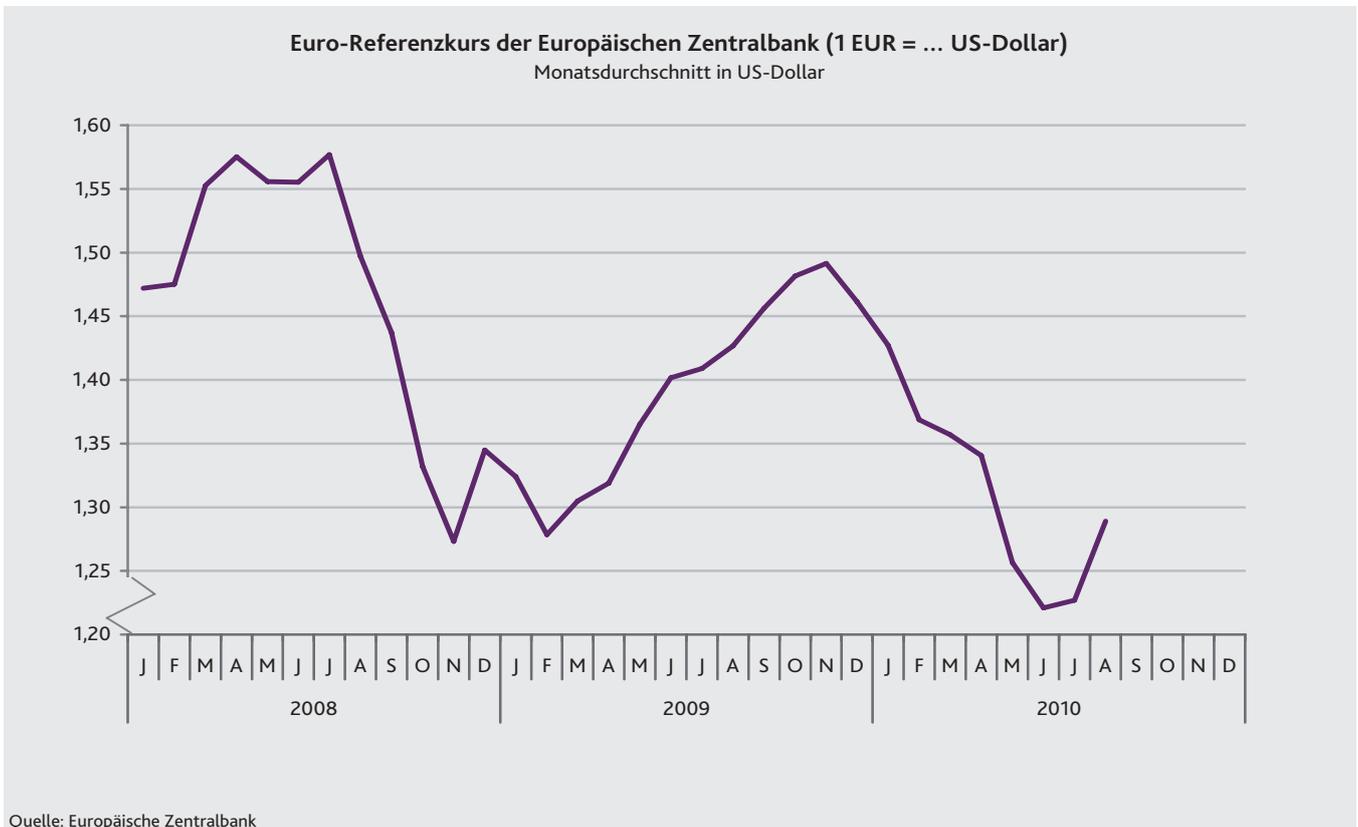
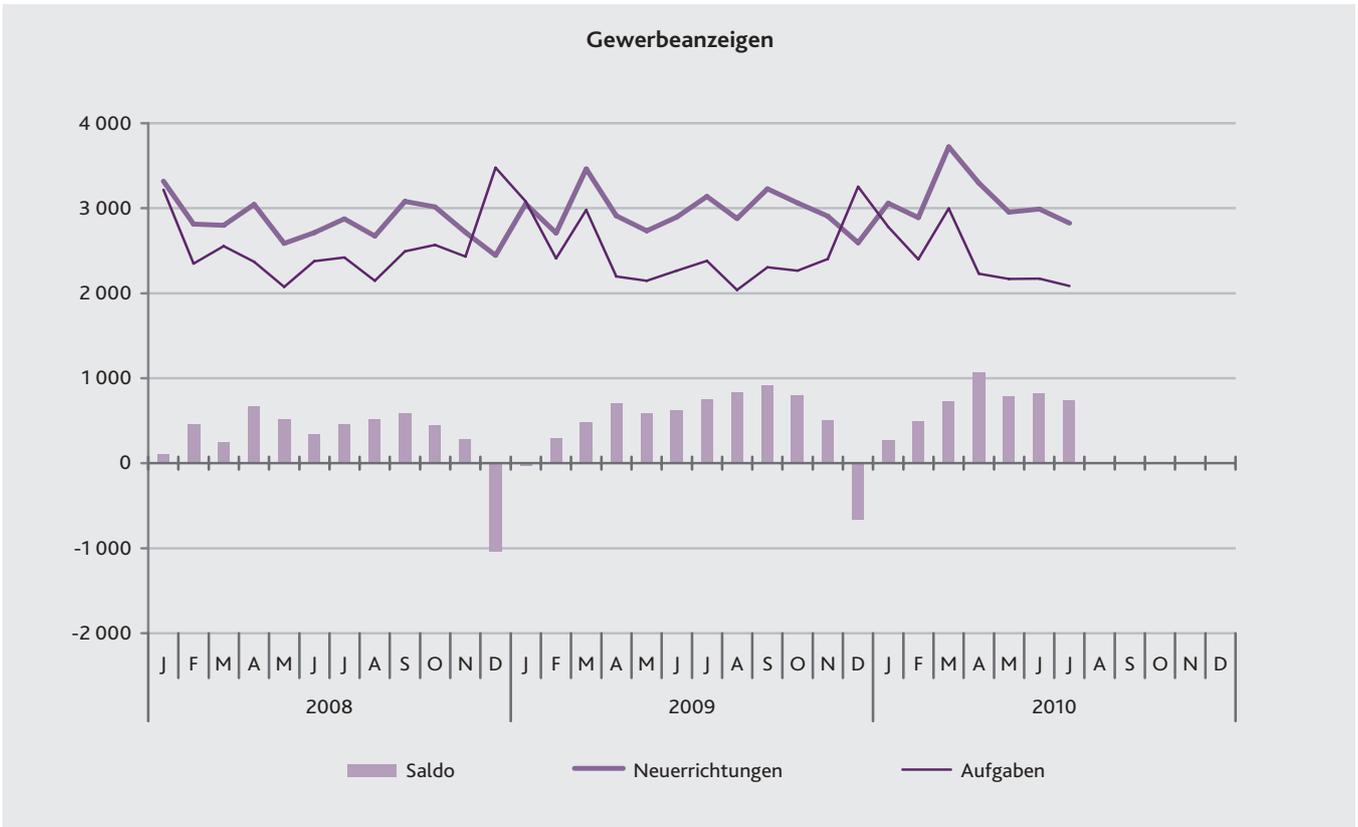


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2009 bis Juni 2010 nach Herkunftsländern¹⁾
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

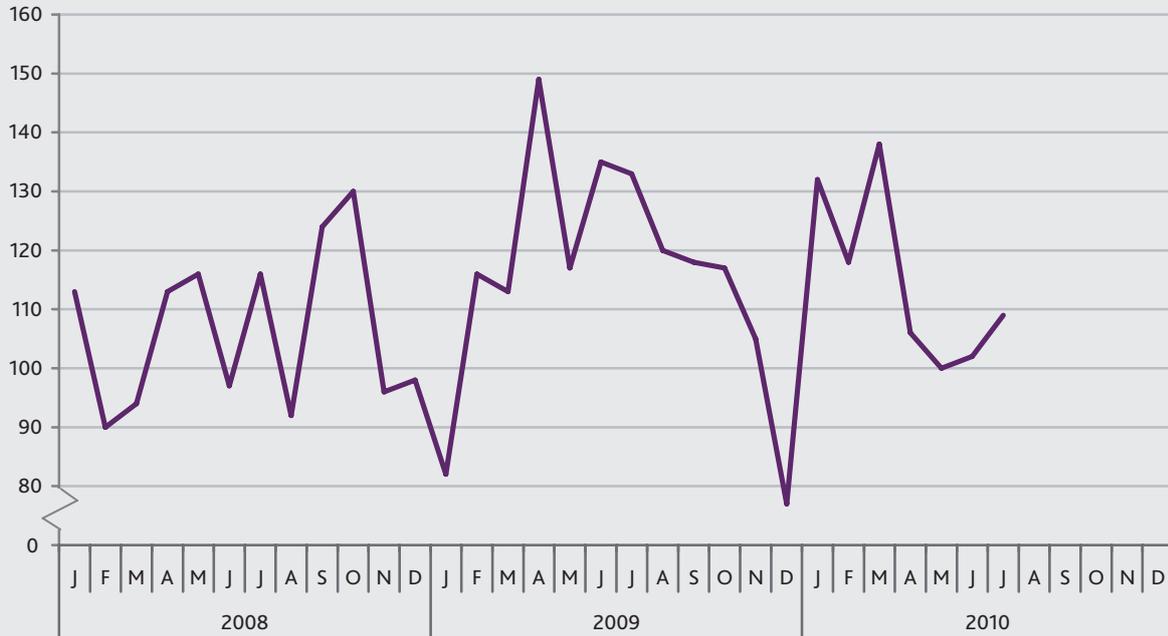


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.



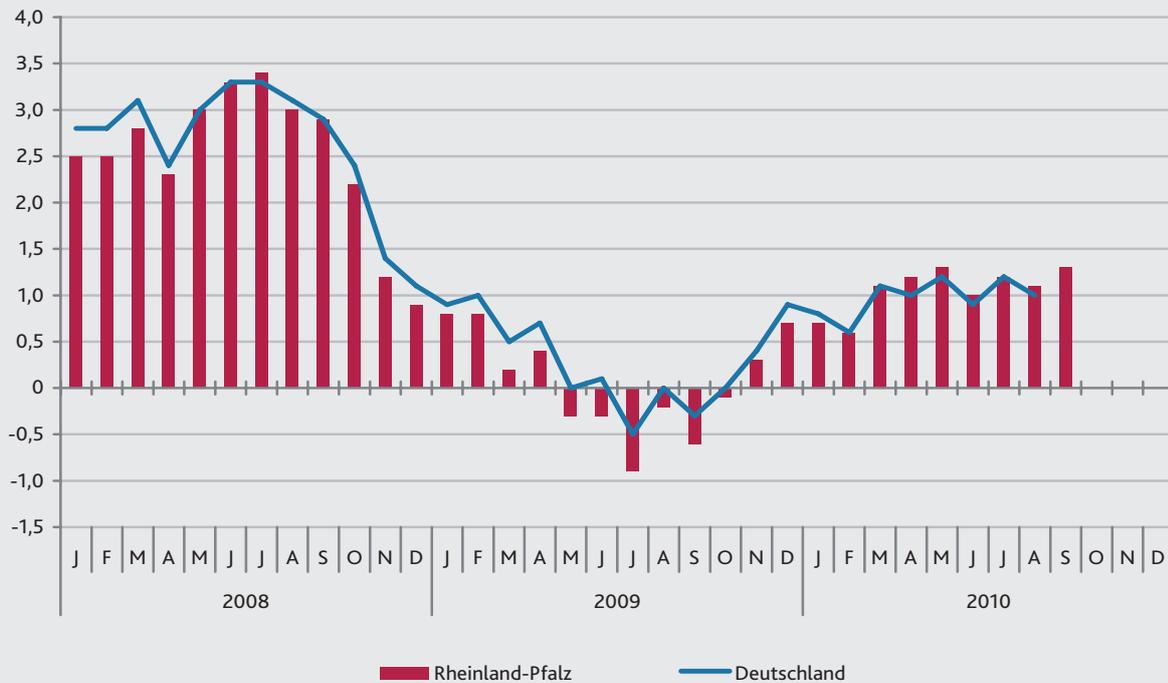
Quelle: Europäische Zentralbank

Unternehmensinsolvenzen

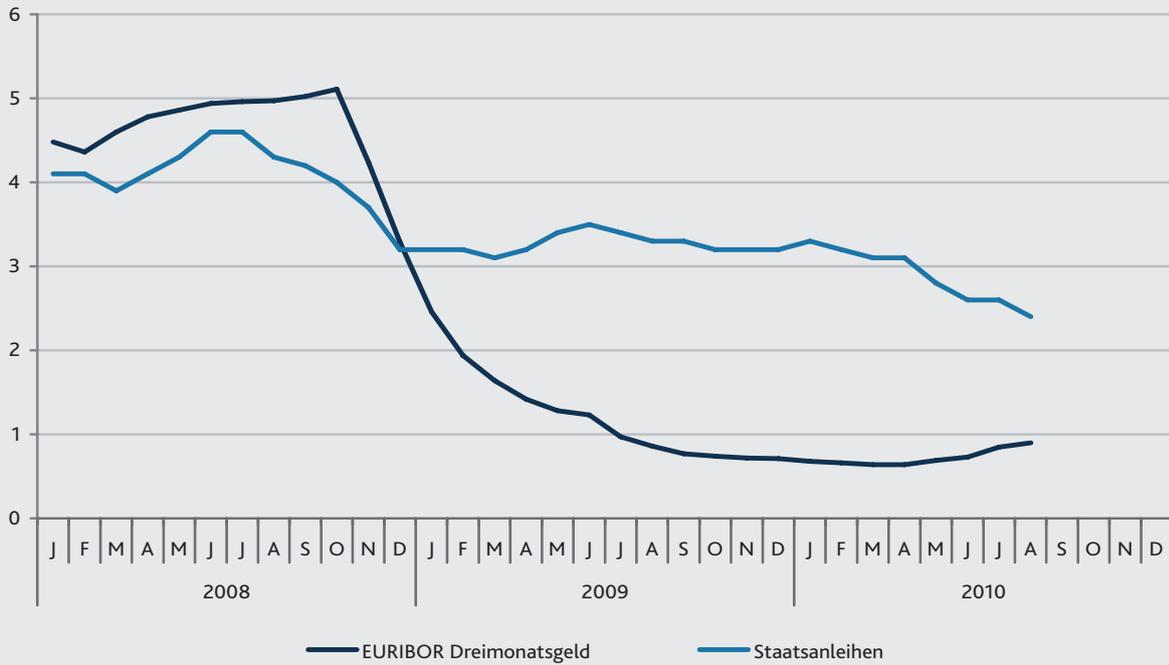


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

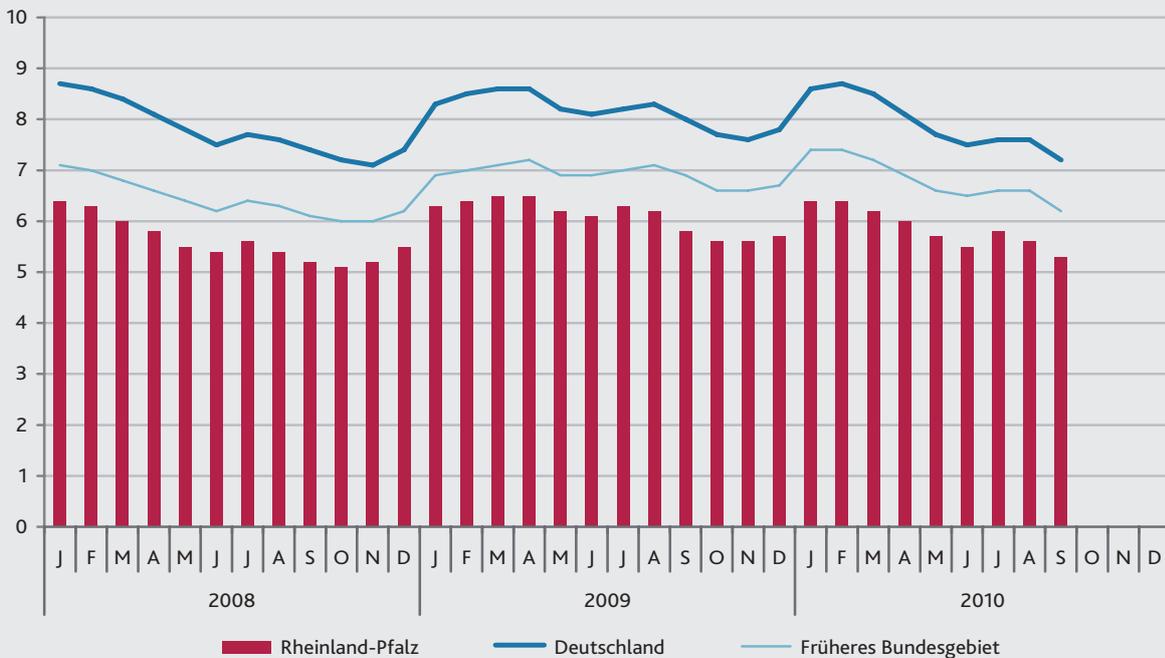


Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



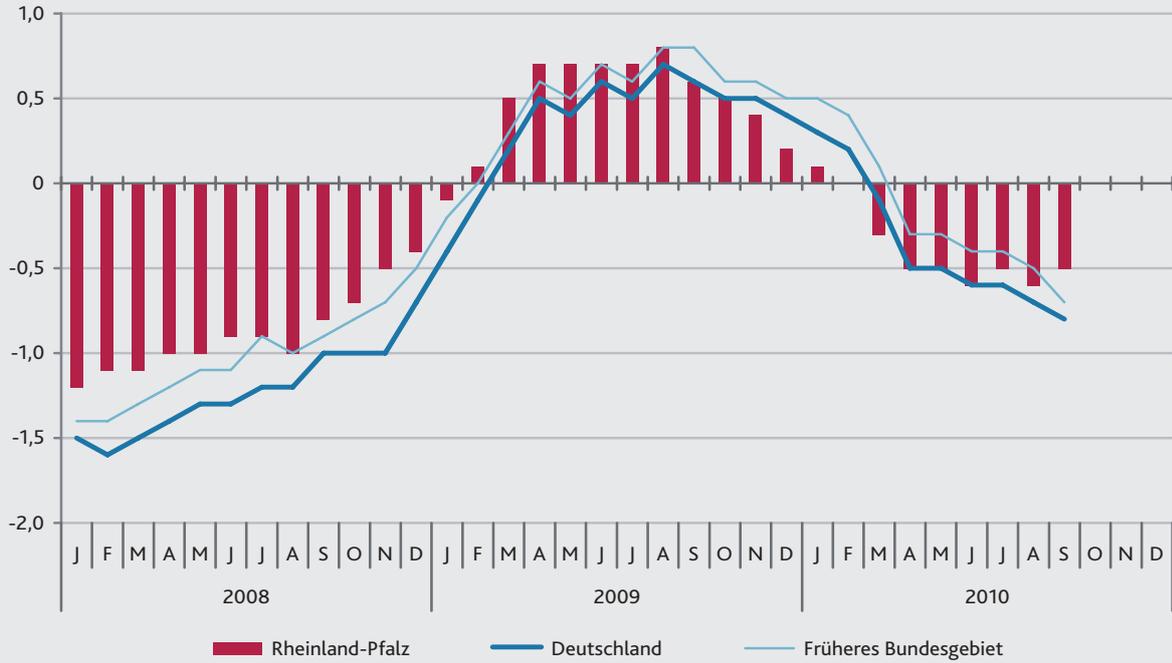
Quelle: Deutsche Bundesbank

Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



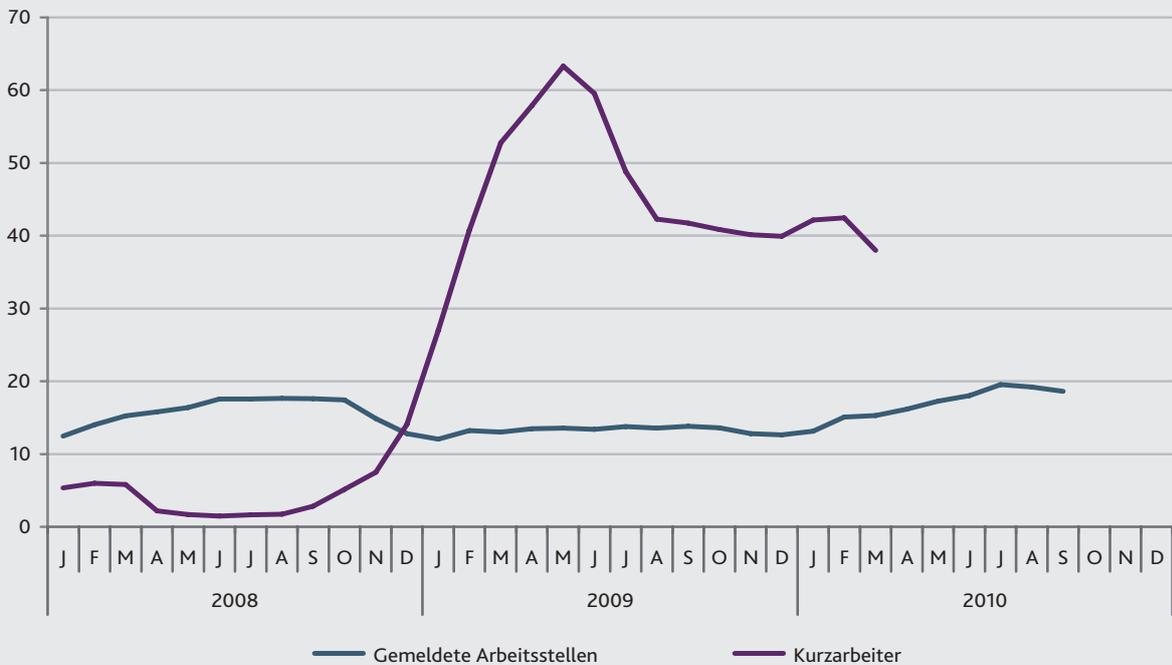
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



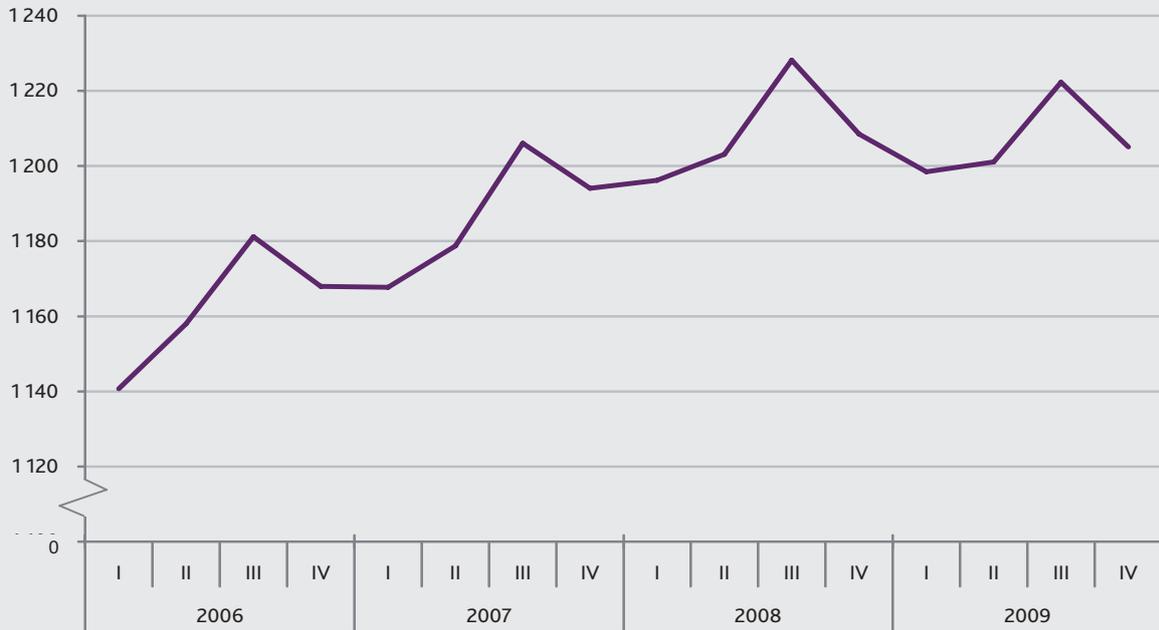
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



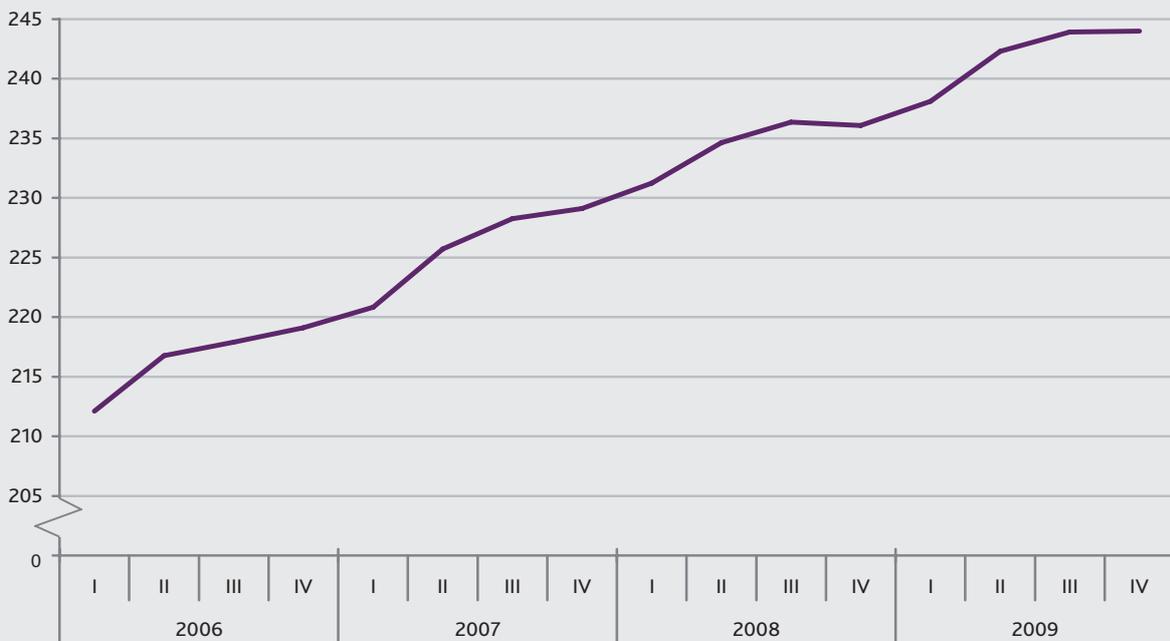
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



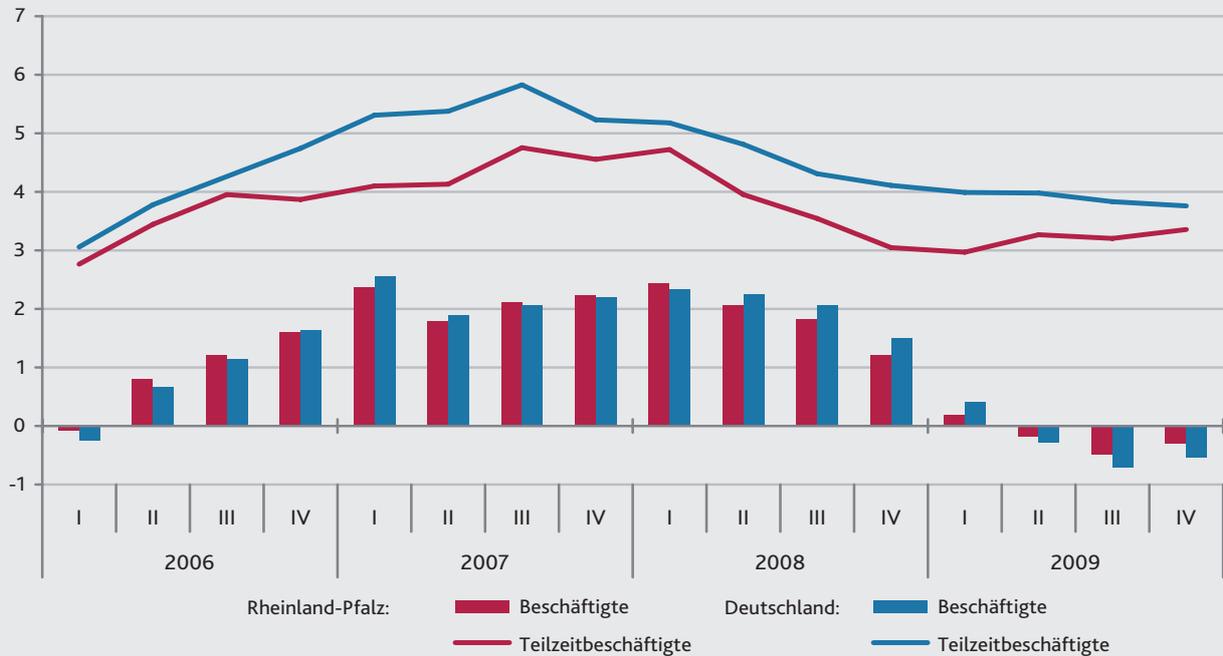
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



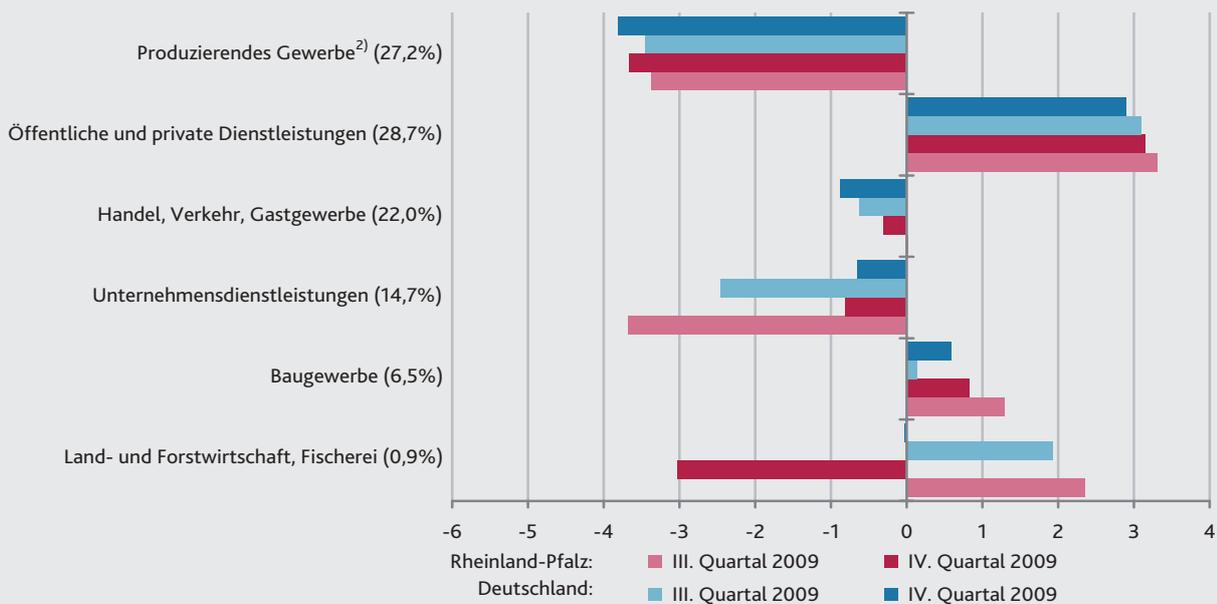
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



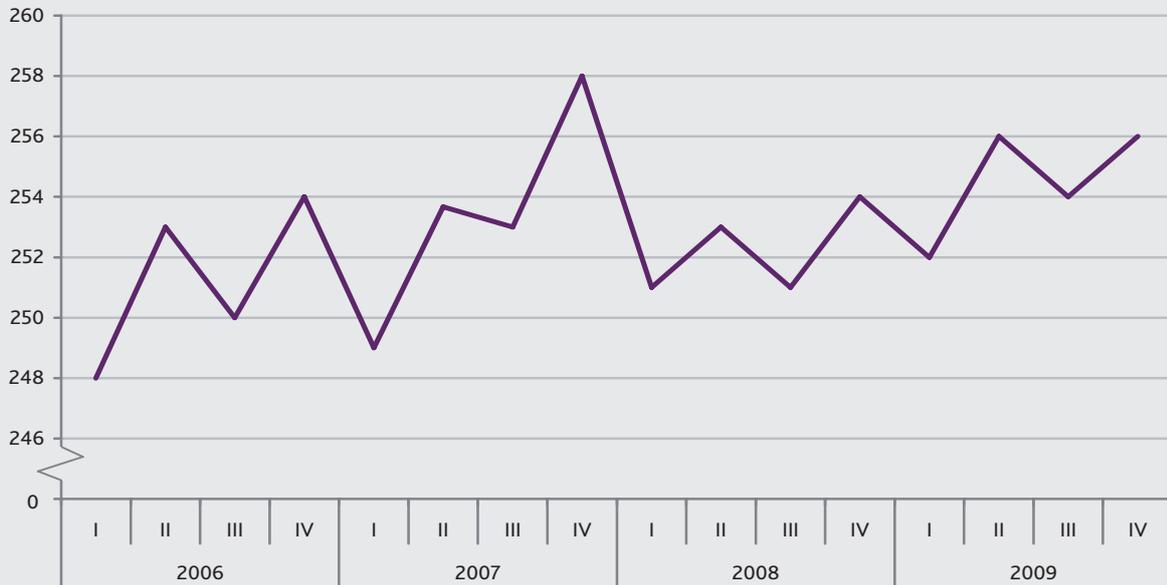
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



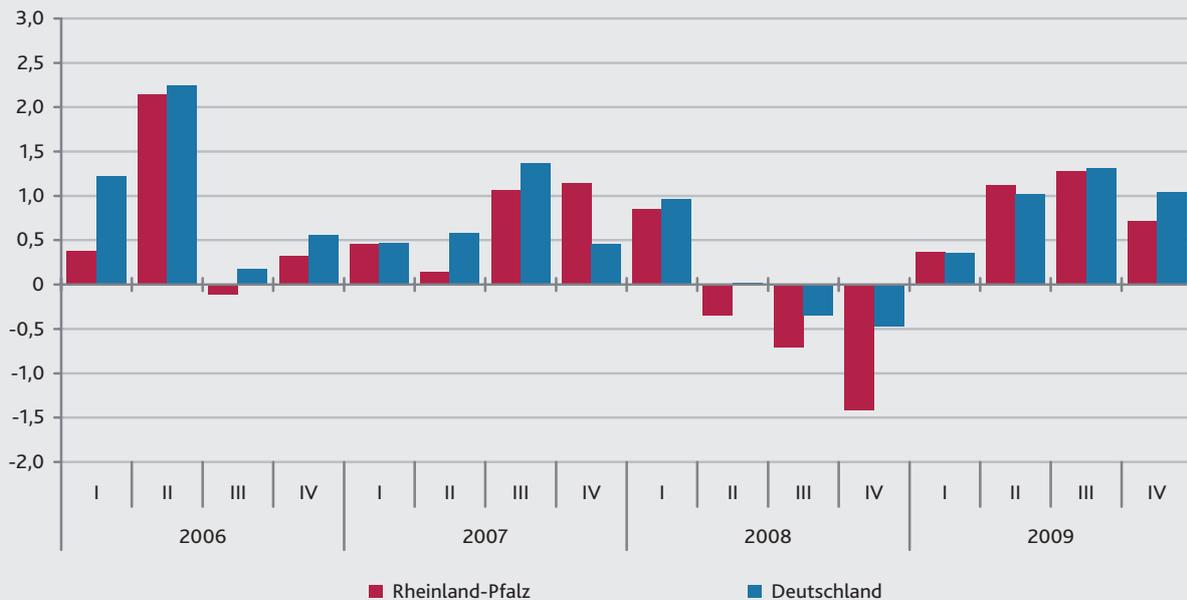
1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort
in 1 000



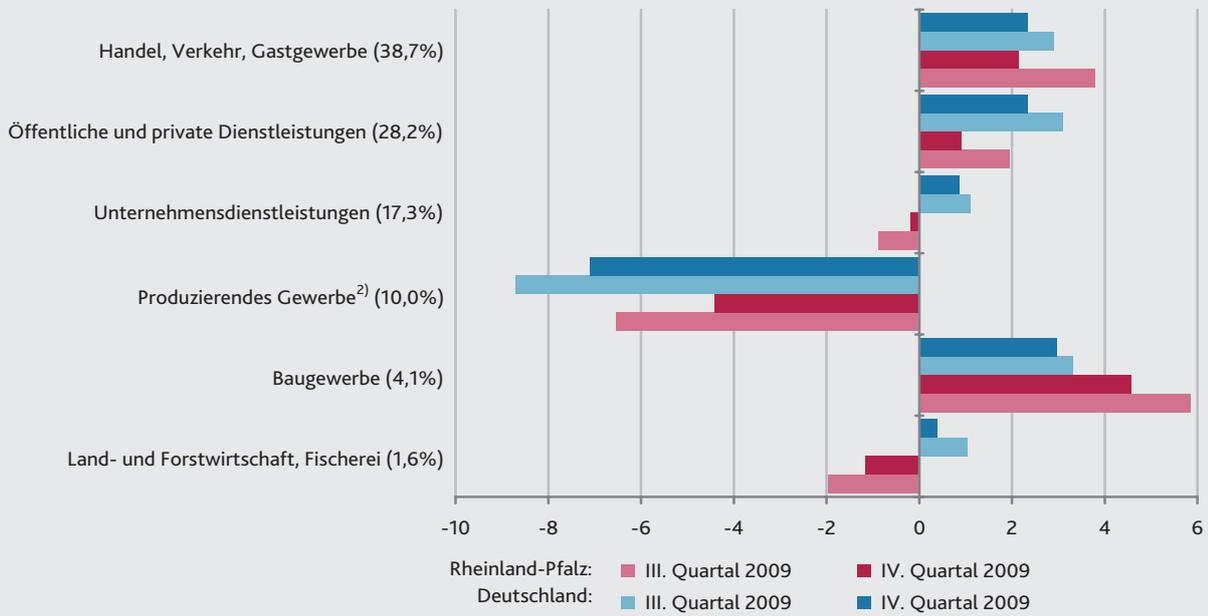
1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2009. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. September 2010.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= $\text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeord-

net, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Fer-

ner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung

von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values are arranged in a grid-like pattern, with some numbers appearing to be part of a larger dataset. The numbers are: 20, 752, 6 058, 134 628, 157 811, 113 466, 87 007, 65 282, 78 320, 95 409, 129 151, 134 121, 126 824, 134 545, 157 827, 113 035, 84 980, 64 829, 78 146, 94 429, 125 677, 130 933, 128 093, 133 453, 157 264, 111 776, 80 756, 63 568, 77 648, 92 396, 125 873, 103 80, 127 842, 129 432, 133 523, 110 138, 77 082, 61, 69.

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischherzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2008	2009			2010				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 028 ¹⁾	4 013 ¹⁾	4 021	4 020	4 019	4 009	4 008	4 008	4 007
darunter Ausländer ²⁾	1 000	308 ¹⁾	306 ¹⁾	307	307	307	306	306	307	307
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 672	1 656	909	1 267	2 133	622	953	1 189	2 264
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 685	2 573	2 694	2 467	2 315	2 339	2 762	2 314	2 492
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	7,7	7,9	7,5	6,8	7,6	8,1	7,0	7,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 578	3 659	4 173	3 597	3 202	3 613	4 134	3 558	3 495
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,9	12,2	10,9	9,4	11,7	12,1	10,8	10,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	8	10	7	12	6	7	9	6	11
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	4,0	2,6	4,9	2,6	3,0	3,3	2,6	4,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 892	-1 085	-1 479	-1 130	- 887	-1 274	-1 372	-1 244	-1 003
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 3,2	- 4,3	- 3,4	- 2,6	- 4,1	- 4,0	- 3,8	- 2,9
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 963	7 989	8 142	8 118	6 599	6 244	8 144	7 973	7 283
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 619	2 656	2 804	2 847	2 187	2 030	2 946	2 746	2 487
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 517	8 224	8 899	7 429	6 724	6 973	7 870	6 900	6 679
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 828	2 608	3 319	2 270	2 206	2 369	2 472	1 861	2 039
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	- 554	- 234	- 757	689	- 125	- 729	274	1 073	604
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 673	12 832	13 567	12 989	11 589	11 047	13 098	12 377	11 351

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}	Einheit	2006	2007	2008			2009			
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 158	1 179	1 203	1 228	1 209	1 198	1 201	1 222	1 205
* Frauen	1 000	521	527	540	553	550	549	549	559	556
* Ausländer/-innen	1 000	70	73	77	78	73	74	76	77	71
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	217	226	235	236	236	238	242	244	244
* darunter Frauen	1 000	187	195	202	203	204	205	208	209	209
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	.	.	10	11	9	10	11	11	8
* Produzierendes Gewerbe	1 000	.	.	411	419	412	407	404	409	401
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	.	.	263	269	265	263	264	269	264
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	.	.	185	188	179	175	176	181	177
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	.	.	333	341	344	344	345	352	354

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
* Arbeitslose	Anzahl	116 260	127 400	131 330	131 197	122 252	116 551	120 924	118 171	111 456
* Frauen	Anzahl	57 758	57 826	60 144	60 802	56 401	54 271	57 608	57 014	53 652
Männer	Anzahl	58 501	69 574	71 186	70 395	65 851	62 280	63 316	61 157	57 804
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	43 862	52 957	55 776	54 975	48 337	43 021	47 061	45 190	41 866
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	72 398	74 443	75 554	76 222	73 915	73 530	73 863	72 981	69 590
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	5,6	6,1	6,3	6,2	5,8	5,5	5,8	5,6	5,3
* Frauen	%	6,0	6,0	6,2	6,2	5,8	5,5	5,9	5,8	5,5
* Männer	%	5,3	6,2	6,3	6,3	5,8	5,6	5,6	5,5	5,2
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	5,6	6,6	8,0	8,2	6,6	5,2	6,9	6,2	5,4
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	4,0	4,1	5,3	5,9	4,5	3,2	4,9	4,6	3,8
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	6,0	6,2	6,1	6,0	5,8	5,8	5,8	5,8	5,7
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	5,7	6,4	6,2	6,2	6,1	6,2	6,2	6,2	6,1
* Ausländer/-innen	%	12,6	13,6	13,7	13,5	13,0	12,2	12,4	12,3	11,8
Deutsche	%	5,1	5,6	5,7	5,7	5,3	5,0	5,2	5,1	4,8
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	4 624	46 248	48 794	42 277	41 722
* Gemeldete Arbeitsstellen	Anzahl	15 786	13 243	13 773	13 552	13 794	18 040	19 557	19 208	18 612

BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)Baugenehmigungen für
Wohngebäude

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	467	432	457	430	606	477	432	525	577
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	443	408	435	412	579	449	413	496	544
3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	23	24	22	18	27	28	19	29	33
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	2	-	-	-	...	1	...	2
Unternehmen	Anzahl	88	63	53	51	160	63	35	75	59
private Haushalte	Anzahl	376	366	404	379	446	414	396	450	516
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	642	627	694	553	769	682	618	773	887
* Umbauter Raum	1 000 m ³	437	441	509	410	533	485	459	539	575
* Wohnfläche	1 000 m ²	82	80	97	75	101	92	84	102	109
Wohnräume	Anzahl	3 532	3 434	3 940	3 207	4 257	3 703	3 396	4 098	4 666
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	107	111	127	104	137	128	118	142	150

Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	106	117	105	136	141	134	137	142
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	10	15	16	22	22	11	13	20
Unternehmen	Anzahl	116	89	95	87	110	116	119	120	115
private Haushalte	Anzahl	3	2	2	2	4	3	4	4	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	22	9	18	10	22	7	3	6	10
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 243	707	734	392	610	988	785	596	943
* Nutzfläche	1 000 m ²	156	98	111	61	92	132	101	86	127
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	105	75	91	50	98	101	69	62	165

Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	752	714	786	633	893	740	673	922	1 030
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 197	3 977	4 552	3 784	5 011	4 205	3 838	4 784	5 455

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 686	10 468	10 302	10 068	9 259	10 164	10 245	9 727	9 480
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 520	2 406	2 185	2 048	2 038	2 326	2 008	1 952	1 890
darunter										
* Kälber ²⁾	t	18	13	11	6	8	15	10	7	5
* Jungrinder	t	...	11	5	5	2	10	4	4	3
* Schweine	t	8 094	8 001	8 061	7 960	7 172	7 757	8 179	7 722	7 548
* Eierzeugung ³⁾	1 000	9 727	8 738	9 331	8 355	9 036	12 303	12 415	12 737	11 259

PRODUZIERENDES GEWERBE

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴⁾

* Betriebe	Anzahl	1 038	1 039	1 040	1 040	1 040	1 004	1 003	1 002	1 004
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	248 154	242 777	242 726	241 978	241 180	236 779	236 996	236 898	238 437
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 786	29 376	28 362	28 799	29 749	29 899	28 905	30 606	29 556
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	884	852	1 004	860	793	829	899	911	817
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 485	5 209	4 972	5 279	5 317	6 082	6 108	6 719	6 238
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 413	2 805	2 705	2 817	2 925	3 622	3 609	4 043	3 704
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 932	1 285	1 196	1 325	1 252	1 397	1 391	1 552	1 413
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	107	96	81	87	93	93	92	98	85
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 033	1 023	990	1 050	1 047	970	1 016	1 025	1 035
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 804	1 499	1 472	1 480	1 551	2 094	2 083	2 388	2 114
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 083	598	528	585	562	689	681	756	707
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 244	2 526	2 417	2 550	2 597	3 130	3 232	3 590	3 218
Exportquote ⁸⁾	%	50,0	48,5	48,6	48,3	48,8	51,5	52,9	53,4	51,6
Index des Auftragsingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	108,9	76,7	74,3	79,3	81,4	98,6	92,5	99,6	99,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	109,1	78,0	75,1	82,2	85,8	98,0	91,2	98,8	94,6
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	105,4	67,5	65,5	69,0	67,2	96,7	91,5	98,2	103,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	89,4	78,9	73,6	93,7	87,8	98,4	102,4	113,0	103,1
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	127,6	109,5	109,1	105,3	117,6	111,8	102,6	109,3	105,0
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	109,4	68,4	66,5	70,8	74,6	86,3	77,7	86,5	80,6
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	93,1	54,0	53,4	52,0	53,1	89,8	86,3	85,3	105,0
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ^{2) 9)}	Anzahl	111	116	116	116	115	163	166	166	166
* Beschäftigte ^{2) 5) 9)}	Anzahl	9 943	10 014	10 017	10 013	9 959	9 458	9 431	9 417	9 411
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2) 9)}	1 000 h	1 261	1 272	1 224	1 241	1 303	1 201	1 144	1 214	1 138
* Bruttoentgeltsumme ^{2) 9)}	Mill. EUR	35	36	36	34	33	42	36	34	33
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	759	567	293	327	397	492	422	445	412
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	743	551	281	314	383	479	408	432	399

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Brutto Lohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

Bauhauptgewerbe ²⁾

* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 466	36 362	36 517	36 885	36 577	36 111	36 277	37 116	37 043
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 647	3 479	3 628	3 969	4 042	3 819	3 629	4 054	3 871
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 419	1 291	1 273	1 520	1 479	1 366	1 303	1 497	1 411
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	929	877	908	948	958	928	876	910	880
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 298	1 311	1 447	1 501	1 605	1 525	1 450	1 647	1 580
darunter Straßenbau	1 000 h	664	653	733	761	817	801	712	862	775
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	84	83	81	86	88	88	86	90	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	363	355	333	398	419	330	353	409	376
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	113	103	88	113	110	103	110	117	114
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	105	102	99	114	116	88	96	109	91
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	145	150	147	171	192	139	147	183	171
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	74	69	81	95	66	74	84	81

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾**

Einheit	2008	2009	2008	2009			2010	
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal

Betriebe ⁶⁾	Anzahl	312	358	313	356	357	358	359	364	362
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 985	13 063	12 127	13 153	13 024	13 085	12 990	13 076	13 228
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 819	4 210	3 921	3 996	4 129	4 324	4 392	4 101	4 316
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	83	90	90	86	88	90	97	86	95
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	311	330	409	249	306	329	436	258	328

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

Einheit	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

* Beschäftigte	2005=100	123,6	118,5	118,4	118,3	118,2	117,3	117,4	117,6	117,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	119,1	119,3	119,6	120,2	120,4	119,0	120,2	120,1
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	119,9	105,8	102,9	111,6	108,0	112,9	114,3	119,8	114,4
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	108,7	100,6	97,9	105,0	102,6	102,8	103,9	108,4	104,2

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	106,0	106,8	106,7	106,5	106,8	106,2	106,0	106,0	106,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	108,3	108,2	108,1	107,9	108,9	107,1	107,0	107,4	108,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	111,2	110,1	110,6	105,5	112,9	113,4	111,7	109,9	114,1
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,7	107,4	106,8	102,0	110,7	108,8	106,8	105,6	110,4

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	102,9	106,9	106,6	107,1	106,6	105,7	106,0	106,2	106,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	115,1	126,1	124,9	127,9	127,4	132,8	132,6	133,3	134,0
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	94,1	94,9	100,5	101,0	103,9	99,3	95,3	99,9	99,0
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	90,6	90,7	95,9	96,6	99,2	94,3	90,8	95,1	94,3

GASTGEWERBE ^P

* Beschäftigte	2005=100	105,1	106,2	109,3	110,2	110,4	106,0	108,6	109,7	110,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	111,5	115,9	120,2	120,9	120,8	116,8	120,1	120,5	120,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	102,8	100,2	115,1	106,5	110,7	110,2	118,5	114,2	111,2
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	96,6	94,1	108,0	100,2	104,0	101,1	108,3	104,3	101,4

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gästeankünfte	1 000	621	620	816	756	804	618	833	791	813
* darunter von Auslandsgästen	1 000	148	150	190	178	253	147	205	186	265
* Gästeübernachtungen	1 000	1 688	1 678	2 140	1 990	2 404	1 578	2 190	2 039	2 421
* darunter von Auslandsgästen	1 000	427	437	544	506	852	364	593	509	879

VERKEHR

Straßenverkehrsunfälle

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 017	1 950	1 844	2 201	2 164	1 621	1 920	1 829	2 082
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 331	1 293	1 306	1 575	1 493	1 028	1 403	1 202	1 513
* Getötete Personen	Anzahl	19	19	7	30	18	16	32	9	12
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	10	11	4	15	9	10	9	5	2
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	3	1	7	4	2	15	3	4
Radfahrer	Anzahl	2	1	-	3	3	-	2	1	4
Fußgänger	Anzahl	3	2	2	2	2	2	4	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 738	1 682	1 694	2 073	1 985	1 342	1 825	1 536	1 906
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	313	315	476	394	218	387	272	384
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	147	140	136	166	153	126	132	103	128
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	82	79	89	163	130	29	140	86	126
Radfahrer	Anzahl	47	48	49	84	61	23	64	41	89
Fußgänger	Anzahl	35	32	31	42	33	27	37	28	23

Kraftfahrzeuge³⁾

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 408	16 398	21 068	18 851	23 512	13 580	12 604	14 749	12 298
darunter										
Krafträder	Anzahl	835	693	1 028	894	1 118	1 189	865	956	877
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 243	14 675	18 991	17 008	21 031	11 220	10 686	12 466	10 215
* Lastkraftwagen	Anzahl	929	716	664	645	880	798	730	920	819
* Zugmaschinen	Anzahl	314	248	302	260	417	311	271	347	322

Personenbeförderung

Einheit	2008	2009	2009			2010				
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 125	61 778	63 707	65 502	63 399	54 542	63 669	57 395	54 306
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	577	574	636	586	581	499	629	539	535

Binnenschifffahrt

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gütereingang	1 000 t	1 158	985	1 015	1 007	1 040	1 260	1 055	1 169	1 140
* Güterversand	1 000 t	945	834	910	890	975	1 056	958	898	978

AUSSENHANDEL⁶⁾

Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 753	2 910	3 482	2 674	2 764	3 594	3 379	3 251	3 670
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	256	261	275	249	297	277	265	290	293
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 328	2 541	3 096	2 319	2 349	3 206	3 017	2 859	3 264
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	17	21	15	22	23	17	22	25
* Halbwaren	Mill. EUR	149	110	105	116	111	137	135	134	178
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 159	2 414	2 970	2 188	2 216	3 045	2 864	2 702	3 060
* Vorzeugnisse	Mill. EUR	1 009	781	1 372	640	675	964	1 064	867	966
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 150	1 634	1 599	1 548	1 541	2 081	1 800	1 835	2 094

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL¹⁾**Ausfuhr (Spezialhandel)²⁾**

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 678	2 040	2 002	1 963	2 085	2 477	2 248	2 297	2 537
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 338	1 799	1 757	1 743	1 839	2 176	1 956	1 981	2 209
Belgien	Mill. EUR	190	148	143	143	149	171	160	164	203
Luxemburg	Mill. EUR	49	48	49	45	47	59	57	47	69
Dänemark	Mill. EUR	50	33	31	32	32	37	35	33	33
Finnland	Mill. EUR	31	22	21	21	20	24	27	27	26
Frankreich	Mill. EUR	413	323	311	296	331	432	361	369	403
Griechenland	Mill. EUR	44	32	32	33	32	34	27	29	32
Großbritannien	Mill. EUR	237	186	180	174	190	218	182	185	210
Irland	Mill. EUR	13	8	11	9	9	10	8	9	10
Italien	Mill. EUR	265	213	206	200	232	256	246	256	278
Niederlande	Mill. EUR	228	190	196	191	203	222	187	193	220
Österreich	Mill. EUR	153	130	134	140	130	144	137	142	149
Schweden	Mill. EUR	66	42	39	40	45	53	61	63	70
Spanien	Mill. EUR	215	157	147	154	156	167	176	176	171
Portugal	Mill. EUR	27	19	17	20	18	24	18	18	19
* Afrika	Mill. EUR	83	75	69	69	56	88	80	74	84
* Amerika	Mill. EUR	542	403	1 002	299	276	495	590	392	503
darunter nach USA	Mill. EUR	418	310	923	207	185	339	460	230	254
* Asien	Mill. EUR	418	364	377	314	322	505	433	452	508
darunter nach China	Mill. EUR	76	84	78	82	89	113	114	112	112
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	33	29	32	30	23	29	28	35	38

Einfuhr (Generalhandel)²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 236	1 851	1 705	1 609	1 776	2 305	2 159	2 395	2 486
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	196	201	206	200	228	212	212	220	224
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 860	1 458	1 337	1 258	1 373	1 914	1 800	2 014	2 091
davon										
Rohstoffe	Mill. EUR	105	75	68	35	18	82	74	98	89
Halbwaren	Mill. EUR	278	186	171	165	188	325	299	299	300
Fertigwaren	Mill. EUR	1 477	1 197	1 097	1 058	1 166	1 507	1 427	1 617	1 702
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. EUR	401	324	277	300	335	472	439	487	523
Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 076	873	820	758	832	1 035	989	1 130	1 179
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 703	1 367	1 271	1 198	1 341	1 703	1 620	1 726	1 834
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 459	1 167	1 063	1 060	1 167	1 394	1 342	1 480	1 570
Belgien	Mill. EUR	254	185	164	171	185	241	226	247	278
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	31	38	29	33	34	39	36
Dänemark	Mill. EUR	27	26	25	24	17	16	19	28	40
Finnland	Mill. EUR	11	9	10	12	11	9	10	13	14
Frankreich	Mill. EUR	256	196	194	165	204	258	248	248	261
Griechenland	Mill. EUR	7	6	5	6	7	8	10	6	5
Großbritannien	Mill. EUR	74	66	53	57	60	74	73	77	76
Irland	Mill. EUR	7	8	8	6	7	14	11	12	13
Italien	Mill. EUR	129	116	109	108	124	145	124	143	147
Niederlande	Mill. EUR	273	176	156	169	181	206	212	223	256
Österreich	Mill. EUR	71	63	57	58	61	68	72	69	101
Schweden	Mill. EUR	46	28	25	23	32	25	31	43	30
Spanien	Mill. EUR	75	67	55	55	65	86	74	106	83
Portugal	Mill. EUR	14	12	13	11	12	15	14	14	17
* Afrika	Mill. EUR	34	29	31	23	41	52	40	56	48
* Amerika	Mill. EUR	210	214	170	177	171	243	217	283	252
darunter aus USA	Mill. EUR	145	156	104	107	107	149	134	199	172
* Asien	Mill. EUR	283	236	225	207	218	304	277	326	346
darunter aus China	Mill. EUR	131	109	110	98	101	132	132	148	167
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	7	5	4	3	4	4	6

GEWERBEANZEIGEN⁴⁾

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 392	3 517	3 234	3 386	3 742	3 751	3 297	3 464	3 338
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 094	3 015	2 666	2 767	2 897	2 675	2 561	2 616	2 554

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Insgesamt davon	Anzahl	592	627	536	715	738	686	612	655	684
* Unternehmen	Anzahl	107	115	117	135	133	106	100	102	109
* Verbraucher	Anzahl	355	374	306	436	456	429	377	409	434
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	115	90	121	133	120	107	125	113
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe	Anzahl	16	23	23	23	16	31	28	19	28
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	98	149	113	106	100	92	92	101	281

HANDWERK²⁾

Einheit	2008	2009	2008	2009			2010			
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	97,1	96,0	96,8	95,7	95,4	97,1	95,7	96,9	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	103,5	101,1	113,0	85,8	102,9	104,9	110,7	76,3	...

PREISE

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,1	106,2	106,3	106,6	106,1	107,4	107,6	107,8	107,5
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,0	103,7	103,6	103,7	103,9	104,6	104,6	104,7	104,7

VERDIENSTE⁶⁾

Einheit	2008	2009	2008	2009			2010			
	Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Bruttomonatsverdienste ⁷⁾ der vollzeit- beschäftigten Arbeitnehmer ⁸⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienst- leistungsbereich	EUR	3 391	3 431	3 123	3 102	3 142	3 169	3 190	3 185	3 231
* männlich	EUR	3 582	3 613	3 285	3 251	3 297	3 328	3 350	3 345	3 399
* weiblich	EUR	2 890	2 961	2 703	2 715	2 744	2 762	2 780	2 780	2 804
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 615	3 575	3 240	3 139	3 178	3 223	3 253	3 224	3 315
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 241	3 308	3 046	3 057	3 070	3 039	3 092	3 130	3 097
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 697	3 642	3 284	3 199	3 202	3 247	3 298	3 284	3 372
* Energieversorgung	EUR	4 951	5 013	4 285	4 278	4 346	4 343	4 326	4 297	4 389
* Wasserversorgung ⁹⁾	EUR	2 870	2 877	2 696	2 673	2 702	2 704	2 758	2 743	2 754
* Baugewerbe	EUR	3 002	3 017	2 885	2 620	2 886	2 948	2 884	2 718	2 858
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 226	3 326	3 037	3 074	3 116	3 131	3 144	3 157	3 171
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 204	3 284	2 934	2 941	3 001	3 040	3 098	3 071	3 095
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 739	2 793	2 579	2 541	2 581	2 587	2 625	2 596	2 627
* Gastgewerbe	EUR	1 984	1 992	1 924	1 928	1 938	1 927	1 944	2 005	1 977
* Information und Kommunikation	EUR	4 192	4 245	3 821	3 802	(3 901)	(3 884)	(3 943)	4 168	4 169
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 356	4 398	3 742	3 807	3 804	3 796	3 797	3 865	3 905
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 347	(3 256)	3 003	(2 996)	(2 980)	(3 045)	(3 088)	3 372	3 411
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und tech- nischen Dienstleistungen	EUR	3 714	3 748	3 404	3 439	3 432	3 418	3 461	3 519	3 575
* Erbringung von sonstigen wirt- schaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 922	1 952	1 871	1 879	1 891	1 902	(1 846)	(1 851)	1 836
* öffentliche Verwaltung, Verteidi- gung; Sozialversicherung	EUR	3 117	3 233	3 011	3 053	3 103	3 136	3 136	3 142	3 158
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 803	3 946	3 727	3 735	3 854	3 884	3 881	3 896	3 926
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 334	3 440	3 157	3 195	3 217	3 218	3 244	3 236	3 259
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 217	(3 378)	3 140	(3 166)	(3 185)	(3 213)	(3 201)	(3 108)	(3 257)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 700	2 775	2 612	2 589	2 622	2 621	2 646	2 642	2 662

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 7) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 8) Einschließlich Beamte. – 9) Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

GELD UND KREDIT¹⁾

Einheit	2007	2008			2009			2010		
	Durchschnitt	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.		
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	119 209	116 529	111 890	111 171	111 639	112 534	116 428	116 512	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 896	13 120	12 903	12 152	11 682	11 421	11 908	11 877	...
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 417	11 062	10 305	10 497	11 275	11 892	13 052	13 298	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 897	92 347	88 682	88 522	88 682	89 221	91 468	91 337	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 411	107 081	103 408	102 704	102 925	103 339	105 575	105 490	...
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	98 448	97 036	94 962	94 732	95 167	95 489	96 893	96 928	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 963	10 044	8 446	7 972	7 758	7 850	8 682	8 562	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 799	9 448	8 482	8 467	8 714	9 195	10 853	11 022	...
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	100 212	101 309	100 456	101 671	102 226	104 036	106 742	106 999	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 349	29 449	29 365	31 352	33 464	35 897	37 983	38 890	...
Termineinlagen	Mill. EUR	35 704	38 076	37 754	36 452	34 778	33 558	33 252	31 999	...
Sparbriefe	Mill. EUR	7 374	8 972	9 263	9 252	8 197	7 582	7 333	7 152	...
Spareinlagen	Mill. EUR	27 787	24 813	24 074	24 615	25 787	26 999	28 174	28 958	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	96 908	98 361	98 117	99 456	100 204	101 786	104 561	104 441	...
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	94 374	95 971	95 805	97 311	97 988	99 590	102 415	102 597	...
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 535	2 390	2 312	2 145	2 216	2 196	2 146	1 844	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 304	2 948	2 339	2 215	2 022	2 250	2 181	2 558	...

STEUERN

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 007	2 755	2 813	2 317	2 727	3 247	3 577	2 860	3 162
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	982	913	1 154	554	921	1 197	1 403	518	859
Lohnsteuer	Mill. EUR	674	667	555	553	898	889	554	534	882
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	141	139	-	-	408	387	-	-	400
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	128	96	382	- 59	- 14	- 161	572	- 53	- 31
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	61	25	33	19	425	60	41	17
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	47	43	14	25	74	87	7	16	39
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungs- erträge ³⁾	Mill. EUR	18	17	-	8	50	81	-	6	25
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	70	46	178	2	- 55	- 44	211	- 19	- 48
Körperschaftsteuer- Zerlegung	Mill. EUR	- 0	- 3	-	-	- 47	- 27	-	-	- 39
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 025	1 841	1 658	1 764	1 806	2 051	2 173	2 342	2 303
Umsatzsteuer	Mill. EUR	427	456	485	453	467	471	455	421	460
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 598	1 385	1 174	1 311	1 339	1 579	1 718	1 922	1 844
Zölle	Mill. EUR	161	145	125	142	151	149	167	191	203
Bundessteuern⁴⁾	Mill. EUR	78	96	100	104	97	125	140	90	90
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	23	27	30	31	26	27	24	27	31
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	44	40	60	27	25	38	73	25	23

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. Die Versicherungsteuer wird ab 1. Juli 2010 nicht mehr von den Ländern, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet.

noch STEUERN

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
Landessteuern	Mill. EUR	94	70	84	48	52	44	45	42	46
Vermögenssteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	- 0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	18	16	13	16	20	14	10	15	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	16	14	17	18	15	16	12	17
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	Mill. EUR	40	20	38	-	-	-	-	-	-
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	13	12	11	11	11	12	11	11	10
Feuerschutzsteuer ²⁾	Mill. EUR	1	1	4	0	0	0	4	-	-
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	4	3

Einheit	2008	2009	2008	2009			2010			
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Gemeindesteuern	Mill. EUR	523	429	505	460	478	392	385	414	543
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	5	3	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	106	107	96	89	118	120	99	100	116
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	404	309	399	358	347	256	275	302	412
sonstige Gemeindesteuern ³⁾	Mill. EUR	9	9	7	9	7	11	8	7	10

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Mill. EUR	826	690	1024	502	730	655	874	500	826	
Gewerbesteuer (netto) ⁴⁾	Mill. EUR	326	255	264	351	290	184	196	286	357
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	344	283	592	45	280	295	513	87	297
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	37	32	62	4	29	40	55	15	41

Steuereinnahmen des Landes

Einheit	2008	2009			2010					
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.		
Mill. EUR	765	695	871	531	659	810	974	530	662	
Landessteuern	Mill. EUR	94	70	84	48	52	44	45	42	46
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	372	333	439	176	320	438	550	147	295
Lohnsteuer	Mill. EUR	235	225	183	183	318	280	178	169	311
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	54	41	163	- 25	- 6	- 68	243	- 23	- 13
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	27	25	- 2	7	3	210	21	4	4
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁵⁾	Mill. EUR	21	19	6	11	32	38	3	7	17
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	35	23	89	1	- 28	- 22	106	- 10	- 24
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	280	278	348	261	283	324	379	281	318
Umsatzsteuer	Mill. EUR	199	216	289	210	216	229	307	204	223
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	81	62	59	52	67	96	72	77	95
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	4	0	11	1	1	-	15	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	1	0	4	0	1	-	7	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	8	0	25	2	2	-	30	2
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	0	5	1	0	-	6	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 578	1 448	1 457	1 264	1 420	1 710	1 869	1 532	1 635
Bundessteuern	Mill. EUR	78	96	100	104	97	125	140	90	90
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	427	396	506	238	389	538	616	221	362
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 068	952	851	911	932	1 046	1 113	1 206	1 182
Anteil an der Gewerbe- umlage	Mill. EUR	5	4	0	11	1	1	-	15	1

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – 2) Wird ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Ländern, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird nur noch der Zerlegungsanteil quartalsweise nachgewiesen. – 3) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 4) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 5) Bis 2008 Zinsabschlag.

Neuerscheinungen im September 2010

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2009/2010 und Sommersemester 2010
Bestellnr.: B3053 201000

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau von Gemüse und Erdbeeren zum Verkauf 2010
Bestellnr.: C1053 201000

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Juli 2010
Bestellnr.: D1023 201007

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2010 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Bestellnr.: E1023 201007

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Juli 2010
Bestellnr.: E1033 201007

Bauhauptgewerbe im Juli 2010 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 201007

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juni 2010
Bestellnr.: E4023 201006

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im verarbeitenden Gewerbe 2009
Bestellnr.: E4073 200900

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Juli 2010
Bestellnr.: G3023 201007

Aus- und Einfuhr 2009 (vorläufiges Ergebnis)
Bestellnr.: G3033 200900

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2010
Bestellnr.: G4023 201007

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2010
H1023 201006

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern nach Gemeinden am 1. Januar 2010
Bestellnr.: H1053 201000

Personenverkehr mit Bussen und Bahnen im 2. Vierteljahr 2010
Bestellnr.: H1073 201042

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2009 – Ausgaben und Einnahmen nach dem SGB XII
Bestellnr.: K1013 200900

Sozialhilfe am 31. Dezember 2009 – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Empfängerinnen und Empfänger
Bestellnr.: K1023 200900

Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2009
Bestellnr.: K1133 200900

Schwerbehinderte Menschen am 31. Dezember 2009
Bestellnr.: K3013 200901

Ausbildungsförderung 2009
Bestellnr.: B3063 200900

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2010 – Kassenergebnisse
Bestellnr.: L2023 201042

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im August 2010
Bestellnr.: M1013 201008

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 2. Vierteljahr 2010
Bestellnr.: N1013 201042

Gesamtrechnungen

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2008
Bestellnr.: P1053 200800

Umwelt

Daten zur Abfallwirtschaft 2008
Bestellnr.: Q2023 200800
Unfälle beim Umgang mit und bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen 2009
Bestellnr.: Q1053 200900

Sonstige Veröffentlichungen

Die Landwirtschaft 2009 – Band 398
Bestellnr.: C2002 200900

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe September 2010
Bestellnr.: Z2201 201009

Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Von Bevölkerung bis Wahlen – 20 Jahre Deutsche Einheit in der Statistik
Bestellnr.: Z1085 201000

DVD: Statistik lokal – Daten für die Gemeinden, kreisfreien Städte und Kreise Deutschlands (Ausgabe 2010)
Bestellnr.: Z1065D 201000

E-Mail-Versand (kostenfrei): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2008 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1
Bestellnr.: A6315E 200800

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Schott und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2010

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.